

Umwelt und Sport

Umweltschutz

Anfang 1992 wurde eine Umstrukturierung der Abteilung vorgenommen, wobei ein technisches Dezernat und ein Rechtsdezernat eingerichtet wurden. Der Abteilungsleiter steht dem technischen Dezernat, sein Stellvertreter als Dezernatsleiter dem Rechtsdezernat vor. Mit Stichtag 31. 12. 1992 waren 56 Personen in der Abteilung beschäftigt. Mit den allgemeinen Kanzleiarbeiten waren 8 Kanzleibeamte sowie 2 Amtsgehilfen betraut. Weiters wurde als Serviceeinrichtung für die einzelnen Referate eine zentrale Stelle für Budget- und Personalangelegenheiten eingerichtet (1 B-Beamtin). 1992 fielen in der Abteilung insgesamt 1 Strafact, 13 Berufungen nach dem Baumschutzgesetz und 6.806 sonstige Akten an. Es langten 9.310 Einladungen der MA 35, 641 Einladungen der MA 36, 566 Einladungen der MA 37 und 3.134 Einladungen der MA 46 zu Verhandlungen ein, an denen Mitarbeiter der Abteilung teilnahmen oder schriftliche Stellungnahmen abgaben bzw., wenn eine Teilnahme nicht notwendig erschien, sich schriftlich entschuldigten.

Im Referat für Rechtliche Angelegenheiten waren 3 A- und 2 B-Beamte beschäftigt. Zu den Aufgaben des Referates zählten neben der Begutachtung von Bundesgesetzen und Verordnungen die Ausarbeitung von Entwürfen für Landesgesetze und Verordnungen bzw. Stellungnahmen zu diesen Gesetzen sowie die Behördentätigkeit, wie z.B. Vollziehung des AWG (Abfallwirtschaftsgesetzes), des Wiener Naturschutzgesetzes, des Ozongesetzes mit seinen Verordnungen, des Smogalarmgesetzes, des Chemikaliengesetzes und des Wiener Baumschutzgesetzes. Vor allem die Vollziehung des Bundes-Abfallwirtschaftsgesetzes — AWG und des Wiener Naturschutzgesetzes sind dabei hervorzuheben, da ihnen der größte Anteil bei der Vollziehung durch die Abteilung zukommt. Die weiteren Aufgaben bestehen in der Abhaltung von Vorträgen, insbesondere auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft, in der Organisation der Umsetzung der Klimabündnisziele in Wien und in der Leitung der Klimabündniskommission sowie in der Mitarbeit in den Länderarbeitskreisen auf dem Gebiet des Umweltrechts (Abfallwirtschaft, Chemikaliengesetz).

Folgende Rechtsvorschriften, die den Aufgabenbereich der Abteilung betreffen, traten 1992 in Kraft:

I. Verordnungen zum Abfallwirtschaftsgesetz

1. Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie über die Rücknahme, Pfanderhebung und umweltgerechte Behandlung von bestimmten Lampen (Lampenverordnung), BGBl. Nr. 144/1992 (am 14. 3. 1992 in Kraft getreten)

2. Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie über die Festsetzung von Zielen zur Vermeidung und Verwertung von Abfällen von Getränkeverpackungen und sonstigen Verpackungen, BGBl. Nr. 646/1992 (tritt am 1. 7. 1993 in Kraft). Diese Verordnung bringt bereits jetzt — d. h. vor ihrem Inkrafttreten — einen erheblichen Verwaltungsaufwand für die Abteilung mit sich. So waren zahlreiche Gespräche mit Bund, Ländern und Vertretern der Wirtschaft betreffend die Vorbereitung ihrer Umsetzung zu führen und an der Konstituierung von Bundes- und Landesverpackungskommissionen, die in dieser Verordnung vorgesehen wird, mitzuwirken. Der zusätzliche Verwaltungsaufwand nach Inkrafttreten dieser Verordnung ist noch nicht in vollem Umfang abzuschätzen, wird jedoch enorm sein.

II. Verordnungen zum Chemikaliengesetz

3. Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie über ein Verbot bestimmter gefährlicher Stoffe in Pflanzenschutzmitteln, BGBl. Nr. 97/1992 (21. 2. 1992)

4. Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie, mit der die Chemikalienverordnung geändert wird, BGBl. Nr. 274/1992 (1. 7. 1992)

5. Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie über das Verbot von F22 als Treibgas in Druckgaspackungen, BGBl. Nr. 673/1992 (5. 11. 1992)

6. Verordnung des Bundesministers für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz, mit der weitere Änderungen der vorläufigen Giftliste kundgemacht werden, BGBl. Nr. 387/1992 (9. 7. 1992)

7. Verordnung des Bundesministers für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz, mit der weitere Änderungen der vorläufigen Giftliste kundgemacht werden, BGBl. Nr. 681/1992 (7. 11. 1992)

III. Ozongesetz

8. Bundesgesetz über Maßnahmen zur Abwehr der Ozonbelastung und die Information der Bevölkerung über hohe Ozonbelastungen, mit dem das Smogalarmgesetz, BGBl. Nr. 38/1989, geändert wird (Ozongesetz), BGBl. Nr. 210/1992 (1. 5. 1992)

9. Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie über die Einteilung des Bundesgebietes in Ozonüberwachungsgebiete, BGBl. Nr. 513/1992 (22. 8. 1992)

10. Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie über das Ozonmeßnetzkonzept, BGBl. Nr. 677/1992 (5. 11. 1992)

11. Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie über den täglichen Bericht der Landeshauptmänner über die Belastung der Luft mit bodennahem Ozon (Luftgütebericht-Verordnung), BGBl. Nr. 678/1992 (5. 11. 1992)

IV. Verordnung auf Grund des Kraftfahrzeuggesetzes 1967

12. Verordnung des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr, mit der die Kraftfahrzeuggesetz-Durchführungsverordnung 1967 geändert wird (35. Novelle zur KADV 1967), BGBl. Nr. 665/1992 (29. 10. 1992)

Die unter Punkt I—IV aufgelisteten Rechtsvorschriften sind zum Teil von der MA 22 zu vollziehen; bei jenen, die nicht in den Vollzugsbereich der MA 22 fallen, hat sie dennoch für deren effiziente Vollziehung zu sorgen (Information der Magistratischen Bezirksämter usw.)

V. Neue Umweltgesetze in Wien

Das von der Abteilung seit längerem vorbereitete Wiener Umweltschutzgesetz wird im Jahr 1993 in Kraft treten und u.a. die Einrichtung des Umweltschutzwortes und eines Umweltschutzausschusses regeln.

Der Entwurf eines von der MA 22 erarbeiteten Wiener Abfallwirtschaftsgesetzes liegt derzeit vor; das Wiener Abfallwirtschaftsgesetz wird 1993 in Kraft treten.

In der Auskunfts- und Beschwerdestelle wurden insgesamt 14.589 telefonische und schriftliche Beschwerden sowie Anfragen entgegengenommen, was eine Steigerung von 3.428 Anrufen gegenüber dem Jahre 1991 bedeutet. 122 Mitbürger sprachen persönlich in der Beschwerdestelle vor. Das „Ozontelefon“, das ebenfalls von der Auskunfts- und Beschwerdestelle betreut wurde, registrierte bis August 1992 insgesamt 2.640 Anfragen, eine Steigerung von 960 Anrufen gegenüber dem Vorjahr. Ab August 1992 wurde unter der Telefonnummer 4000/8820 ein Tonbanddienst für Luft- und Ozonwerte eingerichtet, so daß die Anrufe erheblich zurückgingen.

Im Referat Lärmbekämpfung und Schallschutz waren 3 A-, 5 B-Beamte und 1 Facharbeiter beschäftigt. Einen großen Teil des Aufgabenbereiches dieses Referates umfaßt die Tätigkeit der Bediensteten als Amtssachverständige in 1. und 2. Instanz im Zuge von Behördenverhandlungen, bei Beschwerden über Lärm sowie bei Betriebsanlageneingenehmigungen aller Art, bei Bauprojekten und Verhandlungen. Dabei wurden vor allem mögliche Lärmstörungen der Nachbarschaft sowie andere Umweltaspekte von Garagenbauten, deren Lüftungen, PKW-Stellplätze im Freien usw. beurteilt. Hinzu kommt die Überprüfung durch Lärmmessungen bei Freiluftveranstaltungen. In die Zeit von 22 bis 2 Uhr früh fallen sämtliche Begehungen, Messungen und Beurteilungen von Beschwerden durch Gaststätten, Vergnügungsbetriebe (Diskotheken) usw. in Wahrnehmung des Wiener Veranstaltungsgesetzes (MA 7, MA 15 und Bundespolizei-Administrationsbüro) sowie alle Nachtmessungen bei Industrie- und Gewerbelärm. Das Referat der Abteilung hat im vergangenen Jahr rund 1.700 Lärmmessungen bei Tag, etwa 550 Lärmmessungen bei Nacht sowie rund 130 Baulärmmessungen durchgeführt. Die Bediensteten dieses Referates führen ferner die Lärmbeurteilung bei allen stadtplanerischen und verkehrstechnischen Planungsvorhaben durch. Eine schallschutztechnische Beratung als Hilfeleistung bei Lärmproblemen aller Art wird ebenfalls den Bürgern angeboten.

Folgende Projekte und Forschungsarbeiten wurden vom Referat im abgelaufenen Jahr initiiert und betreut:

- Straßenverkehrslärmkataster: Am PC des Referates wurde ergänzend zum Lärmschutzkataster eine grafische Oberfläche zur Abfrage von Straßenverkehrslärmimmissionsdaten eingerichtet.
- Für einen Schienenverkehrslärmkataster, der in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr, den Österreichischen Bundesbahnen und der Stadt Wien erstellt wird, wurden bereits erste Vorarbeiten durchgeführt; voraussichtliche Fertigstellung ist Ende 1993.
- Ein Novellierungsvorschlag zur Bauordnung hinsichtlich einer Einbeziehung des letzten Standes der Technik bei Schallschutz und Wärmedämmung wurde erarbeitet und ist derzeit im abteilungsinternen Begutachtungsverfahren.
- Ein Lärmausbreitungsmodell wurde angekauft und befindet sich derzeit in der Testphase. Mit diesem Computermodell wird es hinkünftig möglich sein, sowohl projektbezogen als auch für Flächenwidmungsverfahren und Bürgerdiskussionen Lärmprognosen zu erstellen.

Die Mitarbeiter des Referates arbeiten in folgenden internationalen Normenausschüssen mit: FNA 138 Akustik, FNA 170 Schwingungen, FNA 208 Schallschutz und Bauakustik im Hochbau, Arbeitsgruppe 138.03 Terminologie, ÖAL 30, ÖAL 34, Arbeitsgruppe 138.09 Schallausbreitung, Arbeitsgruppe 138.12 Geräuschmessung an Maschinen, Arbeitsgruppe 138.14 Schallschutz Beurteilung von Gastgewerbebetrieben.

Im Referat Naturschutz und Landschaftspflege waren 4 A-, 2 B- und 1 C-Beamter beschäftigt, die auch 1992 bemüht waren, schutzwürdige Landschaften und Landschaftsteile einschließlich seltener und gefährdeter Tier- und Pflanzenarten sowie deren Lebensstätten zu sichern. Das Tätigkeitsfeld erstreckte sich auf objekt- und raumbezogene Aufgaben. 1992 wurden insgesamt 59 Verwaltungsverfahren nach dem Wiener

Naturschutzgesetz durchgeführt. Davon betrafen 46 Verfahren Anträge auf Erteilung von naturschutzbehördlichen Bewilligungen in Landschaftsschutzgebieten, wovon drei Anträge abgewiesen wurden. 3 Verfahren betrafen die Genehmigung von Eingriffen in Naturdenkmäler, 2 Verfahren die Genehmigung zum Fangen von Tieren. Ein Verfahren betraf Eingriffe in mehrere Schutzkategorien (Kraftwerk Freudenua). 2 Papiermaulbeerbäume (*Broussonetia papyrifera*) in 15, Plunkergasse 4—12 (ND Nr. 755), sowie ein Feuchtbiotop in 17, Plachygasse, wurden zu Naturdenkmälern erklärt, wobei in einem Fall Berufung eingelegt und die Entscheidung der Abteilung von der Rechtsmittelbehörde bestätigt wurde. Für zwei Naturgebilde wurde die Unterschutzstellung widerrufen (ND 630). Es handelte sich um eine Sommerlinde in 12, Tivoligasse 73 (ND 304), und eine Esche in 22, Breitenleer Straße, ggü. Obnr. 267. In Zusammenhang mit den raumbezogenen Aufgaben war es insbesondere in Hinblick auf die zukünftige Stadtentwicklung notwendig, sich mit den unterschiedlichsten Nutzungsansprüchen an den Raum (Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Wasserwirtschaft, Verkehrswesen, Siedlungswesen, Erholungswesen usw.) auseinanderzusetzen. Zu den Sonderaufgaben zählen die internationalen Angelegenheiten wie die Berner Konvention, das Ramsar-Abkommen, die Tätigkeit im Zusammenhang mit der IUCN (International Union for Conservation of Nature and Natural Resources) und nicht zuletzt die rechtlichen und fachlichen Verpflichtungen in Zusammenhang mit dem Washingtoner Abkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen. (Insgesamt 279 Bescheinigungen wurden nach diesem Übereinkommen ausgestellt). Über die durch den gesetzlichen Auftrag vorgegebenen Aufgaben hinaus wird durch die Betreuung bzw. Leitung von Forschungsvorhaben versucht, wissenschaftliche Erkenntnisse in den Verwaltungsalltag einfließen zu lassen.

Von besonderer Bedeutung in diesem Zusammenhang sind die Arbeitsschwerpunkte, wie Biotopmonitoring, Wienerwaldforschung im Systemzusammenhang, Nationalpark-Vorbereitung, Fachausschuß Landschaftshaushalt/Landschaftsbild im Rahmen der Internationalen Alpenschutzkonvention (CIPRA), konzeptive Überlegungen für ein neues Wiener Naturschutzgesetz und das Karstforschungsprogramm.

In der Folge soll auf die einzelnen Punkte näher eingegangen werden:

Biotopmonitoring:

1992 wurden in mehreren Arbeitsgesprächen mit den betroffenen Fachkreisen Arbeitskonzept und Arbeitsmethode fortentwickelt. Als Grundlage des Biotopmonitorings sind geographische Daten und Fachdaten aus der Luftbildinterpretation zu verwalten. Die digitale Grünflächenkarte konnte für die Gebiete Eßling, Cottage-Viertel und das dichtbebaute Stadtgebiet innerhalb des Gürtels erstellt werden (Teil des geographischen Informationssystems). Die Gewinnung biotoprelevanter Informationen aus den Luftbildern wurde in Angriff genommen. Die den Biotoptypen zugehörigen Luftbildinterpretationsschlüssel für die häufigsten Stadtbaumarten (Ahorn, Platane, Linde, Kastanie, Pappel) wurden erstellt.

Wienerwaldforschung im Systemzusammenhang:

Arbeitsschwerpunkte waren 1992 die Sammlung von Informationen, die für die Entwicklung einer Systemdarstellung (Berücksichtigung räumlicher, inhaltlicher und zeitlicher Daten) von Bedeutung sind, sowie die Aufbereitung der Daten aus der Luftbildinterpretation. Der mehr forschungsbezogene Teil des Projektes zeigt bereits, daß der empirisch-analytischen Aufbereitung von Detailfragen (Detailuntersuchungen) nicht die erwarteten Erfolgchancen bei der Gewinnung von Erkenntnissen über Belastungsursachen und Schadenswirkungen in Waldgebieten eingeräumt werden können. Die Luftbildinterpretation des Kronenzustandes von Buchen und Eichen im Wienerwald auf Wiener Stadtgebiet wurde mit der Beurteilung der Kronenzustände von über 32.000 Bäumen abgeschlossen.

Nationalpark-Vorbereitung:

Im Bereich der Nationalpark-Vorbereitungskommission fanden 1992 sieben Sitzungen statt. Es wurde die Erarbeitung von Grundlagen für die Entscheidungsfindung fortgesetzt. Auf Grund umfangreicher Naturraumanalysen ist bereits eine erste Beurteilung von Varianten hinsichtlich Zielsetzung, Akzeptanz und IUCN-Anerkennung möglich. Zur besseren Beurteilung der Nutzungskonflikte soll darüber hinaus eine Kosten-Nutzen-Analyse für die einzelnen Varianten durchgeführt werden.

Fachausschuß Landschaftshaushalt/Landschaftsbild im Rahmen der Internationalen Alpenschutzkonvention (CIPRA):

Eine besondere Aufgabe des Referates Naturschutz und Landschaftspflege bildet die Leitung des CIPRA-Fachausschusses Landschaftshaushalt/Landschaftsbild. 1992 konnte die Erarbeitung des Teilbereiches „Landschaftsbild“ abgeschlossen werden. Dieser Teil enthält grundlegende Begriffe zur Wahrnehmung, zum subjektiven Erleben sowie eine Methode zur Erstellung von Gutachten zum Landschaftsbild. Diese Methode umfaßt im wesentlichen die Bestandsaufnahme und Analyse der Landschaftsgestalt sowie die Landschaftsbildinterpretation.

In Zukunft wird nach dem Wiener Umweltschutzgesetz der Umweltanwalt in allen naturschutzrechtlichen Ver-

fahren Parteienstellung zukommen. Da in diesen Verfahren die Ermittlung des Sachverhaltes weitestgehend durch die Tätigkeit der Amtssachverständigen bestimmt wird, ist ihre Aus- und Weiterbildung von größter Wichtigkeit. Vorausschauend ist daher die Entwicklung wissenschaftlich fundierter Beurteilungsmethoden als „Rüstzeug“ für die Amtssachverständigen von besonderer Bedeutung.

Konzeptive Überlegungen für ein neues Wiener Naturschutzgesetz:

Aufbauend auf das im Jahre 1991 abgehaltene Arbeitsgespräch „Natur in der Stadt“ wurden 1992 konzeptive Überlegungen für ein neues Wiener Naturschutzgesetz durchgeführt. Grundsätzlich müssen für den Naturschutz in der Stadt vornehmlich (Biotop des Menschen) andere Kriterien gelten als für ländliche Bereiche. Die wissenschaftlichen Grundlagen für die Kriterien liefern insbesondere die Stadtökologie und die Raumplanung. Für die allgemeinen Bestimmungen (Schutz von Pflanzen und Tieren) des Naturschutzgesetzes erscheint nach bisherigen Überlegungen eine Gliederung des Wiener Stadtgebietes in „ökologische Funktionstypen“ als zweckmäßig.

Karstforschungsprogramm:

Ziel des Karstforschungsprogramms ist die Erarbeitung von Grundlagen bzw. Voraussetzungen für ein Zukunftskonzept Trinkwasser. Neue Konstellationen im mitteleuropäischen Raum, eine steigende Bevölkerungsentwicklung und verschärfte Qualitätsnormen für die Wasserversorgung lassen bundesländerübergreifende, gemeinsame Wasserversorgungsanlagen aktuell erscheinen. Daß das Karstwasser die wohl bedeutendste Trinkwasserreserve des alpinen Raumes ist, zeigt sich daran, daß mindestens ein Viertel bis ein Drittel der Bevölkerung Österreichs mit Trinkwasser aus Karstgebieten versorgt wird. Über die komplizierten Abläufe, die zusammen das Phänomen „Karst“ verursachen und über die, wenn sie aus dem Gleichgewicht geraten, dieses überaus empfindliche Ökosystem gefährden können, ist noch sehr wenig bekannt. Aus diesem Grund haben die MA 31, MA 49, MA 29 und die Abteilung selbst in Zusammenarbeit mit der karst- und höhlenkundlichen Abteilung des Naturhistorischen Museums mit der „Forschungsinitiative Karst“ begonnen. Mit der Erstellung von Karstverbreitungs- und Gefährdungskarten, der forstlichen Standortkartierung und der beabsichtigten Hochlagenkartierung sollen neue Erkenntnisse gewonnen, aber auch die Grundlagen für ein möglichst ganzheitliches Schutzkonzept und seine praktische Umsetzung geschaffen werden. 1992 wurde mit den Erhebungen im Schneeberg-Rax-Gebiet begonnen.

Im Referat Bodenschutz waren 1 A-Beamter und 1 Facharbeiter beschäftigt. Ein Aufgabenschwerpunkt des Referates ist die Tätigkeit als chemisch-technische Amtssachverständige in wasserrechtlichen Bewilligungsverfahren, insbesondere seit Inkrafttreten der WRG-Novelle 1990. Wichtige Veränderungen in der Gesetzgebung mit Auswirkung auf die Sachverständigentätigkeit stellen Emmissionsordnungen mit getrennten Emissionsgrenzwerten für die Einleitung von Abwässern in Fließgewässer oder in öffentliche Kanalisationsanlagen dar. In sachverständiger Beurteilung steht eine Immissionsverordnung, die die Gewässergüte für Fließgewässer regelt. 1992 wurde im Rahmen eines Arbeitskreises an der Festlegung von Grenzwerten an der im Rahmen des Wasserrechtes zu erlassenden Indirekteinleiter-Verordnung mitgearbeitet.

Einen weiteren Schwerpunkt der Referatstätigkeit bildet die Mitwirkung bei Behördenverfahren, betreffend a) die Sanierung bzw. Sicherung von Verdachtsflächen und Altlasten sowie b) die umweltschonenden Maßnahmen zur Beseitigung kontaminierter Abfallstoffe und Abbruchmassen von aufgelassenen Gewerbe- und Industrieanlagen. In diesem Zusammenhang ist auch die Auflegung des vom Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie erstellten Altlastenatlasses und Verdachtsflächenverzeichnisses zur öffentlichen Einsichtnahme, verbunden mit Auskunftsfähigkeit auf Anfrage über die darin im Bundesland erfaßten Flächen, zu erwähnen.

Im Zusammenhang mit Aufsuchen und Erkunden von Verdachtsflächen-Kontaminationen sowie Überwachung der Grenzwerte für Oberflächengewässer bzw. Grundwässer wurde mit der Dokumentation des neuesten Standes der Meß- und Analysengeräte, insbesondere hinsichtlich ihrer Verwendungsmöglichkeiten in Meßnetzen und im mobilen Freilandeinsatz, begonnen. Hier sollen Beurteilungsgrundlagen für eine spätere Anschaffung und den praktischen Einsatz im Aufgabenbereich des Magistrates der Stadt Wien erarbeitet werden.

Im Referat Luftreinhaltung waren 3 A- und 2 B-Beamte beschäftigt, die durchwegs über eine chemische Ausbildung verfügen. Das Referat erfüllt im Rahmen der Verwaltungstätigkeit Aufgaben der sachverständigen Begutachtung im Zuge sämtlicher in Betracht kommender Verwaltungsverfahren. Dies betrifft zahlenmäßig hauptsächlich Verfahren nach der Gewerbeordnung, nach der Bauordnung, nach dem Abfallwirtschaftsgesetz sowie dem Luftreinhaltungsgesetz für Kessel. Zusätzlich unterstützt das Referat die Kollegen des Referates 8 (Luftmeßnetz) personell im Bedarfsfalle bei der Wahrnehmung der Aufgaben im Zusammenhang mit Smogalarm und Ozonwarnung. Darüber hinaus sind zahlreiche verschiedenartige schriftliche und telefonische Anfragen sowohl von vielen Dienststellen der Stadt Wien als auch von Betrieben und Privatpersonen zu behandeln. Diese Anfragen betreffen neben dem großen Thema Luftschadstoffe und Luftreinhaltung auch angrenzende Fachgebiete, die mit Luftreinhaltung kaum zu tun haben, aber vom Referat, soweit möglich, behandelt werden, weil es offensichtlich in der Gemeinde keine dafür zuständige und kompetente Dienststelle gibt. Einen wesentlichen Schwerpunkt stellt das Gebiet der CKW-Anlagen dar, wo sowohl Messungen der Raumluft-

belastung (in Zusammenarbeit mit dem Umweltbundesamt) vorgenommen, als auch im Rahmen von Expertenkommissionen Grundlagen für die Beurteilung von Betrieben mit derartigen Anlagen geschaffen wurden.

Vom Referat Luftreinhaltung wurden folgende Forschungsarbeiten betreut:

- Untersuchung der Verteilungsmuster der flüchtigen organischen Verbindungen (VOC) in der Stadtatmosphäre von Wien und Graz im Rahmen der Bund-Bundesländer-Kooperation
- Interaktive Simulation der Ausbreitung von Schadstoffen in der Luft nach Önorm M 9440 am Computer
- Berechnung der Ausbreitung von schweren Gasen bei störfallbedingter Freisetzung

Als weitere Tätigkeit ist die Mitarbeit bei dem vom Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie eingerichteten Beirat zur Vergabe des Umweltzeichens zu nennen sowie in den einschlägigen Arbeitsgruppen des FNA Luftreinhaltung des österreichischen Normungsinstitutes.

Im Referat Abfallwirtschaft waren 2 A-, 2 B-, 1 C- und 2 D-Beamte beschäftigt. Die Tätigkeit des Referates Abfallwirtschaft umfaßt konzeptive, planende, gesetzesvorbereitende und gesetzesvollziehende Aufgaben in der Abfallwirtschaft. Wichtige Aufgaben für das Referat sind die Überprüfung der Sammler und Behandler von gefährlichen Abfällen, Vollziehung der Trennverordnung von Baurestmassen, Überprüfung der Spitäler und anderer öffentlicher Institutionen (Post, ÖBB, Universitäten, Bundesheer usw.), verstärkte Kontrolle von Ärzten (z.B. Zahnamalgameproblematik), Kontrolle der Meldungsdaten gemäß § 4 Abfallnachweisverordnung, Strafanträge wegen nicht ordnungsgemäß ausgefüllter Begleitscheine und Strafanträge wegen Nichtmeldung von gefährlichen Abfällen. Auf dem Detailgebiet der Asbestentsorgung ist das Referat österreichweit federführend bei der Erarbeitung von Richtlinien für die Entsorgung von Asbeststaub und asbesthaltigen Materialien. Die vom Referat erarbeiteten Auflagen wurden vom Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie als Erlaß vom 30. März 1992 für die Durchführung dieser Tätigkeit herausgegeben. Gemäß diesem Erlaß wurden 1992 von der Abteilung 14 Bescheide nach § 15 Abfallwirtschaftsgesetz für die Sammlung und Behandlung von Asbeststaub erstellt. Für die Asbestzementproblematik wurde vom Referat in Zusammenarbeit mit den Umweltberatern Österreichs und der Innung der Dachdecker eine Richtlinie für Demontage, Transport und Deponierung von Asbestzementprodukten erarbeitet. Diese Richtlinie wurde vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten in einem Erlaß für die Arbeitsinspektorate herausgegeben. Im Rahmen dieser Sachverständigentätigkeit wurde unter anderem 1992 begonnen, neue Auflagen hinsichtlich der Entsorgung der Kleinstmengen von asbesthaltigen Abfällen sowie eine Behandlungsmöglichkeit für asbesthaltige Bodenbeläge zu erarbeiten. Die technische Sachverständigentätigkeit zählt zu den umfangreichsten Aufgaben dieses Referates, nicht nur bei Verfahren nach dem Abfallwirtschaftsgesetz, sondern auch bei gewerbebehördlichen und baubehördlichen Verwaltungsverfahren. Insgesamt war die Teilnahme an rund 200 Verhandlungen zu verzeichnen. Im Jahr 1992 gab es einige neue Verfahren für die Behandlung von gefährlichen Abfällen im Zuge von Genehmigungen gemäß § 15 (Erlaubnispflicht für Abfallsammler und -behandler), § 28 (Genehmigung von Abfall- und Altölbehandlungsanlagen) und § 29 (Genehmigung für besondere Abfall- und Altölbehandlungsanlagen) Abfallwirtschaftsgesetz zu beurteilen, z.B. chemisch-physikalische Bodenreinigung, mikrobiologische Bodenreinigung, Kühlschrankbehandlung und Batterierecycling. Da der Sachverständige, vor allem der Gutachter, ein wissenschaftlich gesichertes Instrumentarium auf einem relativ neuen, innovativen Gebiet haben muß, kommt der Weiterbildung besondere Bedeutung zu. Aus diesem Grund waren die Mitarbeiter des Referates bemüht, durch persönliches Studium, aber auch durch Teilnahme an in- und ausländischen Tagungen, ihren Wissenstand zu aktualisieren.

Auf Grund der Genehmigungspflicht der Abfallwirtschaftskonzepte (§ 9 Abs. 2 AWG) ergibt sich als maßgebliche Aufgabe des Referates, lenkend in die Abfallwirtschaft im Sinne der Abfallvermeidung, der Abfallverwertung und der Abfallentsorgung einzugreifen. In diesem Zusammenhang erfolgten etwa 50 zum Teil umfangreiche Beratungen für die Erstellung von Abfallwirtschaftskonzepten sowie Begutachtungen von 10 Abfallwirtschaftskonzepten.

An wichtigen Veränderungen in der Gesetzgebung sind für das Referat insbesondere folgende Durchführungserlässe zum Abfallwirtschaftsgesetz von Bedeutung:

- Erlaß betreffend Behandlung von Abfällen aus dem medizinischen Bereich — Entsorgung von Zahnamalgame (Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie Zl. 08 3504/137-V/4/92-Wo) (Überprüfung von Zahnarztpraxen und Berichterstattung an das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie bezüglich der Einhaltung dieses Erlasses).
- Regelung der Begleitscheinplicht in Zusammenhang mit der Entsorgung von Altautos, die als gefährlicher Abfall eingestuft sind (Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie Zl. 08 3504/32-V/4/92-Ho)
- Regelung der Begleitscheinplicht in Zusammenhang mit der Entsorgung von Fernsehetelektronikteilen, die als gefährliche Abfälle eingestuft sind (Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie Zl. 08 3504/497-V/4/92-Ho)

Gemäß § 4 der Abfallnachweisverordnung sind Erzeuger von gefährlichen Abfällen oder Altölen verpflichtet, dem Landeshauptmann die Mengen und Abfallart von gefährlichen Abfällen zu melden. Es wurden 1.418 Meldungen entgegengenommen und EDV-mäßig bearbeitet. Etwa 46.000 Begleitscheine mit den Daten über Art, Menge, Herkunft und Verbleib von gefährlichem Abfall langten in der Abteilung ein. 38.600 Begleitscheine

konnten bearbeitet werden, so daß sich zusammen mit 46.000 Begleitscheinen aus den Vorjahren ein Rückstand von rund 53.000 Begleitscheinen angesammelt hat. Die Zahl der eingelangten Überprüfungsbögen der MA 36 betrug 1.010, davon wurden 368 bearbeitet. Die Betriebe wurden von der MA 36 überprüft, die Überprüfungsbögen an die Abteilung retourniert und dort mit den Daten aus dem Abfalldatenverbund verglichen. Bei Unregelmäßigkeiten wurden die Betriebe zu einer Meldung bzw. Änderungsmeldung aufgefordert.

Das Referat Abfallwirtschaft ist eine zentrale Stelle für ausführliche telefonische Beratungen von Betrieben und Privatpersonen auf dem Gebiete der Abfallwirtschaft (im Durchschnitt 50 Beratungen pro Woche). Die Sachverständigen des Abfallwirtschaftsreferates beurteilen für die Abteilung Gesetze, Verordnungen und Richtlinien, die die Abfallwirtschaft betreffen. Weiters wurden inhaltliche Beiträge zu Önorm S 2101, Önorm M 9405 und der Deponieverordnung geliefert. Eine weitere wichtige Aufgabe des Referates ist die Mitwirkung in Gremien wie der ÖKOSORTA, die sich mit der Trennung und Verwertung der auf Baustellen anfallenden Materialien beschäftigt. In die Kooperation der Bank Austria und der Wiener Handelskammer mit der Stadt Wien betreffend das „Umwelt-Netzwerk“ ist das Referat durch inhaltliche Beiträge in der Programmstellung und Datenlieferung als Anlaufstelle für diesbezügliche Fragen eingebunden. Anlässlich der UTEC (Internationale Kongreßmesse für Umwelttechnik) 1992 waren Mitarbeiter des Referates auf dem Messestand der Stadt Wien eingesetzt.

Als wichtigstes Forschungsprojekt wurde gemeinsam mit dem Umweltbundesamt das Projekt „Monitoring der Anthroposphäre an Hand der Produkte der Entsorgung“ betreut. Dieses Projekt ist ein erster wichtiger Baustein zur Erfassung und Optimierung von Stoffströmen in Österreich. Das erste Ziel ist die Bestimmung der Güter- und Stoffbilanz einer Hausmüllverbrennungsanlage. Aus dieser Bilanz sollen die Schadstoffmengen im Hausmüll, die je Einwohner anfallen, bestimmt werden. Das längerfristige Ziel ist die Verwendung dieses Verfahrens zur Planung, Optimierung und Erfolgskontrolle von Maßnahmen der Abfallwirtschaft im Hinblick auf einen umweltverträglichen regionalen Stoffhaushalt. Damit wird dieses Projekt zu einem wichtigen Instrument des österreichischen Abfallwirtschaftsplanes.

Im Referat Umweltlabor waren 2 B-Beamte und 1 Facharbeiter beschäftigt. Das Umweltlabor sieht sich sowohl als „Serviceeinrichtung“ für die übrigen Referate der Abteilung als auch für andere Magistratsdienststellen. Für letztere wird das Labor der Abteilung im Amtshilfeverfahren dann tätig, wenn der Einsatz einer der übrigen Labors des Magistrats (Prüfanstalten wie z.B. MA 15, MA 39, MA 60 — Lebensmitteluntersuchungsanstalt) weder von der Problemstellung noch aus Kostengründen zu rechtfertigen wäre. Zu den Hauptaufgaben des Referates zählen die Erfassung mittel- und langfristiger Trends von Schadstoffkonzentrationen im Raume Wiens und die aktuelle Analyse von akut auftretenden Problemen.

So werden mittel- und langfristige Trends von Schadstoffkonzentrationen erfaßt:

— WADOS: Untersuchung von Regeninhaltsstoffen:

Dieses Projekt, das in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Wien durchgeführt wird, dient vor allem dazu, den Gehalt an Schwermetallen, Säuren und Salzen im Regenwasser und in den staubförmigen Niederschlägen getrennt zu ermitteln (Wet and dry only sampler). Dazu sind im Raume Wiens und im Bereich Naßwald insgesamt vier Probeannahmestellen eingerichtet, an denen von Mitarbeitern der MA 49 täglich Proben genommen werden. Im Labor der Abteilung werden diese Proben auf Schwermetalle und parallel dazu von der Technischen Universität Wien auf Säurebestandteile untersucht. Resultat dieser Tätigkeit ist ein jährlich erscheinender Bericht, der eine Beurteilung des trockenen und nassen Schadstoffeintrages beinhaltet.

— Untersuchung von Staubbiederschlägen:

Zur Überprüfung des im Forstgesetz geregelten Schadstoffeintrages in den Wald werden im Bereich des Lainzer Tiergartens sechs, im Bereich des Laaer Waldes fünf Sammelstellen für „Staubbiederschlag nach Bergerhoff“ betrieben. An all diesen Sammelstellen werden die Probenbehälter monatlich von Mitarbeitern des Labors getauscht. Nach Aufarbeitung der Proben durch Säureaufschluß werden Staubbiederschläge auf sechs verschiedene Schwermetalle untersucht. Die aus obiger Tätigkeit resultierenden Berichte werden der MA 49 jährlich übermittelt. Sie stellen aber auch für die Abteilung eine ausgezeichnete Quelle zur Verfolgung der Änderungen der Schwermetallkonzentration im Staub dar.

— Bleigehalt der Luft im Straßenverkehr:

Im Jahre 1992 wurde die Untersuchung des Bleigehaltes der Wiener Luft mit der Auswertung der Werte des Jahres 1991 fortgesetzt. Die Meßergebnisse, Vergleichstabellen und Grafiken sind in Form eines Berichtes (MA 22 — 4248/91; „Untersuchung des Bleigehaltes der Luft“) zusammengefaßt worden.

— Bodenuntersuchung auf Blei und Cadmium:

Ausgelöst durch die Diskussion um die hohen Bleigehalte des Bodens in Arnoldstein, wurde eine flächendeckende Untersuchung des Wiener Bodens auf Blei und Cadmium durchgeführt. Die Resultate dieser Untersuchung wurden in Form eines Berichtes („Untersuchung des Wiener Bodens auf Blei und Cadmium“; Jänner 1993) zusammengefaßt und interpretiert.

— Akute Untersuchungen:

Aus den zahlreichen Einsätzen des Umweltlabors bei Akutereignissen bzw. aus den Amtshilfeersuchen anderer Dienststellen soll hier nur auf einige wenige Fälle eingegangen werden.

Im Zuge einer Überprüfung der FCKW-Absauganlage der MA 48 traten Zweifel auf, ob das verwendete Verfahren dem Stand der Technik entspricht. Analysen ergaben deutliche Gehalte an FCKW in der Luft und in den Kompressorölen. Es wird daher notwendig sein, ein anderes Absaugverfahren zu installieren oder die Anlage stillzulegen.

Schmieröle:

Im Zuge einer geplanten Verbrennungsanlage für ungebrauchte Schmieröle trat die Frage auf, welche Schadstoffe (Schwermetalle, Schwefel, Halogenverbindungen usw.) diese Produkte enthalten. Eine Untersuchung zeigte, daß Schmieröle, unabhängig davon, ob sie schon in Verwendung waren (Altöl) oder nicht, im Zusammenhang mit Verbrennungsanlagen wie Altöle zu behandeln sind.

Quecksilbergehalt des Bodens im Bereich des Krematoriums:

In den Medien wird zeitweise über Probleme durch Quecksilberkontaminationen (aus Amalgamplomben) von Böden im Bereich von Krematorien berichtet. Zur Überprüfung dieser Berichte wurden im Nahbereich des Krematoriums am Zentralfriedhof mehrere Bodenproben gezogen und auf Quecksilber untersucht. Diese Untersuchung erbrachte keine Hinweise auf Quecksilberkontaminationen durch Abgase des Krematoriums.

Aus den verschiedenen Anfragen und Beschwerden von Bürgern, die an das Labor herangetragen wurden, sollen im folgenden nur einige aufgezählt werden, um die Breite des Spektrums dieser Problemstellungen aufzuzeigen. Sie betrafen den Belag auf Kfz (Sirup von Bäumen), Lackreste in einem Gartenteich, Staubinhaltsstoffe auf einem Fensterbrett, diverse Chemikalien auf Gehsteigen und Straßen zur „Abwehr von Hunden“ (Putzmittel, Kalk, Mehl usw.), Rattengift im Hof usw.

Amtshilfeersuchen anderer Dienststellen:

Die MA 45 ist in vielen Fällen als überwachende Dienststelle bei Sanierungsarbeiten tätig. Dies betrifft sowohl den Bereich der Schadstoffunfälle (Tankstellen, Putzereien usw.) als auch die eigentliche Altlastensanierung. Sofern in diesem Zusammenhang chemische Analysen notwendig sind, wird das Labor der Abteilung im Amtshilfeverfahren tätig. Ebenso ist die MA 45 für die Überwachung der Deponien in Wien zuständig. Da aber naturgemäß eine Überwachung nach dem Augenschein alleine nicht ausreicht, werden in regelmäßigen Abständen von Mitarbeitern des Labors (gemeinsam mit einem Vertreter der MA 45) auf den Deponien Proben gezogen und untersucht. Ebenso wurde auf Ersuchen der MA 45 der Bereich der aufgelassenen Problemstoffsammelstelle Grinzing auf etwaige Bodenkontaminationen untersucht. Im Zuge der Untersuchung des Ludwig-Boltzmann-Institutes für biologischen Landbau, betreffend alternative Auftaumittel, wurden für die MA 49 die effektiven Konzentrationen von Kalium (aus Kaliumcarbonat) und Cl (aus NaCl) im Schmelzwasser analysiert.

Um den Wert der Arbeiten des Labors abschätzen zu können, wurden die durchgeführten Analysen mit dem Standardsatz für Zivilingenieure bewertet. Davon wurden dann die Personal- und die Betriebskosten abgezogen. Dabei wurde festgestellt, daß das Labor der Abteilung 1992 durch äußerste Sparsamkeit eine positive „Kosten-Nutzen-Bilanz“ aufweist und der Stadt Wien umgerechnet knapp 1,5 Millionen Schilling erspart hat.

Im Referat Luftmeßnetz waren 2 A- (einer davon im Sondervertrag zu derzeit 20 Wochenstunden) und 3 B-Beamte beschäftigt. Zu den Hauptaufgaben des Referates gehören Betrieb, Wartung und Ausbau des Luftmeßnetzes, die Durchführung der stationären und mobilen Schadstoffmessungen, die Aufbereitung, Beurteilung, anschauliche Darstellung und Veröffentlichung der Luftmeßwerte und die Behandlung von Anfragen betreffend die Luftsituation in Wien. Weiters gehört es zu den Pflichten im Fall von Smogalarm- und Ozonwarnungen, die gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen zu veranlassen. Zur Kontrolle der Luftreinhaltung wird ein Immissionsmeßnetz mit 18 stationären Meßstellen, einem Meßbus und einer Meßnetzzentrale in der Ebendorferstraße betrieben. Das Meßnetz ist gegenwärtig so ausgebaut, daß alle Meßstellen mit Meßgeräten für Schwefeldioxid, Staub und Stickoxide ausgerüstet sind. An sieben verkehrsbelasteten Meßstellen wird Kohlenmonoxid gemessen, und fünf Meßstellen sind mit Ozonmeßgeräten ausgestattet. In den 18 Meßstellen sind zur Analyse der Schadstoffkonzentration 63 Luftmeßgeräte im Einsatz. An drei Standorten sind meteorologische Geber für die Erfassung von Windgeschwindigkeit, Windrichtung, Lufttemperatur, Luftdruck und Feuchte ins Meßnetz eingebunden. Der Meßwagen ist sowohl für die Durchführung von mobilen Immissionsmessungen der Schadstoffkomponenten Schwefeldioxid, Stickoxide, Staub, Kohlenmonoxid und Ozon als auch für die Überprüfung von den gasförmigen Schadstoffen Schwefeldioxid, Stickoxide und Kohlenmonoxid ausgerüstet. Der Meßbus wird so wie die übrigen stationären Luftmeßstellen vom Meßnetzcentralcomputer überwacht und übermittelt die Meßdaten direkt in die Meßnetzzentrale. Der Austausch der in den Meßstellen Kenderstraße, Schafberg und Floridsdorf in Betrieb befindlichen Datenübertragungseinrichtungen und der veralteten SO₂-Meßgeräte konnte Ende 1992 mit der Anschaffung moderner, meßnetzkompatibler Datenerfassungen und neuen SO₂-Meßplätzen eingeleitet werden. Nach der für das Frühjahr 1993 vorgesehenen Umrüstung dieser drei Meßstellen sind alle Meßcontainer durch einheitliche Datenerfassung mit der Meßzentrale vernetzt, die Subzentrale Rathausstraße kann aufgelassen werden. Weiters wurden für die vier Staubmeßgeräte der Baujahre 1978 und

1979, die sich in den Meßstellen Floridsdorf, Währinger Gürtel, Stephansplatz und Taborstraße im Einsatz befinden, Ersatzgeräte angeschafft. Die Finanzierung der angeführten Maßnahmen erfolgt aus Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie auf Grund des Smogalarmgesetzes.

Im April 1992 wurden das Bundesgesetz über Maßnahmen zur Abwehr der Ozonbelastung und die Information der Bevölkerung über hohe Ozonbelastung, mit dem das Smogalarmgesetz BGBl. Nr. 38/1989 geändert wird (Ozongesetz), beschlossen. Die darin dem Landeshauptmann übertragenen Aufgaben sind von der Abteilung zu erfüllen. Zu den Maßnahmen, die die Länder in mittelbarer Bundesverwaltung durchzuführen haben, zählen im wesentlichen der Betrieb von Ozonmeßstellen und einer Meßnetzzentrale, die Errichtung und der Betrieb eines Datenverbundes mit dem Umweltbundesamt, eine tägliche Berichterstattung über die Ergebnisse der Ozonmessung sowie bei erhöhten Ozonkonzentrationen die Auslösung von Warnstufen und die Erarbeitung eines Sanierungsplanes. Neben den aus dem Smogalarm- und Ozongesetz resultierenden Maßnahmen wurden vom Referat zahlreiche schriftliche und telefonische Anfragen beantwortet.

Kanalisation

Die Verordnung des Gemeinderates vom 11. Dezember 1987, Beschluß Pr.Z. 3867, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 51/1987 (Kanalgebührenordnung 1988), zuletzt geändert durch Verordnung des Gemeinderates vom 24. März 1992, Pr.Z. 987, wird wie folgt geändert: „§ 1. Die Gebühr für die Einleitung von Abwasser in einen öffentlichen Kanal wird mit 13,20 S je Kubikmeter festgesetzt.“ Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 1993 in Kraft.

Im Jahre 1992 konnte ein Rekordumsatz in der Bautätigkeit, was Investitionen und größere Instandsetzungen betrifft, verzeichnet werden. Für das Folgebaulose des Entlastungskanales für den Rechten Hauptsammelkanal, RHSK BA 02/2, konnten die Planung abgeschlossen und die Arbeiten ausgeschrieben werden. Die Oberflächengestaltung der vorherigen Baulose wurde komplettiert.

Das **Netzausbauprogramm** sieht die Vollkanalisierung aller im Bauland gelegenen Haushalte Wiens vor. Der Schwerpunkt der Maßnahmen lag bei der Errichtung von Sammelkanälen und Aufschließungssträngen im 21. und 22. Bezirk. Im Zuge der Netzaufschließung wurden drei neue Technologien 1992 erfolgreich zum Einsatz gebracht, und zwar das Micro-Tunnelling im Gebiet Bruckhausen, die Unterdruckentwässerung im Gebiet Dampfschiffhafen und der halbhohe Preßrohrvortrieb in Eßling. Insgesamt konnten neben der Fortsetzung der in Bau befindlichen Arbeiten 15 neue Baulose in Angriff genommen werden.

Das Kanalbauprogramm sieht die Sanierung des zum Teil schon über 100 Jahre alten Kanalnetzes im innerstädtischen Bereich vor. Der Schwerpunkt der Arbeiten lag 1992 im Bereich des 15. und 22. Bezirkes. Darüber hinaus wurden in einer Reihe weiterer Bezirke Kanäle unter zum Teil schwierigen Verhältnissen (Verkehr, Aufrechterhaltung des Kanalbetriebes) umgebaut. Dabei wurde darauf geachtet, die Kanalumbaumaßnahmen in terminlicher Abstimmung mit anderen Einbautenlegungen durchzuführen. Insgesamt konnten neben der Fortsetzung der in Bau befindlichen Arbeiten 15 neue Kanalumbauten und 8 Komplett-sanierungen in Angriff genommen werden.

Neben den genannten Kanalbauten konnten auch mehrere Kanäle zur Erschließung von Betriebsbaugebieten, zur Freimachung von U-Bahn-Trassen und für die Aufschließung von Stadterweiterungsflächen errichtet werden. Insgesamt betrug das Bauvolumen 1992 34,723 km. Die Länge des Straßenkanalnetzes hat bis Ende 1992 1,826.339 m erreicht. Wie alljährlich war neben zahlreichen Akten- und Planbegutachtungen auch eine intensive Mitarbeit im Normenwesen erforderlich.

Der **Einsatzdienst**, der für die Beseitigung von Verstopfungen und ähnliche Arbeiten zuständig ist, hat 4.574 Einsätze geleistet. Die Materialförderung, Kanalschutt und Rechengut, aus allen Teilen des gesamten Kanalbetriebes betrug 13.454 m³. Im einzelnen wurden aus Schotterfängen 2.084 m³, aus den Hauptsammelkanälen 1.752 m³, aus den Straßenkanälen 2.423 m³, aus der Kläranlage Blumental 2.918 m³ und aus dem Pumpwerk Linker Donauesammler 180 m³ Kanalschutt geräumt. Die anfallende, bereits gepreßte Rechengutmenge aus der Kläranlage Blumental und den Pumpwerken betrug 4.097 m³. Durch Hochdruckwagenräumung wurden 598.235 m Rohrkanäle und 704.879 m Profilkä-näle gereinigt.

Der Bestand an **Senkgruben** hat sich im Jahre 1992 etwas verringert und betrug 34.078. Die Zahl der Senkgrubenräumungen machte 30.490 mit einer Gesamtaushubmenge von 176.578 m³ aus. 2.114 Abscheiderräumungen wurden durchgeführt, wobei die Gesamtaushubmenge 4.634 m³ betrug.

An rund 2.773 Kleinbaustellen wurden Erhaltungsarbeiten durchgeführt, ferner 1.140 Stück Schachtabdeckungen repariert bzw. erneuert. An den Hauptsammelkanälen wurden auf 544 Baustellen Erhaltungsarbeiten durchgeführt. Außerdem wurden in einer Reihe von Außenstellen dringend notwendige Instandsetzungsarbeiten durchgeführt.

Die Fahrzeuge haben rund 1,100.000 km zurückgelegt, davon die Senkgrubenwagen 378.600 km, der Hochdruckwagen 82.700 km, die Abscheiderräumfahrzeuge 48.100 km, der Verstopfungswagen 68.300 km und diverse andere Fahrzeuge 544.000 km.

An behördlichen Aufgaben wurden u.a. 264 Gutachten für die Herabsetzung der Abwassergebühr, 693 Schreiben, die Räumtermine, Parteigehör, Räumzahlfestsetzungen und amtswegige Räumungen betreffen, verfaßt. Bei 500 Liegenschaften wurde die Einhaltung der Bescheidaufgaben überprüft.

Die Regenwasserpumpwerke förderten 305.956 m³, die Abwasserhebwerke 52.222.680 m³. In der Kläranlage Blumental wurden 16.839.903 m³ Abwasser gereinigt, wofür 5.285.700 kWh Strom verbraucht wurden. Die durchschnittliche Verschmutzung im Zulauf betrug 263 mg/l BSB₅, die im geklärten Ablauf 13 mg/l BSB₅. Im Pumpwerk Linker Donausammelkanal betrug der Energieverbrauch für die Versorgung der angeschlossenen Hochwasserpumpwerke 8.472.240 kWh, einschließlich des Stromverbrauches, der kurzfristig bei Revisionsarbeiten an der Stromversorgung der Hauptkläranlage Wien benötigt wurde.

Das Referat Chemie hat 1.717 Abwasserproben gezogen sowie an 265 Tagen Dauerkontrollen mittels Probenahme-, pH- und Temperaturmeßgeräten durchgeführt, wobei zusätzlich 1.152 Abwasserproben anfielen. 374 Proben entsprachen nicht der geforderten Abwasserqualität und wurden dem Verursacher in Rechnung gestellt. In 16 Fällen wurden zusätzlich Strafanträge erstattet. Die Zahl der regelmäßig zu kontrollierenden Firmen betrug mit Stichtag 31. Dezember 1992 etwa 1.200, die der weniger gefährlichen Abwassereinleiter rund 3.000. Somit sind zur Zeit rund 4.200 Firmen im Industrie- und Abwasserüberwachungskataster erfaßt. Neben den routinemäßigen Abwasserkontrollen nahmen die Kontrollorgane des Referates zusätzlich an 367 gewerberechtlichen Verhandlungen teil. Die technische Ausrüstung des Labors wurde durch Austausch des bisherigen Schwermetallbestimmungsgerätes auf einen ICP-Atomemissionsspektrophotometer verbessert.

Mit dem Kanalfernsehaug wurden 101.230 m Rohrkanäle überprüft.

In der Friedrichstraße wurden 37 Führungen mit 601 Personen durchgeführt.

Trotz intensiver Schulung und Aufklärung kam es zu 60 Unfällen, darunter konnte man zwei Unfälle als schwer bezeichnen.

Wasserwerke

Im Jahre 1992 wurden insgesamt 155.924.100 m³ (1991: 149.923.000 m³) Wasser aufgebracht, davon 152.464.000 m³ (1991: 145.352.000 m³) in das Wiener Rohrnetz eingespeist. 145.163.700 m³ (93,1 %) der Gesamtmenge kamen aus den beiden Hochquellenleitungen, 7.015.700 m³ (4,5 %) aus den Wiener Grundwasserwerken, 1.824.200 m³ (1,2 %) aus dem Wientalwasserwerk sowie 535.500 m³ (0,3 %) aus dem Wasserleitungsverband der Triestingtal- und Südbahngemeinden. Der Restbetrag von rund 1.385.000 m³ Wasser ergibt sich aus Veränderungen im Behältervorrat. Die Gesamtaufbringung stieg gegenüber dem Vorjahr um 6.001.100 m³, das sind 4,0 Prozent. Von der bezogenen Wassermenge wurden 2.525.300 m³ an auswärtige Abnehmer und Verbundgemeinden abgegeben, 152.464.000 m³ an das Wiener Rohrnetz und 934.800 m³ an Überfällen und Ableitungen. Die durchschnittliche Tagesabgabe an das Wiener Rohrnetz betrug 417.700 m³. Das Tagesmaximum wurde am 10. August 1992 mit 569.000 m³ erreicht, das Tagesminimum am 19. April 1992 mit 307.000 m³. Zur Entkeimung der gesamten dem Verbrauch zugeführten Wassermenge wurden insgesamt 34.281 kg Chlorgas und 47.569 kg Natriumchlorit sowie 1.510 l Hypochlorit und 480 kg Wasserstoffsuperoxyd verwendet. Der äquivalente Chlorverbrauch betrug daher 54.259 kg, was einem durchschnittlichen Zusatz von 0,35 mg Chloräquivalent pro Liter Wasser entspricht. Von den Wasserleitungskraftwerken an den beiden Außenstrecken wurden 61.177.586 kWh an elektrischer Energie geliefert. Davon entfielen 4.909.840 kWh auf die Kraftwerke im Quellengebiet der I. Wiener Hochquellenleitung, 11.973.018 kWh auf die Kraftwerke im Quellengebiet der II. Wiener Hochquellenleitung und 44.294.728 kWh auf das Kraftwerk Gaming an der II. Wiener Hochquellenleitung.

Im Rahmen der Neubauten und Bauvorhaben wurde an der I. Wiener Hochquellenleitung die im Jahr 1991 baulich hergestellte Güteüberwachungsstation eingerichtet und in Probetrieb genommen. Je eine weitere Überwachungsstation wurden beim Leitungsspeicher Neusiedl und in Ternitz baulich begonnen. Der wasserrechtliche Probetrieb in der Pfannbauernquelle mit einer Förderungsleistung von 220 l/s wurde fortgesetzt, es wurden ergänzende hydraulische Daten erhoben. Daraus folgten eine Verbesserung der Leitungsentlüftungen und eine umfangreiche Dokumentation der Betriebsdaten. Nach Ergänzung der Fugenabdichtung und Fertigstellung der Umgehungsleitung beim Zugangstollen 50 (Kienberg) an der II. Wiener Hochquellenleitung wurden die wasserrechtliche Prüfungsverhandlung durchgeführt und die Anlage in Betrieb genommen. Die Wasserwerke planen den Bereich der II. Wiener Hochquellenleitung in Scheibbs, an dem durch die ungünstigen geologischen Verhältnisse Schäden an der Leitung entstanden sind, durch einen neuen Stollen zu umgehen. Der neue Stollen wird in geologisch wesentlich günstigeren Bereichen liegen und nach besser geeigneten, neuen Stollenbauverfahren gebaut werden. Für das Projekt Umgehungsstollen Scheibbs wurde nun die wasserrechtliche Bewilligung weiterbetrieben. Zur Umgehung einer grundbaulichen Problemstelle in Oberndorf (Setzung des Leitungskanals) wurden ein Detailprojekt ausgearbeitet und Vorarbeiten vorgenommen. 20 Projekte mit Ableitungssträngen DN 150 bis 300 mm in der Gesamtlänge rund 4000 m konnten ausgeführt werden. Für die

Gesamtentleerung Perschlingdüker wurden die Dükereinlaufkammer umgestaltet, der Überfallgraben als Druckrohrleitung DN 1000 mm, Länge 300 m, ausgebaut und ein Energievernichter-Bauwerk errichtet. Für das Grundwasserwerk Mitterndorfer Senke der III. Wiener Wasserleitung wurden das hydrologische Beweissicherungsprogramm des wasserrechtlichen Verfahrens sowie die Wasserqualitätsuntersuchungen fortgesetzt. Was das wasserrechtliche Bewilligungsverfahren betrifft, so wurden die Parteienliste revidiert, EDV-mäßig aufgearbeitet und der Behörde übermittelt. Im Wientalwasserwerk wurden ein Zubau zum Schnellfiltergebäude für Büro, Labor und Überwachungsstelle mit Einrichtungen für die Sicherheitsüberwachung der II. Wiener Hochquellenleitung sowie der Zu- und Umbau „Dammwärterhaus“ als Rohbau hergestellt. Die Schlammbehandlungsanlage Wientalwasserwerk konnte baulich hergestellt und maschinentechnisch komplett eingerichtet werden.

Im Bereich von Wien waren ebenfalls zahlreiche Arbeiten durchzuführen. Die Arbeiten an den Sportplätzen auf dem Wasserbehälter Schmelz, die die Abteilung selbst für das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung auf der Behälteroberfläche errichtet, wurden fertiggestellt, ebenso das gleichzeitig begonnene Gerätehaus. In der Kaiserebersdorfer Straße wird der alte Versorgungsrohrstrang durch eine neue Transportleitung DN 600 und Versorgungsleitung DN 200 ersetzt. 1992 konnte dieser Austausch von der Hörtengasse bis zur Schmidgunstgasse durchgeführt werden. Nach Festlegung des Straßenbauprojektes für die Landstraßer Hauptstraße konnte im Herbst 1991 mit der Erneuerung der Rohrstränge begonnen werden. So wurden im Bereich zwischen Kundmannsgasse und Schlachthausgasse die Versorgungsrohrstränge neu verlegt, ebenso die Transportleitungen DN 800 zwischen Wassergasse und Apostelgasse. Der Transportrohrstrang DN 870 wurde zwischen Apostelgasse und Schlachthausgasse von innen saniert. Die Transportleitung vom Behälter Schafberg im Versorgungsgebiet wurde wegen des hohen Alters und der teilweise ungünstigen Lage auf Privatgrund durch einen neuen Rohrstrang ersetzt. Gleichzeitig wurden auch die alten Versorgungsleitungen erneuert. Diese Arbeiten konnten im Jahr 1992 abgeschlossen werden. Das Behälterprojekt Bisamberg dient zur Sicherung der Versorgung des 21. und 22. Bezirkes durch eine ausreichende Behälterreserve. 1992 wurden das Detailprojekt erstellt, der Sachkredit genehmigt, die Trassenfestlegung durchgeführt und die Bauverhandlung abgehalten. Für die Trassenabschnitte der Behälterzu- und -ableitungen, die nicht im öffentlichen Gut liegen, wurden die notwendigen Verhandlungen mit den betroffenen Eigentümern weitergeführt. Mit dem Bau der Transportleitungen wurde in drei Abschnitten im Herbst begonnen. Die Abteilung plant, durch das Tiefliegen des Behälterablaufes den nutzbaren Speicherraum des Behälters Lainz zu vergrößern. Auch die Durchflußmengenmessung im Behälterzulauf soll neu hergestellt werden, um den Problemen durch Lufteinsaugen, bedingt durch niederen Behälterwasserstand bei der bestehenden Meßanordnung, wirksam begegnen zu können. Durch das Tiefliegen des Behälterauslaufes ist auch der Neubau der Behälterableitung erforderlich, an die vor dem Behälter Mauer das bestehende Rohrnetz angebunden wird. Mit den Planungsarbeiten dazu wurde 1992 begonnen, mit der Fertigstellung der Planung ist Mitte 1993 zu rechnen. Im Straßenzug Kundratstraße, Kerschensteingasse, Längenfeldgasse soll zwischen Triester Straße und Eichenstraße der bestehende Transportrohrstrang erneuert werden. Dieser Rohrstrang ist ein Teil der Verbindungsleitung vom Behälter Rosenhügel zum Behälter Laaer Berg und dient der Verteilung des Wassers aus der I. Wiener Hochquellenleitung. Die Rohrstrangabschnitte DN 900 und 950 in der Längenfeldgasse und Kerschensteingasse haben ausreichende Kapazität und sollen innensaniert werden. Die Abschnitte DN 800 und 870 in der Kundratstraße entsprechen hingegen den heutigen Kapazitätsanforderungen nicht mehr und sollen auf DN 1000 ausgewechselt werden. Gleichfalls sollen die begleitenden Versorgungsrohrstränge DN 80, 100 und 150 ausgewechselt werden. 1992 wurde das Projekt beim Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds zur Förderung eingereicht und die Wirtschaftlichkeitsbesprechung positiv abgeschlossen. Mit der Aufnahme der Bauarbeiten kann im Herbst 1993 gerechnet werden. Die Wasserwerke planen die Errichtung eines Mehrzweckgebäudes am Gelände des Behälters Wienerberg zur Unterbringung von Bereitschaftsmannschaft, Bereitschaftsfahrzeugen sowie Material für Betrieb, Wartung und Instandhaltung der Wasserversorgungseinrichtungen. 1992 wurden erste grundsätzliche Überlegungen über den Raumbedarf und die Situierungsmöglichkeiten am Grundstück durchgeführt. Die Planungsarbeiten sollen im Jahr 1993 erfolgen. Nach Erteilung der Baugenehmigung für das Archiv Knödelhüttenstraße wurde die Detailplanung des Bauvorhabens durchgeführt. Der sich außer Betrieb befindliche Behälter und das Maschinenhaus werden in ein Planarchiv der Abteilung umgebaut. Die Arbeiten wurden 1992 zum Großteil durchgeführt. Die 3. Hauptleitung unterstützt die beiden bestehenden Hauptleitungen, die das Gerüst der Wasserversorgung in den westlichen und höhergelegenen südlichen Bezirken Wiens bilden, und ermöglicht deren Sanierung. Für das gesamte Projekt liegt die Zustimmung des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds vor, für den 1. Teil vom Behälter Lainz bis zum Wiental wurde bereits die Zusage erteilt. Für eine mögliche Nutzung von tiefliegenden, geschützten Grundwasserreserven in Notsituationen hat die MA 29 — Geologie eine Gutachtergruppe namhaft gemacht und dieser 1989 den Auftrag zur Ausarbeitung eines

Lagerstättengutachtens erteilt. Die Ergebnisse lassen Schlüsse auf erschrothbare Wassermengen im Hinblick auf eine Notversorgung der Stadt Wien zu. Das Projekt dient als Grundlage für die Erlangung einer entsprechenden Rahmenverfügung durch das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft. Im Grundwasserwerk Lobau wurden die Beweissicherungsarbeiten festgesetzt und für das bevorstehende Kraftwerk Freudenau vertraglich abgeändert. Eine Sperrbrunnenreihe wird im März als Probetrieb im Rahmen des wasserrechtlichen Bewilligungsbescheides in Betrieb genommen. Weiters wurden flächendeckende hydrologische Beweissicherungen und Qualitätsmessungen im Rahmen der Bescheidaufgaben durchgeführt. Im Grundwasserwerk Donauinsel Nord wurden ein ganzjähriger Versuchsbetrieb und Pilotversuche am Brunnenwasser zur Entwicklung optimaler Aufbereitungstechnologien, hydrologische Beobachtungen und Auswertungen, laufende Qualitätsuntersuchungen an Donau, Neuer Donau und Brunnen sowie Auswertungen und Erstellungen weiterer Projektuntersuchungen im Hinblick auf die Fortführung des wasserrechtlichen Bewilligungsverfahrens vorgenommen. Gemäß Bescheid der Niederösterreichischen Landesregierung wird die Entsorgung der Abwässer und Schlämme des Wientalwasserwerkes dem Stand der Technik angepaßt. Für die Schlammräumung in den Vorklärbecken wurde ein für Österreich neuartiges System installiert, die Vorklärbecken wurden entsprechend angepaßt. Das projektierte Schlammmentwässerungsverfahren wurde auf Grund unwirtschaftlicher Ergebnisse auf ein konventionelles Entwässerungssystem umgeplant, ausgeschrieben und vergeben. Damit sind die Feststoffe aus allen Betriebswässern erfaßt und werden mittels Kammerfilterpresse entwässert. Die Baulichkeiten wurden fertiggestellt. Der Routinebetrieb ist ab Sommer 1993 möglich.

Im Rahmen der Erhaltungsarbeiten an der I. Wiener Hochquellenleitung wurden 4 Abkehren durchgeführt. Im Zuge der Arbeiten wurden 14 km maschinell gereinigt, 26 Einstiegschächte hergestellt, Schrämm- und Spritzbetonarbeiten (589 m²), Dichtputzarbeiten (1.200 m²) sowie Folienauskleidungen im Aquädukt Liesing (850 m²) ausgeführt. Weiters wurden drei Entleerungen mit elektronischem Schieber- bzw. Klappenantrieb gestattet. Die Abdeckung des Aquäduktes Leobersdorf mit Stahlbetonfertigteilen einschließlich Geländemontage wurde fertiggestellt. Auf dem Aquädukt Baden wurden 260 m Abdeckung verlegt, das Nebengebäude des Aufseherhauses Ternitz adaptiert. Im Rahmen der Abkehren im Quellgebiet I wurden Abdichtungsarbeiten und Kabelarbeiten ausgeführt. Die Betriebsführung aller Wassergewinnungsanlagen und der vier zugehörigen Kraftwerke sowie die Betriebsführung der Anlagen des Systems Pfannbauernquelle erbrachten 45.558.873 m³ Wasser und 4.909.660 kWh elektrischen Strom. Im Wasserleitungsmuseum Kaiserbrunn waren 146 Führungen vom Betriebspersonal durchzuführen. Die Kontrollen des gesamten Quellenschutzgebietes, besonders der Schutzhütten, wurden vorgenommen sowie 70 behördliche Verhandlungen besucht. Bei fünf Abkehren an der Hochquellenleitung wurden im Jahr 1992 12 km maschinell gereinigt, 550 lfm Stollendrainage instand gesetzt sowie 20 Putzschächte hergestellt, Risse (rund 600 lfm) und Gewölbe (ca. 30 m²) abgedichtet, Abdichtung mit Kunststoffen (rund 1.500 m²) durchgeführt, Rohre für Ausleitung von Fremdwässern (rund 80 lfm) verlegt und 10 Einstiegschächte abbetoniert. Weiters wurden diverse Absperrorgane gewartet, Injektionsarbeiten zur Abdichtung ausgeführt und Entwässerungsbohrungen (rund 250 lfm) angelegt. Drainagerohre wurden durch Hochdruckspülungen gereinigt. Der Eichgrabenaquädukt wurde mit 117 lfm Stahlbetonfertigteilen abgedeckt. Die Datenerhebung für die Fassung der Kräuterbrunnenquellen im Quellgebiet II wurden fortgesetzt, eine automatische Meßstation mit Datenlogger eingerichtet und radiologische Probeauswertungen durchgeführt. Ein umfassendes Karstforschungsprogramm über das Quelleneinzugsgebiet Zeller Staritzen (Pfannbauernquelle, Brunnen- und Höllquellen) wurde in Zusammenarbeit mit der Forschungsanstalt Joanneum, Graz, begonnen. Zur selektiven Ableitung der Höllquellen wurde eine Rohrleitung DN 800 mm, Länge rund 400 m, verlegt. Im Brunnenstollen wurden von km 9,2 bis km 11,2 Stahlkonsolen für eine zweite Rohrleitung DN 500 mm versetzt. In der Kammer C, Weichselboden, wurde eine Drucksteigerungsanlage zur besseren Nutzung der einzelnen Wasserfassungen installiert. Weiters wurden Fernmelde- und Energiekabel in einer Gesamtlänge von etwa 5 km erneuert, beim Aquädukt Holzäpfeltal ein Schutzdamm gebaut. Im Wasserleitungsmuseum Wildalpen wurden 140 Führungen, bei der Kläfferquelle 84 Führungen durchgeführt. Die Kontrollen des gesamten Quellenschutzgebietes, besonders der Schutzhütten, wurden vorgenommen. Die Betriebsführung an den Wassergewinnungsanlagen und 7 Kraftwerken erbrachte eine tägliche Wassereinleitung zwischen 203.875 m³ und 243.375 m³ sowie eine Gesamtenergiegewinnung von 12.973.018 kWh. Die Chlorstation des Wientalwerkes wurde durch Dacherneuerung, Isolierung, Fliesenverlegung und Erneuerung der Türen saniert. Die Feinfiltergebäude wurden mit einer Profilblecheindeckung im Gesamtausmaß von 6.200 m² ausgestattet. Über den Zugangskammern wurden Dachstühle samt Deckung hergestellt und 22 Lüftungskästen montiert. Beim Einlaufbauwerk wurden eine Pegelhütte errichtet und im See die Hochwasserablagerungen des Wolfgrabenbaches ausgebaggert. Für den Schlammtransport vom Vorklärbecken zur Schlammtransportstation wurde eine Rohrleitung DN 300 in die schadhafte Kanalleitung DN 400 mm eingezogen. Trotz des Umbaus im Bereich der Vorklärbecken war der Wasseraufbereitungsbetrieb ungestört.

Was die Anlagen in Wien betrifft, so konnte nach dem hydraulischen und starkstromtechnischen Umbau des Hebewerkes Hungerberg auch die Überwachungs- und Steuerungseinrichtung dem letzten Stand der Technik entsprechend fertiggestellt werden. Die fernmeldetechnische Anbindung des Hebewerkes an die Lastverteilungs-

zentrale Grabnergasse ist noch offen. Die Realisierung ist jedoch im Jahr 1993 vorgesehen. Im Hebewerk Krapfenwald mußten die Pumpenaggregate für die Anspeisung des Behälters Cobenzl erneuert werden. Gleichzeitig wurden die starkstromtechnischen Anlagen auf den neuesten Stand der Technik gebracht. Der Umbau der Überwachungs- und Steuerungseinrichtungen sowie die fernmeldetechnische Anbindung an die Subzentrale Hungerberg sind im Jahr 1993 geplant. Um die Errichtung des neuen Planarchivs im Drucksteigerungswerk Knödelhütte realisieren zu können, mußten die Pumpenaggregate, die Verrohrungen sowie die starkstrom- und nachrichtentechnischen Anlagen innerhalb des Gebäudes verlegt werden. Im Hebewerk Steinhof wurden die Diensträumlichkeiten des Aufsichtspersonals neu adaptiert, die Überwachungs- und Steuerungseinrichtungen erneuert und die Schaltwarte komplett umgestaltet. Die elektrischen Anlagenteile des Drucksteigerungswerkes Wolfersberg wurden einer gründlichen Revision unterzogen, das drehzahleregelte Pumpenaggregat in der verbrauchsarmen Periode ausgebaut und überholt. In der Übergangskammer Mauer installierte man eine UV-Versuchsanlage, mit der im Jahr 1993 mittels Versuchsreihen in Zusammenarbeit mit der MA 15 — Institut für Umweltmedizin Erfahrungswerte auf dem Gebiet der Desinfektion unseres Trinkwassers mit UV-Licht gewonnen werden sollen. Die elektrische Einrichtung der Desinfektionsanlage Rosenhügel wurde so umgebaut, daß eine Fernüberwachung bzw. der Fernbetrieb dieser Anlage von der Subzentrale Rosenhügel und der Lastverteilungszentrale Grabnergasse aus möglich ist. Durch diesen Umbau kann nun auch das Hebewerk Rosenhügel vom Warteraum der Desinfektionsanlage Rosenhügel aus betrieben und überwacht werden. Beide Kammern des Behälters Hackenberg unterzog man nach Beendigung der Sanierungsarbeiten einer gründlichen Reinigung. In der Lobau wurde die hydroelektrische und nachrichtentechnische Einrichtung zur Fernüberwachung der Sperrbrunnenreihe fertiggestellt, so daß der Versuchsbetrieb aufgenommen werden konnte. Beim Horizontalfilterbrunnen Markethäufel erfolgte eine chemische und mechanische Reinigung aller acht Vortriebsstränge. Damit konnte die Förderleistung des Brunnens, die bereits auf 40 l/s abgesunken war, wieder fast auf die ursprüngliche Leistung von 100 l/s gesteigert werden. In der Aufbereitungsanlage Markethäufel wurde eine Fernwirkanlage installiert, um sämtliche relevanten Daten und Alarmer in die Schaltwarte des Grundwasserwerkes Lobau übertragen zu können. Weiters mußten in diesem Werk auch bauliche, elektrische und verfahrenstechnische Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden. In der Schaltwarte des Grundwasserwerkes Lobau war die Instandsetzung der defekten Klimaanlage erforderlich. Das Einfahrtstor zum Grundwasserwerk Lobau wurden durch ein elektrisch betriebenes Tor ersetzt, der Einfahrtsbereich zum Grundwasserwerk mit einer Überwachungskamera versehen. Bei den Subzentralen Rosenhügel und Mauer tauschte man die alten Schwarzweißüberwachungskameras gegen Farbfernsehkameras aus, die nun ein wesentlich besseres Bild liefern. In der Druckreduzierkammer Mauer wurde zu deren Überwachung ebenfalls eine Farbfernsehkamera installiert. Im Grundwasserwerk Nußdorf mußten auf Grund der Tatsache, daß diese Anlage künftig nicht mehr ständig mit Wechseldienstpersonal besetzt werden kann, zusätzliche Sicherheitseinrichtungen installiert werden. In diversen Objekten wie Behältern, Pumpenwerken, Brunnenanlagen, Desinfektionsanlagen (auch UV-Anlagen an den Außenstrecken), Druck- und Mengenmeßstellen, führte man Instandhaltungs- und Revisionsarbeiten mittleren und kleinen Umfanges sowie Störungsbehebungen an den hydraulischen, elektronischen, starkstromtechnischen, verfahrenstechnischen und fernmeldetechnischen Einrichtungen durch. Bei sämtlichen Gleichrichter- und Batterieanlagen erfolgten die erforderlichen Wartungsarbeiten. 1992 erreichten die Kabellegungen für das betriebseigene Fernmeldekabelnetz in Wien eine Gesamtlänge von 2,1 km. Zu nennen sind auch die Kabellegungen in der Felbigerstraße, Wattgasse, Björnsonsgasse sowie im Gelände der Behälter Wiental und Schafberg. Im Bereich der Außenstrecke erfolgten Kabellegungen im Ausmaß von 6,2 km (Hirschwang 1,2 km, Wildalpen 5,0 km). Außerdem mußten mehrere größere Kabelgebrechen geortet und behoben werden. In der Lobau und in der Anlage Wienerberg erfolgte die Installierung von Telefonstellenanlagen mit Querverbindungen in die Telefonanlage Grabnergasse. Die Arbeiten im Rahmen des Frühwarn- und Sicherheitssystems wurden planmäßig fortgesetzt. Im Ortsgebiet von Mödling konnte bei der I. Wiener Hochquellenleitung die erste Qualitätsmeßstation in Betrieb genommen werden. Die Ausschreibungsunterlagen zur Errichtung eines Funkanlagensystems für die Datenübertragung wurden fertiggestellt. Im Amtshaus Grabnergasse und in diversen Dienstzimmern erneuerte man die veralteten Elektroinstallationen. Im Amtshaus Grabnergasse wurde außerdem eine komplette EDV-Twisted-Pair-Verkabelung durchgeführt. Entsprechend dem EDV-Systemisierungsplan konnte 1992 die Ausrüstung von Arbeitsplätzen mit PC fortgesetzt werden. Im Amtshaus Grabnergasse wurde im Kellergeschoß die bestehende Belüftung mit unwirtschaftlich arbeitenden, veralteten Einzelgeräten im Wasserzählerlager, in den Aufenthalts- und Sanitärräumen der Hausarbeiter und Bedienerinnen gegen eine neue, effektvolle, zentrale Lüftungsanlage ausgetauscht. Im Aufseherwohnhaus in 19, Hackenberggasse, wurde der veraltete, unwirtschaftlich mit Koks betriebene Heizkessel durch einen mit Heizöl extraleicht betriebenen, umweltfreundlichen Heizkessel ersetzt.

Neben den Bauarbeiten sind Wartungen und der Ausbau des Rohrnetzes von Bedeutung. Zur Beseitigung von Druckmangelercheinungen wurden in 13, Friedenstadtgasse, und in 19, Hutweidengasse, die Arbeiten zur Rohrstrangverstärkung fortgesetzt. Die technische Aufschließung für die Wiener Entwicklungsgesellschaft des Donauraumes wurde in 22, Wagramer Straße, mit einer Einschaltung eines Transportrohrstranges DN 400 begonnen. Im Rahmen der Stadtentwicklung im 21., 22. und 23. Bezirk wurden Rohrlegungsarbeiten in einer

Gesamtlänge von 2.420 m durchgeführt. Im Zuge des erforderlichen Ausbaues des Rohrnetzes, meist koordiniert mit Straßenbaumaßnahmen und auch Baumaßnahmen anderer Einbautendienststellen, wurden 3.450 m öffentlicher Rohrstrang verlegt. Von den aus der Zeit vor 1910 stammenden größtenteils undichten und auch funktional überalterten Rohrsträngen wurden Leitungen in einer Gesamtlänge von 14.105 m verlegt. Ferner wurden über Antrag von Interessenten, insbesondere in Fällen von unzureichender Grundwasserquantität bzw. -qualität, 3.828 m öffentliche Rohrstränge verlegt, ebenso im Zuge von Arbeiten in Bundesstraßen 1.967 m Rohrstränge. Bei Erhaltungsarbeiten sowie der Behebung von Beschädigungen wurden etwa 10.070 m Rohrleitungen ausgetauscht. Es traten 1.475 Gebrechen auf, und zwar 526 Rohrgebrechen, 621 Armaturengebrechen und 328 Feuerhydrantengebrechen. Von insgesamt 998 Schieberkammern, großen Schächten und Rohrkanälen wurden 655 kontrolliert, 4 saniert, 15 kassiert und 11 neu errichtet. Der Stand an Schieberkammern und Rohrkanälen hat mit Stichtag 31. Dezember 1992 994 betragen. Zur Erfassung von Wasserverlusten aus dem öffentlichen Rohrnetz wurden zu deren Behebung nach Maßgabe vorhandener Meßeinrichtungen 111 Volumenstrommessungen sowie 897 Abschnittskontrollen („Suchdienste“) zuzüglich erforderlicher Feinortungen durchgeführt. Für den weiteren Ausbau des EDV-unterstützten Netzinformationssystems wurden rund 60.000 m Rohrleitungen geodätisch vermessen und davon 16.585 m ins Netzinformationssystem übernommen.

Im Jahr 1992 wurden 6.587 m neuhergestellte Rohrleitungen sowie 53.421 m ausgewechselte Rohrleitungen in Betrieb genommen. Die Rohrstranglänge hat mit Stand vom 31. Dezember 1992 3.175.642 m betragen. Angegeschlossen wurden die erforderlichen Armaturen sowie 11.066 Feuerhydranten. Zur Hilfeleistung bei Gebrechen an Wasserleitungseinrichtungen waren 2.071 Einsätze erforderlich, wobei von zwei Einsatzfahrzeugen 31.308 km zurückgelegt wurden.

Ferner waren Hausanschlüsse und Wasserzähler zu betreiben. Bis Jahresende wurden 591 Neuherstellungen von Abzweigleitungen und T-Abzweigleitungen getätigt. Außerdem wurden 716 Wasserzähler neu eingebaut. An Abzweigleitungen, Spritzhydranten und Auslaufbrunnen traten 3.832 Gebrechen auf. Im Rahmen des turnusmäßigen Auswechslungsdienstes wurden 25.530 Wasserzähler ausgewechselt und in der betriebsgeeigneten Werkstätte 24.794 Wasserzähler repariert. 75 Verstärkungen von Abzweigleitungen sowie 146 Ergänzungen wurden vorgenommen. Für die Neuherstellung und Erhaltungsarbeiten wurden insgesamt 24.475 m Rohre verlegt. 1992 wurden 1.927 Hausinstallationsanlagen überprüft, dabei wurden 383 Gebrechen festgestellt. Durch deren Behebung wurde eine Wassermenge von 4.113 m³ pro Tag eingespart.

Im Jahr 1992 fanden zwei Sitzungen der Wasserwirtschaftsfondscommission statt, wobei im März insgesamt 25 Großbauvorhaben mit 121 Baustellen in einer Länge von 29,3 km sowie Baukosten in der Höhe von 213.540.000 S eingereicht und zugesichert wurden. Davon entfielen auf Versorgungsleitungen Baukosten in der Höhe von 193.635.000 S und auf Transportleistungen Baukosten von 19.905.000 S. Zugesichert wurde dabei ein Darlehen von 120.439.000 S. Den Hauptanteil an den geförderten Bauvorhaben nehmen dabei die 18 Sammelprojekte mit einem Darlehen in der Höhe von 73.717.000 S ein, der Rest entfiel auf sieben Einzelprojekte mit einem Darlehensbetrag von 46.722.000 S. Zugezählt wurden Darlehen in der Höhe von 199.576.000 S. Kollaudierungen gemäß dem Wasserbautenförderungsgesetz in seiner gültigen Fassung fanden bei insgesamt 16 Bauvorhaben statt. Bei den Einzelprojekten entfielen auf das Großbauvorhaben Stadterweiterung, Bauabschnitt 01, im 22. Bezirk im Bereich Süßenbrunner Straße die meisten Ausgaben in der Höhe von insgesamt 20.350.000 S, während bei den Sammelprojekten das Projekt Diverse 1991/92 mit 25 Einzelbaustellen und Kosten von 32.200.000 S am höchsten veranschlagt wurde. Der Schuldendienst bezüglich geförderter Projekte betrug 1992 42.019.125,04 S an Tilgungen sowie 21.511.804,96 S an Zinsen. Im Juni 1992 beschloß die Sitzung der Wasserwirtschaftsfondscommission eine Änderung der geltenden Förderungsrichtlinien. Im Zuge dieser neuen Richtlinien wird es auch eine organisatorische Änderung und eine Adaptierung der technischen bzw. der Vergaberichtlinien geben. Mit Inkrafttreten aller dieser Änderungen wird 1993 gerechnet.

Neue Gesetze und Verordnungen sind in Kraft getreten. So wurde mit Bundesgesetzblatt Nr. 452/1992 vom 31. Juli 1992 das Eisenbahngesetz geändert. Auf Grund dieser Änderung ist nunmehr eine eisenbahnbehördliche Bewilligung für Anlagen im „Bauverbotsbereich“ in jenen Fällen nicht mehr erforderlich, in denen es über die Errichtung der bahnfremden Anlagen zwischen dem Eisenbahnunternehmen und dem Bauwerber zu einer Einigung gekommen ist. Für die Abteilung ist insofern eine Erleichterung eingetreten, als nunmehr eine gesonderte behördliche Bewilligung für Wasserrohrlegungen in den meisten Fällen nicht mehr notwendig ist. Auch können Vorhaben im „Gefährdungsbereich“ der Eisenbahn im Rahmen von anderen behördlichen Verfahren abgehandelt werden. Ferner wurden mit Landesgesetzblatt für Wien Nr. 31 vom 16. Juli 1992 das Wiener Kleingartengesetz und die Wiener Bauordnung dahingehend geändert, daß in Kleingartengebieten ganzjähriges Wohnen möglich ist. Sowohl bei der Vorbereitung als auch nach Erlaß der Gesetzesnovellen waren und sind die rechtlichen Veränderungen in bezug auf die Wasserversorgung bei entsprechender Umwidmung und Parzellierung der Kleingartenanlagen zu bearbeiten.

Eine Reihe von Rechtsgeschäften war 1992 durchzuführen. Im Zusammenhang mit Wasserbauvorhaben der Abteilung waren 1992 die Einleitung, Abwicklung und Finalisierung von zahlreichen behördlichen Verfahren erforderlich. Zu erwähnen sind die vermehrt anfallenden eisenbahnbehördlichen Verfahren und Überein-

kommen in Zusammenhang mit der Aufschließung der Gebiete jenseits der Donau und der laufenden Erneuerung des Stadtrohrnetzes sowie der 3. Hauptleitung. Für den Umbau und die Renovierungen an verschiedenen Wasserbehältern in Wien wurden die erforderlichen behördlichen Verfahren abgeschlossen. Im Rahmen des Neubaus des Behälters auf der Schmelz waren die rechtlichen Agenden gegenüber anderen Einbautenträgern wahrzunehmen. Im Zuge der baulichen Fertigstellung mußte die behördliche Kollaudierung veranlaßt werden. Auf Grund bestehender privatrechtlicher Vereinbarungen war auch die Übergabe bzw. Übernahme verschiedener Bauteile rechtsverbindlich durchzuführen. Für das Projekt 3. Hauptleitung wurden weitere erforderliche behördliche Verfahren abgeschlossen sowie noch notwendige Leitungsdienstbarkeiten vertraglich erwirkt. Für die Errichtung eines weiteren Wasserbehälters am Bisamberg wurde das baubehördliche Verfahren eingeleitet. Weiters sind umfangreiche Erhebungen zur Feststellung der von der Behälterzu- und ableitungstrasse betroffenen Grundeigentümer angefallen. Die Verhandlungen für die Beschaffung der erforderlichen Leitungsdienstbarkeit wurden in großem Umfang eingeleitet. Was das Grundwasserwerk Donauesing Nord betrifft, wurden mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft als zuständiger Wasserrechtsbehörde weitere Initiativen zur Weiterführung des Projektes gesetzt. Für die Sperrbrunnenreihe im Grundwasserwerk Lobau wurde das wasserrechtliche Verfahren durch Vorlage der erforderlichen Unterlagen an das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft weitergeführt. Im Bereich der 1. Wiener Hochquellenleitung wurden mehrere Verfahren für die Realisierung von Projekten durch- und weitergeführt, insbesondere Kleinprojekte im Quellenschutzgebiet sowie in den Grundwasserwerksanlagen. Für das Projekt zur besseren Energienutzung einer Gefällestufe der I. Wiener Hochquellenleitung in Naßwald (Kraftwerk B-Kammer) wurden im anhängigen wasserrechtlichen Verfahren entsprechende Stellungnahmen an die Wasserrechtsbehörde gerichtet. Weiters wurde nach den Besprechungen das vorgezogene Projekt „Naßbachdüker“ beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft eingereicht, ebenso die nach dem Wasserrechtsgesetz erforderliche Verständigung des wasserwirtschaftlichen Planungsorganes durchgeführt.

Weiters wurden die Verfahren für zahlreiche Projekte der II. Wiener Hochquellenleitung neu eingeleitet, weitergeführt bzw. abgeschlossen, wobei insbesondere die vielfältigen Hangentwässerungsprojekte entlang der gesamten Trasse zu nennen sind. Im Zusammenhang damit und auch für geologische Aufschlußbohrungen entlang der gesamten Leitungstrasse waren zahlreiche Grundbenützung- und Flurschadenverhandlungen zu führen. Auch die behördlichen Verfahren für die Instandhaltung der Wasserleitungsaufsichtgebäude waren wieder durchzuführen. Das Projekt „Umgehungsleitung beim Zugangstollen 50“ konnte wasserrechtlich kollaudiert werden. Die Flurschadensverhandlungen sowie Transaktionsverhandlungen für dieses Projekt wurden ebenfalls weitergeführt. Die grundbücherliche Durchführung der erforderlichen Leitungsservitute konnte abgeschlossen werden. Für das Projekt „Ersatzstollen Scheibbs“ zur Umgebung des durch einen Rutschhang stark gefährdeten Leitungskanals der II. Wiener Hochquellenleitung im Bereich der Stadtgemeinde Scheibbs wurden mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft als zuständige Wasserrechtsbehörde Vorverhandlungen durchgeführt und das Projekt entsprechend ergänzt. Mit der Stadtgemeinde Scheibbs konnten die erforderlichen Kontakte im Verhandlungswege hergestellt werden. Für das Projekt „Verrohrung Entleerung Perschlingbach“ wurden auf Grund des Baufortschrittes die umfangreichen Flurschadensverhandlungen vorbereitet. Die für dieses Projekt, das eine geordnete Ableitung des Wassers aus dem Kanal der II. Wiener Hochquellenleitung in den Perschlingbach sichern soll, erforderlichen behördlichen Verfahren konnten mit den entsprechenden Bewilligungen abgeschlossen werden. Für das Vorhaben „Fassung der Antenkarquelle“, das durch Einleitung weiterer Quellwässer der besseren und flexibleren Konsensausnutzung der II. Wiener Hochquellenleitung dienen soll, wurde wegen der auftretenden grundsätzlichen Schwierigkeiten die Ausarbeitung eines Detailprojektes, das nur die Quellfassung betrifft, in Aussicht genommen. Dies wurde der Naturschutzbehörde bekanntgegeben und das generelle Projekt beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft als Wasserrechtsbehörde zurückgezogen, da dieses für das Detailprojekt nicht zuständig ist. Für das Projekt „Leitungsumlegung Oberndorfer Senke“ zur Stabilisierung bzw. Sanierung eines Teils des Leitungskanals der II. Wiener Hochquellenleitung durch dessen Umlegung in einem stark geschädigten Bereich wurde das wasserrechtliche und baubehördliche Verfahren eingeleitet. Ebenso wurden die erforderlichen Servitutverträge bereits abgeschlossen.

Auf Grund der durch das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft bescheidmässig verfügten Legung der Wehrklappe im Wientalwasserwerk wurde der Rechtsbestand in diesem Zusammenhang aufgearbeitet. Die Abteilung kann dadurch zahlreiche Vorwürfe des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft entkräften. Was die Vergebührung des Fischereipachtvertrages für den Wienerwaldsee mit den Österreichischen Bundesforsten betrifft, wurde ein Berufungsverfahren zum ergangenen Bescheid eingeleitet. Der im Vorjahr gegründete Arbeitskreis III. Wiener Wasserleitung tagte auch 1992 mehrmals, um das Verfahren zur Erlangung der wasserrechtlichen Bewilligung voranzutreiben. Es gelang, sämtliche offene Fragen zu beantworten, so daß gegenüber dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft kein Zugzwang besteht. Überdies wurden Säumnisbeschwerden vorbereitet, deren Einreichung aber noch der politischen Genehmigung bedarf. Im Rahmen des Projektes Pfannbauernquelle wurde der zur Verbesserung der Betriebsführung eingeleitete Ankauf von Grundflächen im Bereich der Stollenportale, und zwar beim Baulos Lärchstein Ost in der KG Krampen und beim

Baulos Wetterin Ost in der KG Mürzsteg, abgeschlossen. Die Fortsetzung des wasserrechtlichen und elektrizitätsrechtlichen Verfahrens wurde weiter betrieben.

1992 kam es zu rund 50 Wasserrohrgebrechen, bei denen Schadenersatzforderungen zu verzeichnen waren. Die Liquidation der Schadenersatzforderungen wurde jeweils im Einvernehmen mit der Wiener Städtischen Wechselseitigen Versicherungsanstalt als Betriebshaftpflichtversicherung vorgenommen, wobei in einigen Fällen unbeherrschte Forderungen auch zurückgewiesen werden mußten. Außerdem sind Schadensforderungen nach Kontrahentenarbeiten oder wegen erhöhter Wassergebühren bei Gebrechen an der Innenanlage nach Wasserzählerauswechslungen zu behandeln gewesen. Besonders intensive Schadenserhebungen und Verhandlungen mit der Betriebspflichtversicherung waren im Zusammenhang mit dem Rohrgebrechen DN 950 in 15, Mariahilfer Straße — Kreuzung Dadlberggasse, am 12. Mai 1992 erforderlich. Insgesamt rund 300 Schadensakte konnten im Zusammenhang mit Beschädigungen von Wasserleitungsanlagen abgeschlossen werden. Die teilweise anstandslos, anderenteils im Klagewege eingebrachten Beträge lagen bei rund 3,500.000 S.

1992 waren abermals Kostenersätze für beschädigte Wasserzähler vorzuschreiben, ferner fielen mehrere Berufungen gegen Kostenvorschreibungen an, die teilweise der Berufungsbehörde vorzulegen waren; auch Berichtigungen von Abgabenbescheiden waren mehrfach erforderlich. Auf Grund von Beanstandungen durch die Wasserleitungsaufsichtskamern kam es zur Einleitung von etwa 30 Verwaltungsstrafverfahren wegen Übertretung des Wasserversorgungsgesetzes 1960. In größerer Zahl ist auch die Verschreibung der Kosten für Kfz-Abschleppungen und Verstellungen sowie für Stehzeiten der Kontrahentenfirmen angefallen, wenn Fahrzeuge in Halteverboten abgestellt worden sind und Arbeiten der Abteilung behindert haben. Weiters war die Teilnahme von Vertretern der Abteilung bei mehreren Zivil- und Strafprozessen vor Gericht als Zeuge erforderlich.

Im Zusammenhang mit der Verwaltung des Grundbesitzes sowie der Sicherung des Bestandes und Betriebes aller Wasserleitungsanlagen mußten 50 Bestand-, Gestattungs- und sonstige Verträge neu abgeschlossen bzw. adaptiert werden. Für die Aufstellung von „Muhrbrunnen“ als öffentliche Trinkbrunnen wurden die erforderlichen Sponsorverträge errichtet und abgeschlossen. Hiezu kam noch die Ausstellung von 137 Fischereilizenzen für den Wienerwaldsee samt Zuflüssen. Verschiedene behördliche Verfahren, bei denen die Stadt Wien als Partei betroffen war, wurden bearbeitet, wobei durch Teilnahme an Verhandlungen und die Verfassung entsprechender Stellungnahmen die Interessen der Abteilung rechtlich vertreten wurden. Insbesondere ist die Vertretung der Betriebsinteressen beim Projekt des Ausbaues der B 21 im Bereich des Grundwasserwerkes Wöllersdorf von Bedeutung. Weiters war an der Bearbeitung der Auswirkungen der Staustufe Freudenu auf die Anlagen der Abteilung mitzuwirken.

Für die im Interesse der Stadt Wien gelegenen Vorhaben Fremder waren wieder Subventionsansuchen eingegangen, die zu bearbeiten waren. 182 Fälle, die die Gebarung mit Hafrücklässen betrafen, wurden abgewickelt. Mehrere Grundtransaktionen wurden eingeleitet und abgeschlossen. Diese Grundtransaktionen hatten sowohl den Liegenschaftsankauf zur Erweiterung und Arrondierung der Quellschutzgebiete als auch den Abverkauf von Grundflächen, die aus betrieblichen Gründen nicht mehr erforderlich waren, zum Inhalt. Es mußten auch Grundabtretungen im Zuge des Ausbaues öffentlicher Straßen im Bereich der Anlagen der I. und II. Wiener Hochquellenleitung behandelt werden. Im besonderen sind der Ankauf des Aubauerngutes (14 ha) in der KG Schwarza im Gebirge sowie die Vorbereitungen zum Ankauf der Schneeealpe (rund 1.200 ha) in den KG Neuenberg, Krampen und Altenberg zu nennen. Auch wurde der Verkauf des Geländes der ehemaligen Behälter Schmelz sowie in 23, Anton-Krieger-Gasse/Lindauergerasse, abgeschlossen. Im Zusammenhang mit der Verwaltung des Liegenschaftsvermögens im Besitz der Abteilung waren zahlreiche Akten hinsichtlich der Grundsteuer zu bearbeiten und evident zu halten. Neben den sonstigen Rechtsbehelfen war die Aufarbeitung von 18 Lieferungen „Österreichisches Recht“, von 21 Lieferungen des „Landesgesetzblattes für Niederösterreich“ und einer Lieferung der „Wiener Rechtsvorschriften“ erforderlich.

Technische Gewerbeangelegenheiten, behördliche Elektro- und Gasangelegenheiten und Feuerpolizei

Die Hauptaufgaben der Abteilung bestehen in der Sachverständigentätigkeit und in der Behördenfunktion auf einigen speziellen Gebieten, die von drei Dezernaten wahrgenommen werden. Insgesamt wurden 1992 37.681 Dienststücke erledigt.

Folgende neue Rechtsvorschriften haben die Aufgabenbereiche der Abteilung betroffen:

Bundesgesetzliche Regelungen

Verordnung des Bundesministers für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz, mit der weitere Änderungen der vorläufigen Giftliste kundgemacht werden, BGBl. Nr. 65/1992.

Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie, mit der die Chemikalienverordnung geändert wird, BGBl. Nr. 274/1992.

Verordnung des Bundesministers für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz, mit der weitere Änderungen der vorläufigen Giftliste kundgemacht werden, BGBl. Nr. 387/1992.

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft über die Begrenzung von Abwasseremissionen aus Betrieben zur Behandlung und Beschichtung von metallischen Oberflächen, BGBl. Nr. 609/1992.

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft über die Begrenzung von Abwasseremissionen aus der Erzeugung von Papier und Pappe, BGBl. Nr. 610/1992.

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft über die Begrenzung von Abwasseremissionen aus grafische oder fotografische Prozesse anwendenden Betrieben, BGBl. Nr. 611/1992.

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft über die Begrenzung von Abwasseremissionen aus Textilveredelungs- und -behandlungsbetrieben, BGBl. Nr. 612/1992.

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft über die Begrenzung von Sickerwasseremissionen aus Abfalldeponien, BGBl. Nr. 613/1992.

Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten und des Bundesministers für Arbeit und Soziales über die Lagerung von Druckgaspackungen in gewerblichen Betriebsanlagen, BGBl. Nr. 629/1992.

Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie über die Vermeidung und Verwertung von Verpackungsabfällen und bestimmten Warenresten (VerpackVO), BGBl. Nr. 645/1992.

Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie über das Verbot von F22 als Treibgas in Druckgaspackungen, BGBl. Nr. 673/1992.

Bundesgesetz mit dem das Chemikaliengesetz geändert wird, BGBl. Nr. 759/1992.

Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie über ein Verbot von 1,1,1-Trichlorethan und Tetrachlorkohlenstoff, BGBl. Nr. 776/1992.

Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Ausstattung von Tankstellen mit Gaspelleitungen, BGBl. Nr. 793/1992.

Landesgesetzliche Regelungen

Gesetz, mit dem die Bauordnung für Wien und das Wiener Garagengesetz geändert werden (Bauordnungsno-
velle 1991), LGBl. für Wien Nr. 34/1992.

Verordnung der Wiener Landesregierung, mit der die Verordnung über die für die Bestellung zu Überprüfungsorganen nach dem Wiener Feuerpolizei- und Luftreinhaltegesetz erforderlichen Kenntnisse und deren Nachweis geändert wird, LGBl. für Wien Nr. 43/1992.

Gesetz, mit dem die Bauordnung für Wien geändert wird, LGBl. für Wien Nr. 48/1992.

Das *Dezerнат А* stellt die technischen Sachverständigen für alle gewerbebehördlichen Verfahren, wobei in dieser Gruppe auch Maschinenbautechniker und Chemiker für baubehördliche, sanitäts- und chemikalienrechtliche Belange zur Verfügung stehen. Neben der Entsendung von Mitarbeitern zu 3.542 Kommissionen wurden 6.785 Anfragen der Magistratischen Bezirksämter bzw. anderer Dienststellen behandelt. Hinzuzurechnen sind weiters 2.656 Aktenstücke, die möglichst umgehend zu erledigen waren und Anfragen über Beschwerden und Konzessionen betrafen, wobei die Zahl der zu bearbeitenden Beschwerden mit 1.561 Anlässen überwog, jedoch gegenüber den Vorjahren nahezu gleich blieb. Im Berufungsverfahren für die II. Instanz wurden 119 gewerbetechnische Gutachten erstellt.

Gemäß Erlaß MD-85-3/77 wurden unter der Federführung der Abteilung 462 Betriebsanlagen auf kommissionellem Wege überprüft. Zu dieser Gruppe eigener Revisionen gehören noch die Schwerpunktsaktionen „Hotel“ sowie „Putzereien“ und „CKW-Betriebe“ mit zusammen 259 Erledigungen. Die Schwerpunktsaktion „Hotel“ wurde 1992 abgeschlossen. Im Laufe der letzten 12 Jahre war die Abteilung intensiv mit Gebäuden dieser Betriebsart befaßt. Mit Erlaß der Magistratsdirektion vom 15. Jänner 1981, MD-334-24/79, wurde in der Abteilung die „Hotelkommission“ eingerichtet, deren Aufgabe es war, alle Wiener Beherbergungsstätten mit mehr als 30 Betten in gewerbe-, feuer- und baupolizeilicher Hinsicht unter Bedachtnahme auf die mit Erlaß der Magistratsdirektion vom 17. Oktober 1980, MD 1223-4/80, festgelegten „Richtlinien für die Beurteilung des Sicherheitsstandards von Beherbergungsstätten“ zu überprüfen. Diese Tätigkeit der „Hotelkommission“ konnte im Jahre 1986 abgeschlossen werden. Zwischenzeitlich führte die Mehrzahl der daraufhin anhängigen Berufungsverfahren zu Entscheidungen, aber die vielfach gewährten Erfüllungsfristen für einzelne Maßnahmen waren bereits abgelaufen. Mit Schreiben der MD — VO vom 21. April 1989, MD-VO 15/89, wurde die Abteilung mit der Durchführung der Schwerpunktsaktion zur Überprüfung von Beherbergungsstätten mit mehr als 30 Betten zur Umsetzung der angestrebten sicherheitstechnischen Verbesserungen beauftragt. Die Überprüfungstätigkeit wurde am 8. Mai 1989 aufgenommen und 1992 zu Ende geführt. Während der letzten Jahre wurden insgesamt 416 kommissionelle Überprüfungen durchgeführt, wobei von rund 370 in Betracht kommenden Beherbergungsstätten 309 Betriebe (82 %) erstmals überprüft und bei 107 Betrieben Nachkontrollen durchgeführt wurden. Die restlichen in der Liste enthaltenen Betriebe (17 %) konnten nicht überprüft werden, da sie zwischenzeitlich u.a. aufgelassen, nicht errichtet oder wegen größerer Umbauarbeiten längerfristig geschlossen wur-

den. Künftig werden Hotels wie andere Betriebsanlagen in Zeitabständen von zwei Jahren überprüft werden, um den mittlerweile erreichten Sicherheitsstandard zu erhalten. Es wird vor allem darauf Bedacht zu nehmen sein, daß die Auflagen, die die betriebsbrandschutz- und sicherheitstechnischen Eigenkontrollen im Betrieb treffen, die die behördlichen Kontrollen nicht ersetzen können, sondern diese ergänzen sollen, auch eingehalten werden. Diesen Eigenkontrollen kommt insbesondere deswegen größte Bedeutung zu, da sie zu frühzeitiger Entdeckung von Gefahren und Mängeln führen und somit einen wesentlichen Bestandteil des vorbeugenden Brandschutzes darstellen.

Bei den „Putzereien“ ließen sich nur bei einer geringen Zahl der überprüften Betriebe keine Mängel feststellen. Der größte Anteil der Mängel besteht nach wie vor in der Grenzwertüberschreitung in der Abluft der CKW-Anlage, in weiterer Folge in unsachgemäßen Lagerungen von CKW sowie in mangelhaften Aufzeichnungen der CKW-haltigen Abfälle. Zwei der überprüften Betriebe haben bereits mit einer Bodensanierung begonnen, bei zwölf Betrieben ist auf Grund einer bereits erfolgten Bodenluftmessung eine Bodensanierung erforderlich, da der in der CKW-Anlagen-Verordnung BGBl. Nr. 27/1990 genannte Grenzwert von 10 mg/m³ abgasaugter Bodenluft überschritten wurde. Erst drei dieser überprüften Betriebe entsprachen schon in allen Punkten den Anforderungen dieser Verordnung, deren Übergangsfrist für den Großteil der Putzereien allerdings erst mit 16. Jänner 1993 endet. Aus diesem Grund wurde bei diesen Überprüfungen, die im wesentlichen aus Nachkontrollen von bereits in den Jahren 1990 und 1991 überprüften Betrieben bestanden, hinsichtlich der Anpassung an die neuen gesetzlichen Bestimmungen noch kein Augenmerk gelegt. Es ist allerdings zu erwarten, daß mit der gesetzlich vorgeschriebenen Pflicht, Bodensonden zu setzen, bei vielen Putzereibetrieben eine Bodenverunreinigung festgestellt wird, die eine Bodensanierung erforderlich machen wird. Von den 1992 überprüften CKW-Betrieben anderer Branchen (galvanische, metallverarbeitende, elektronische Betriebe, Lackierereien, Druckereien) haben bereits neun Betriebe ihre CKW-Anlage aufgelassen, wobei hier im Zuge der Auflassung Bodenluftmessungen beantragt wurden. Soweit bis Ende 1992 Ergebnisse bekannt waren, wurde bei drei Betrieben mit Bodensanierungsarbeiten begonnen, bei vier weiteren sind solche Maßnahmen notwendig. Prinzipiell kann schon jetzt festgestellt werden, daß die meisten Betriebe, die derzeit noch CKW verwenden, ihre CKW-Anlagen (meistens Tauchentfettungsanlagen) auflassen und auf andere Reinigungsmethoden (wie z.B. Entfettung mit alkalischen Reinigungsmitteln oder Alkohol) umrüsten werden.

Auf die Einhaltung der vorgeschriebenen Verkehrswegbreiten, Fluchtmöglichkeiten, Sicherheitsbeleuchtung und Handfeuerlöcher wurden 226 Selbstbedienungsläden unangesagt kontrolliert.

Hinsichtlich der Vollziehung des Chemikaliengesetzes, BGBl. Nr. 326/1987, und der zugehörigen Verordnungen wurde im Gegensatz zum Vorjahr, in dem bevorzugt Betriebe des Detailhandels überprüft wurden, 1992 das Hauptaugenmerk auf das Inverkehrsetzen gefährlicher Stoffe durch Importeure und Hersteller gelegt, wobei insbesondere die Kennzeichnungsbestimmungen (Name des gefährlichen Stoffes; Name, Adresse und Telefonnummer des Importeurs oder Herstellers; Gefahrenbezeichnung und -symbol sowie Kennbuchstaben; Standardaufschriften für die besonderen Gefahren, die sich aus den gefährlichen Eigenschaften herleiten, und für Sicherheitsratschläge; Hinweise auf Gegenmaßnahmen im Unglücksfall sowie zur schadlosen Beseitigung) im Mittelpunkt der Überprüfungen standen. Bis auf geringfügige Mängel waren die Produkte weitestgehend ordnungsgemäß gekennzeichnet. Gegenüber 1991 zeigte sich eine deutliche Verbesserung. Allerdings wurde auch festgestellt, daß Haushaltswaschmittel nicht als gefährlich gekennzeichnet waren, obwohl ihnen laut toxikologischer Beurteilung durch das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie durchaus gefährliche — in der Regel reizende — Eigenschaften zukämen. Zusammen mit den Anfragen, die den Giftbezug betreffen, wurden diesbezüglich 252 Akte erledigt.

Im Rahmen der Vollziehung des Abfallwirtschaftsgesetzes — AWG, BGBl. Nr. 325/1990, wurden bei Revisionen von Betriebsanlagen 1.039 stichprobenartige Überprüfungen hinsichtlich Meldepflicht, Aufzeichnungspflicht und Nachweis der ordnungsgemäßen Entsorgung gefährlicher Abfälle und Altöle mittels Begleitschein vorgenommen. Hierbei zeigte sich vor allem bei Betrieben, in denen eine Vielzahl gefährlicher Abfälle anfällt, daß die tatsächlich entsorgten Abfallarten und -mengen nicht mit den gemeldeten übereinstimmen.

Was das Luftreinhaltegesetz-Kesselanlagen (LRG-K) betrifft, werden von der Abteilung derzeit 186 Dampf-kesselanlagen (rund 290 einzelne Dampfkessel) in gewerblichen Betriebsanlagen im Raum von Wien statistisch erfaßt. Davon haben 73 Dampfkesselanlagen eine 2 MW übersteigende Brennstoffwärmeleistung, so daß deren Betreiber verpflichtet sind, eine Emissionserklärung für den Zeitraum vom 1. Oktober eines jeden Jahres bis 30. September des Folgejahres der Behörde zu übermitteln. Von den 186 in Gewerbebetrieben befindlichen Dampfkesselanlagen nehmen die Betriebe für 15 Kessel das Recht in Anspruch, diese Kessel noch für 5.000 Stunden ab 1. Jänner 1992 zu nutzen, während 35 Dampfkessel bereits stillgelegt wurden bzw. bis 31. Dezember 1994 stillzulegen sind. Bei den restlichen Dampfkesselanlagen sind die Sanierungsmaßnahmen zum größten Teil (75 %) bereits abgeschlossen, somit werden die vorgegebenen Emissionsgrenzwerte eingehalten. Die Befuerung der erwähnten Dampfkesselanlagen erfolgt nur noch zu jeweils etwa 8,5 Prozent mit Heizöl schwer bzw. Heizöl mittel. Die restlichen Dampfkessel werden mit Erdgas (rund 15 %), mit Heizöl extra leicht (rund 6 %) und mit Heizöl leicht (rund 62 %) betrieben.

Bei der jährlichen Pyrotechnikaktion wurden in der Zeit zwischen Weihnachten und Silvester 38 Betriebe auf die Einhaltung der gesetzlichen und bescheidmäßigen Bestimmungen überprüft. Der Trend der letzten Jahre wurde bestätigt; von den überprüften Betrieben wurde die überwiegende Zahl ohne wesentliche Mängel vorgefunden, nur in drei Fällen wurden schwere Mängel festgestellt. In zwei Fällen davon mußten Beschlagnahmen ausgesprochen werden, da in diesen Betrieben sowohl die erforderlichen Konzessionen als auch die Betriebsanlagengenehmigungen nicht vorhanden waren.

Das Dezernat B (Behörden- und Sachverständigengruppe für Elektro- und Gasangelegenheiten) betrafen rund 8.000 Geschäftsstücke. Wie bisher entfielen rund die Hälfte auf Einladungen zur Teilnahme an kommissionellen Verhandlungen, wovon sich wieder etwa 75 Prozent auf Genehmigungen und 25 Prozent auf kommissionelle Überprüfungen aufteilten. Nach dem Wiener Gasgesetz und dem Elektrotechnikgesetz waren 432 Anträge, Beschwerden und Anzeigen zu bearbeiten. In weiteren 348 Fällen waren bescheidmäßige Aufträge und Befunde nach diesen Gesetzen zu überwachen. Rund 900 facheinschlägige Gutachten waren für andere Dienststellen zu erstellen und 68 Beurteilungen für facheinschlägige Konzessionsansuchen abzugeben. Das Dezernat B hat darüber hinaus, resultierend aus Überlegungen zum Problem des Kathodischen Korrosionsschutzes, in den letzten Jahren Zwischenergebnisse, die durch Feldmessungen belegt werden können. Die ursprüngliche Problemstellung ergab sich im Rahmen der Überprüfung von alten Tankanlagen und der dabei aufgeworfenen Frage des Korrosionsschutzes, der grundsätzlich auf elektrotechnischen Phänomenen basiert. Grob vereinfacht wird in Erinnerung gerufen, daß sich durch gezielte Messungen bei der Einspeisung von Fremdstrom in die korrosionsgefährdeten Objekte Rückschlüsse auf die Korrosionsanfälligkeit bzw. -raten errechnen lassen und weiters durch entsprechend eingestellte Ströme und elektrische Potentiale an diesen Objekten und deren Umgebung sich Korrosionsvorgänge verhindern bzw. stoppen lassen. Aus grundsätzlichen Überlegungen elektro- und meßtechnischer Natur hat die Abteilung frühzeitig Skepsis hinsichtlich der Übertragung der theoretischen Erkenntnisse in die Praxis geäußert. Bereits die ersten Kontakte mit einschlägigen Kreisen in Deutschland und insbesondere in der Schweiz, wo auf diesem Gebiet schon sehr viel länger gearbeitet wird, hat sich diese Skepsis wegen der komplexen lokalen Beeinflussungsgrößen bei den in Frage stehenden relativ kleinen Anlagen erhärtet. Für große Anlagen wie beispielsweise lange Transportleitungen werden hingegen seit geraumer Zeit sowohl im Ausland als auch in Österreich überaus erfolgreiche Lösungen angewandt; die dort gewonnenen Erkenntnisse lassen sich allerdings nicht auf die zuvor behandelten übertragen. Nach Abschluß einiger von der Abteilung gemeinsam mit einschlägigen Fachfirmen und Anlagenbetreibern initiierten Meßreihen lassen sich derzeit folgende Aussagen erkennen: In einem nicht unbeträchtlichen Ausmaß stellen sich bei Stromeinspeisemessungen keine stationären Verhältnisse ein, was mit großer Wahrscheinlichkeit auf der Kontaktierung der Meßobjekte mit Fremdanlagen oder Teilen von solchen beruht (Vorausagen sind meist nicht möglich, da die entsprechenden Unterlagen über die Einbettungsverhältnisse dieser Altanlagen nicht oder nicht mehr existieren); diese Messungen bringen natürlich keine weiter verarbeitbaren Aussagen. Aber auch die restlichen Messungen sind nur von überaus eingeschränkter weiterer Brauchbarkeit, da sie nur ein Abbild der momentanen Korrosionsraten vermitteln. Wie schon erwähnt, sind in diesen Fällen kaum brauchbare Unterlagen über die Vorgeschichte vorhanden, so daß Rückschlüsse auf frühere Korrosionsverhältnisse mehr oder weniger spekulativ sind; inwieweit sich die Meßwerte weiters durch unterschiedliche Umgebungsverhältnisse im Boden z.B. im Jahresablauf ändern, könnte durch mehrere Messungen zu unterschiedlichen Zeiten berücksichtigt werden. Weit gravierender ist aber noch — und dies wurde an ausgegrabenen Lagerbehältern tatsächlich festgestellt —, daß keine allgemein gültigen Kriterien derzeit bekannt sind, aus denen sich auch die Form der Korrosion ableiten ließe. So ergibt eine bestimmte Korrosionsrate in Form gleichmäßiger Flächenabtragung einen selbst für Jahre und Jahrzehnte völlig sicheren Betrieb des Lagerbehälters, während dieselbe Rate einer punktuellen Fehlerstelle zugeordnet (Lochfraß) eine akute Gefahr darstellt bzw. ein Leck sogar bereits eingetreten sein kann. Stellt sich somit die Methode der Stromeinspeisung für das Erkennen des aktuellen Korrosionszustandes eines unterirdischen Bauteils nur in seltenen Fällen als seriös brauchbares Instrument dar, bedarf auch die Euphorie hinsichtlich der weiteren Beinhaltung von Altanlagen durch Anwendung des kathodischen Korrosionsschutzes einer technisch zu rechtfertigenden Relativierung. Es ist zu beobachten, daß Fachfirmen an Altanlagen, die theoretisch schützensmäßig sind, offensichtlich ohne der Höhe des erforderlichen Schutzstromes entsprechendes Gewicht einzuräumen, kathodische Schutzanlagen mit Fremdromeinspeisung (kathodische Schutzanlagen mit galvanischen Anoden kommen auf Grund der Höhe des erforderlichen Stromes infolge der Art und des Zustandes des passiven Korrosionsschutzes dieser Altanlage praktisch ohnehin nicht in Frage) zur Ausführung bringen. Ab einer bestimmten Höhe des Schutzstromes erhebt sich aber die Frage nach der Beeinflussung von Fremdanlagen. Diese Frage ist insbesondere im dicht verbauten Gebiet mit den zahlreichen erdverlegten Einbauten aber von sicher nicht zu unterschätzender Bedeutung, soll doch durch den Schutz von nicht mehr dem heutigen Stand entsprechenden Anlagen nicht das Eigentum Dritter zu Schaden kommen. In dieser Hinsicht lassen sich derzeit keine technisch-wissenschaftlich fundierten Grenzwerte erkennen, jedoch gilt 200 mA pro Anlage derzeit als ein Wert, der weitere Überlegungen vor Ausführung solcher Anlagen nahelegt. Es wurden auch Quellen gefunden, die diese Grenze bei der Hälfte des genannten Wertes ansetzen.

Im Dezernat C werden auf Grund des Wiener Feuerpolizei- und Luftreinhaltegesetzes, des Baulärmgesetzes

sowie des Wiener Prostitutionsgesetzes und der zu diesen Gesetzen erlassenen Verordnungen Aufträge und Bewilligungen erteilt. Im Rahmen der feuerpolizeilichen Agenden werden in bestimmten Baulichkeiten, die wegen ihrer Beschaffenheit, ihrer Lage oder ihrer Verwendung im Brandfall besonders gefährdet sind, nicht aber den Bestimmungen der Gewerbeordnung unterliegen, in periodischen Abständen von fünf Jahren Objektsüberprüfungen durchgeführt. Zusätzlich zu den gesetzlich gedeckten Auflagen betreffend Handfeuerlöscher, Löschmittel und Brandmeldeeinrichtungen werden Maßnahmen empfohlen, die zur Erhöhung der Sicherheit der im Gebäude anwesenden, meist schutzbedürftigen Personen (Kinder, Kranke, Behinderte) sowie zur Sicherung der Fluchtwege bzw. zur Brandabschnittsbildung bei großen Menschenansammlungen erforderlich erscheinen. Die Überprüfung der Heime wurde bei diesen wiederkehrenden Begehungen abgeschlossen, die übrigen Gebäudegruppen wurden meist zum zweiten bzw. zum dritten Mal kontrolliert. Im Jahre 1992 waren es insgesamt 996 Objekte, die sich auf 56 Amtshäuser (Polizei, Magistrat), 85 Heime (Pensionisten-, Behinderten- und Schülerheime), 362 Hochhausstiegen, 67 Krankenanstalten (Spitäler und Ambulatorien), 233 Kindertagesheime (private, städtische, kirchliche), 88 Kultstätten verschiedener Glaubensrichtungen, 13 Museen (Bezirksmuseen), 88 Schulen (Volks- und Hauptschulen, allgemeinbildende höhere Schulen, berufsbildende Schulen, Sonderschulen) und 4 Sondergebäude (z.B. Betriebsgebäude der MA 48, Lagergebäude der Caritas) aufteilen. In 97 Fällen wurden die aufgetragenen Auflagen überwacht sowie 26 Fachgutachten auf Anfragen anderer Dienststellen abgegeben. Zu 241 Verhandlungen wurden Amtssachverständige zu sanitätsrechtlichen Angelegenheiten der MA 14, zu Bauverhandlungen in Krankenanstalten der MA 35 und MA 37 und zu Bewilligungen der Pensionisten- und Behindertenheime der MA 12 entsandt. Daraus resultierten 339 Bescheide anderer Abteilungen, die von der Abteilung teilweise überwacht werden mußten und wozu auch Stellungnahmen abgegeben wurden. In 449 Fällen wurden feuerpolizeiliche und luftverunreinigende Übelstände behandelt. So war die Beseitigung von brandgefährlichen Gegenständen und Stoffen aus Wohnungen, Dachböden, Gängen und Stiegenhäusern sowie aus dem Freien anzuordnen. 241 Bescheide zur Beseitigung brandgefährlicher Gegenstände mußten erlassen, überwacht und 9 Strafanträge an die Magistratischen Bezirksämter gestellt werden. 11 Bewilligungen für das Verbrennen von Gegenständen im Freien wurden erteilt. Zu Winter- und Sommerausverkaufszeiten sowie zur Weihnachtszeit wurden 123 Kaufhäuser unangesagt schwerpunktmäßig überprüft.

Die im Jahre 1991 begonnene Erfassung der Feuerstätten über 26 kW Nennheizleistung wurde fortgesetzt und dahingehend erweitert, daß begonnen wurde, die Benutzer derartiger Feuerstätten über die periodische Überprüfungspflicht und Befundlegung bezüglich der Emissionen und hinsichtlich des Wirkungsgrades zu informieren. Werden in den erforderlichen Befunden Überschreitungen der Grenzwerte festgestellt, müssen Ermittlungsverfahren eingeleitet und Instandsetzungsaufträge erteilt werden. 1992 wurden bei dieser Aktion 1.363 Benutzer angeschrieben; es langten 783 Befunde über gasförmige, flüssige und feste Brennstoffe sowie 193 Mitteilungen der Benutzer in der Abteilung ein. Rund 700 Befunde wurden von den Benutzern der Feuerstätten noch nicht übersandt. Alle Standorte der Feuerstätten für flüssige, gasförmige und feste Brennstoffarten, für die Befunde erstellt wurden, werden EDV-mäßig erfaßt.

Nach dem Baulärmgesetz wurden 15 Nachtarbeitsbewilligungen erteilt, 116 Beschwerden über Baulärmbelästigungen behandelt und 1.193 Bewilligungen der MA 46, die die Inanspruchnahme und Aufgrabung des öffentlichen Gutes betrafen, in Evidenz gehalten.

10 Anzeigen, die das Prostitutionsgesetz betrafen, wurden bearbeitet, aber es mußte nur ein Bescheid erlassen werden.

17 Gutachten über die Förderungswürdigkeit von brandschutztechnischen Maßnahmen in Beherbergungsstätten wurden erstellt. Ferner wurden 3 Sprengbewilligungen erteilt und 13 Berichte verfaßt. Gegen 14 Bescheide wurde berufen oder die Vorstellung erhoben.

Im Hinblick auf den hohen Stellenwert, den die Fortbildung und der Erfahrungsaustausch für die Sachverständigentätigkeit einnimmt, wurde 1992 an folgenden Veranstaltungen im In- und Ausland teilgenommen:

Das Seminar „Gefahrgeneigte Anlagen — Genehmigung, Überwachung, Maßnahmen im Störfall“ in Wels (Kommunalwissenschaftliches Dokumentationszentrum/KDZ), Seminar „Fortsetzung des Erfahrungsaustausches CKW-Anlagen“ in Klagenfurt (Amt der Kärntner Landesregierung), 3. Sitzung der Arbeitsgruppe „Holzfeuerungen“ in Graz (Amt der Steiermärkischen Landesregierung), Seminar „Staubabscheidung“ in Essen (IMIS — Informations- und Meßausbildungszentrum), Internationale Konferenz Berlin 1992 „Alternativen zu FCKW und Halonen“ in Berlin (Fortbildungszentrum Gesundheits- und Umweltschutz Berlin), Seminar „Transporte explosiver Stoffe, Schwerpunkt Pyrotechnik“ in Wien (Arbeitsgemeinschaft Gefahrgut-Transport), Kongreß „Envirotech Vienna 1992“ — Betriebliches Abfallmanagement, Altlastensanierung, Abwassertechnologie in Wien (Mondial Congress), Arbeitsausschuß „Lackierereien“ in Graz (Amt der Steiermärkischen Landesregierung), Seminar „Chemikalieninspektion“ in Feldkirch-Altenstadt (Umweltinstitut Vorarlberg), 102. Jahrestagung und Fachausstellung der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach in Bregenz (ÖVGW), Seminar „Brandschutz im Krankenhaus“ in Wien (Österreichische Akademie für Führungskräfte), Sondertagung der Arbeitsgruppe „Krankenanstalten“ in Wien (Allgemeine Unfallversicherungsanstalt), Seminar „CKW-

Anlagenverordnung“ in Brunn am Gebirge (Donauchemische Handelsges.m.b.H.), Besichtigung von mechanischen Parkanlagen in Bad Tölz, BRD (Firma Adolf Tobias Ges.m.b.H.), Länderexpertenkonferenz der Amtssachverständigen für Elektrotechnik in Salzburg (Verbindungsstelle der Bundesländer), Seminar „Technova 92“ in Graz (Enoviro-Chemie Abwasserreinigungsges.m.b.H.), 14. Sitzung des Fachausschusses für Geweberecht und Gewerbeteknik in St. Pölten (Österreichischer Städtebund), 13. Pinkafelder Heizungs- und Umwelttechnik „Neue Wege in der Feuerungstechnik“ in Pinkafeld (Zebig — Zukunftsorientierte Entwicklungs-Bildungs-Innovations-Ges.m.b.H. nach b.R.), „Inergen-Präsentation“ in Linz (Firma Total Walther Feuerschutz Ges.m.b.H.), Seminar „Brandschutz im Industriebau“ Regensburg (VDI), Expertenkonferenz der Dampfkesselprüfungskommissäre in Bregenz, Seminar „Störfallverordnung“ in Wien (Wirtschaftsseminare-Organisation und Marketing-service Ges.m.b.H.), Fachveranstaltung „Kältetechnik — Kältemittel — FCKW“ in Essen (Haus der Technik), 6. Jahresfachtagung — „Industrielle Teilereinigung — HKWs Lösemittel, wäßrige Reiniger“ in Frankfurt (TCI), Seminar „Schallschutz im Hochbau“ in Wien (Versuchsanstalt für Wärme- und Schalltechnik), Seminar „Abwasser und Abfall der Metallindustrie“ in Wien (Technische Akademie Esslingen — Weiterbildungszentrum), Kongreß „UTEC-ABSORGA 92“ in Wien (Trend Commerz Ges.m.b.H.), Seminar „Meßtechnik beim kathodischen Korrosionsschutz“ in Sarnen (Technische Akademie Esslingen), „Expertenhearing NOx-SO₂-Emissionsreduktion“ im Schloß Laxenburg (Umweltbundesamt), Internationale Tagung für Sprengbefugte in Linz (Wirtschaftsförderungsinstitut der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Oberösterreich), Seminar „Umsetzung der Störfallverordnung, die Sicherheitsanalyse und der Umgang mit Gefahrgütern“ in Frankfurt/Main (Hoechst Austria AG).

Stadtgartenamt

Die Tätigkeit des Stadtgartenamtes umfaßt die Erhaltung und Errichtung von öffentlichen Grünanlagen. Es ist bemüht, das Angebot an Naherholungsbereichen im Stadtgebiet durch die Schaffung neuer Grünflächen zu erweitern und durch die Verbesserung und Umgestaltung bestehender Anlagen attraktiver zu gestalten. Im Jahr 1992 wurden 2.706 öffentliche Gartenanlagen mit einer Gesamtfläche von 17.670.288 m², darunter 21 Lagerwiesen mit 902.280 m², der „grüne Prater“ mit 6.143.984 m² und 1.423 Blumenschalen gepflegt und erhalten. Ebenso wurden 248 Schulgärten mit 679.266 m², 13 öffentliche Grünflächen in Siedlungen mit 253.474 m², 257 Grünanlagen in Kindergärten und Horten mit 498.867 m² sowie 15 Jugendspielplätze mit 82.250 m² gärtnerisch betreut. In den Wiener Straßen stocken 76.470 Alleebäume. Die Erhaltung und Erweiterung des Baumbestandes, der teilweise überaltert ist, stellt eine der vordringlichsten Aufgaben dar. Es wird daher aus diesem Grund durch standortverbessernde Maßnahmen versucht, die Vitalität der Bäume zu aktivieren und eine längere Bestandsdauer zu erzielen. 1992 betraf dies die Baumbestände z.B. in 1, Ringstraße, 10, Quellenstraße, 11, Meidlgasse, 12, Flurschützstraße, und 21, Werndlasse. Ein Austausch des Oberbodens und der Einbau von Bewässerungsanlagen sollen durchgeführt werden. Ferner wurden u.a. neue Alleen in 1, Babenbergerstraße, 6 und 7, Mariahilfer Straße, 9, Zimmermannsgasse—Meynertgasse, 11, Am Kanal und Schemmelstraße, 12, Meidlinger Hauptstraße, 21, Friedstraße, 22, Reglergasse—Frankgasse, Silenegasse, Langobardenstraße—Wulzendorfsgasse sowie in 22, Prandaugasse, gepflanzt.

Das Referat Planung erstellt Entwurfs-, Detail- und Bepflanzungspläne für öffentliche Grünanlagen, Kinderspielplätze, Erholungsflächen, Straßengrün, Wohnhausanlagen, Schulen und Kindergärten sowie österreichische Nationenbeiträge für internationale Gartenbauausstellungen. Im innerstädtischen Bereich werden in Zusammenhang mit Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung neue Grünzüge und Alleen geschaffen und das Angebot an wohnungsnahen Erholungsflächen erweitert. Bei den bestehenden Anlagen, die zum Teil aus der Gründerzeit stammen, ist unter Berücksichtigung der Wünsche der Bevölkerung eine partielle Umgestaltung oder generelle Neugestaltung der Grünanlagen erforderlich. Weiters wurde an den Projekten in den Stadterweiterungsgebieten mitgearbeitet. In diesem Fall müssen neue Wege für eine multifunktionale Nutzung der Freiräume gegangen werden. Verschiedene Varianten sollen in Zusammenarbeit mit allen beteiligten Dienststellen ausgearbeitet werden. Gemäß der Önorm wurden bei Kinderspielplätzen Fallschutzeinrichtungen montiert, so z.B. auf den Kinderspielplätzen Ciavaccigasse und Urban-Loritz-Platz.

Im Jahre 1992 wurden in folgenden Anlagen gärtnerische und bautechnische Herstellungsarbeiten durchgeführt: So wurde in 2, Taborstraße—Glockengasse, die Grünanlage nach Auffassung der Nebenfahrbahn umgestaltet, am Mexikoplatz ein historischer Zaun hergestellt und montiert. Im Kardinal-Nagl-Park im 3. Bezirk konnte eine zweite Mutter-Kind-Zone errichtet, im Alois-Drasche-Park im 4. Bezirk der Umbau der Kinderspielplätze fortgesetzt werden. In der Parkanlage Millergasse—Mittelgasse wurde eine Grünanlage mit Spielplatz errichtet, in den Randbereichen die Ruderalvegetation erhalten. In der Parkanlage am Bennoplatz wurden die Grünanlagen umgestaltet und mit Sezessionsgittern eingefriedet, ebenso die Grünflächen am Columbusplatz im 10. Bezirk. Im Belgradpark wurde eine neue Parkanlage mit Kinderspielplätzen, Ballspielplatz und Seniorensitzplatz errichtet, im Kurpark Oberlaa der japanische Nationengarten der WIG 74 („Takasaki-park“) wiedererrich-

tet. Am Wienerberg in der Otto-Probst-Gasse wurden eine naturnahe Grünanlage um den alten Ziegelteich gestaltet und Verbindungswege, ein Aussichtsplattform am Ufer und Kinderspielplätze geschaffen. In 11, Ravelinstraße, konnte eine Brachfläche nutzbar gemacht werden. Im Wilhelmsdorfer Park im 12. Bezirk wurden im Zuge des 2. Bauabschnittes die bestehende Parkanlage umgestaltet, Kinderspielbereiche und Ruhezone angelegt sowie ein Saettel als Regenschutz und für kleinere Veranstaltungen errichtet. In 14, Anateusgasse, wurde ein Kleinkinderspielplatz angelegt. In der Kleingartenanlage Schmelz im 15. Bezirk konnte im 3. Bauteil die gärtnerische Ausgestaltung der Verbindungswege fortgesetzt werden. Der Forscherntischpark im 15. Bezirk wurde generell instand gesetzt und der Spielplatz verbessert. In der Wiesberggasse und am Yppenplatz im 16. Bezirk wurden zwei Ballspielkäfige abgebrochen und wiedererrichtet. Im Kongreßpark wurde der Spielplatz umgestaltet. Im Clemens-Kraus-Park im 17. Bezirk konnten im Zuge des 2. Bauteiles die Parkanlage umgestaltet und ein Kleinkinderspielplatz errichtet werden. Der Lorenz-Bayer-Park im 17. Bezirk wurden im Zuge des 1. Bauteiles umgebaut, die Parkeinfassung saniert, die Einfriedung neuhergestellt und der Kleinkinderspielplatz neugestaltet. Im Türkenschanzpark im 18. Bezirk wurden die historischen Toranlagen neuhergestellt und montiert. Im Anton-Baummann-Park wurden die Grünflächen mit Seccessionsgitter eingefriedet. In der Schopenhauerstraße—Staudgasse mußte die Grünfläche nach Straßenrückbau umgestaltet werden. Ferner wurden ein Kinderspielplatz und ein Sitzplatz mit Pergola errichtet. In der Zahnradbahnstraße im 19. Bezirk wurde eine kleine Grünfläche mit Sitzplatz angelegt. Die Gustav-Pick-Gasse im 19. Bezirk konnte als naturnaher Spielplatz ausgestaltet werden. Im Setagayapark im 19. Bezirk wurde ein Japanischer Garten mit Teich, Wasserlauf, Brücken und Teehaus gestaltet. Ferner wurde in der Wehlstraße im 20. Bezirk ein Kinderspielplatz („Schmetterlingspark“) neugestaltet. Am Rennbahnweg im 22. Bezirk war die öffentliche Grünanlage umzugestalten. Im Draschepark im 23. Bezirk wurde eine BMX-Bahn angelegt. In der Vösendorfer Straße—Kolbegasse im 23. Bezirk wurde schließlich das Wegenetz in der als Erholungsgebiet — Park gewidmeten Fläche provisorisch ausgestaltet.

Organe des amtlichen Pflanzenschutzdienstes haben 2.749 Gartenbegehungen in den Klein-, Siedler- und Privatgärten vorgenommen. Zur Schulung der Gartenbesitzer wurden 5 Vorträge und 10 Filmvorführungen veranstaltet. Auf Grund der Pflanzeneinfuhrverordnung, BGBl. Nr. 236/1954, wurden 6.219 Sendungen, nach den phytosanitären Ausführkontrollen 21.434 Sendungen und entsprechend den Verordnungen laut Qualitätsklassengesetz, BGBl. Nr. 161/1967, 7.037 Sendungen kontrolliert.

Gemäß dem mit 1. August 1991 geänderten Wiener Tierschutz- und Tierhaltengesetz wurden 1992 u.a. in den Parkanlagen in 5, Einsiedlerpark, 9, Lichtentalerpark, 10, Heuberggärten, 10, Hebbelpark, 12, Theodor-Körner-Park, und in 21, Illgasse/Aistgasse, Hundezonen eingerichtet. Die Parkanlagen wurden in 7, Gutenbergpark, 10, Belgradpark, 12, Wilhelmsdorferpark, 19, Setagayapark, 23, Haeckelgasse, 23, Pollakgasse, sowie in 23, Rudolf-Zeller-Gasse/Rudolf-Waisenhorn-Gasse, generell für Hunde verboten.

An Gartenbauveranstaltungen wurde teilgenommen bzw. diese selbst durchgeführt: So wurde bei der FLORIADE 1992 in Zoetermeer bei Den Haag/Niederlande ein 800 m² großer Wiener Jugendstilgarten als österreichischer Nationenbeitrag errichtet. Parallel zur EXPO '92 wurde im Sevillaner „Parque de los Principes“ ein Wiener Kinderspielplatz angelegt und am Österrichtag der Stadtverwaltung übergeben. Ferner konnten bei der Aktion „Wien im Blumenschmuck“ der Wiener Bevölkerung im Mai 1992 300 m³ Blumenerde zur Verfügung gestellt werden. Die im Messpalast abgehaltene Ausstellung des brasilianischen Gartenkünstlers Roberto Burle-Marx wurde mit Gestaltungselementen ergänzt. Anlässlich der Flora Olmütz (ehemalige ČSFR) wurde ein Wiener Garten gestaltet. Weiters wurde der Wiener Hauergarten, der zugleich ein österreichischer Nationenbeitrag auf der IGA '93 in Stuttgart war, aufgebaut. In Wien wurden eine Präsentation der einheimischen Gartenbaubetriebe im Donauzentrum sowie in den Reservegärten Hirschstetten eine Valentinschau und eine Adventschau durchgeführt. Für den Wiener Rosengarten in Jerusalem wurden Planungsarbeiten ausgeführt. Schließlich wurden für zahlreiche in- und ausländische Gartenfachleute durch Wiener Parkanlagen und Gartenbaubetriebe Exkursionen organisiert.

Das Programm zur offiziellen Benennung von Parkanlagen wurde gemeinsam mit der MA 7 und den Bezirksvertretungen fortgesetzt. So erhielten u.a. 1992 die Parkanlagen in 7, Gutenbergpark, 20, Jakob-Winter-Park, 21, Alois-Heidel-Park und Franz-Polly-Park ihre offiziellen Namen.

Wasserbau

1992 hat die Gruppe Altlasten die Absicherungsarbeiten bei der Altlast Spitzau, die im Jänner 1991 begonnen wurden, fortgeführt und fertiggestellt. Bei der Altlast Spitzau handelt es sich um mehrere ehemalige Schottergruben, die mit Hausmüll, Bauschutt, Aushubmaterial und Bentonitsuspension verfüllt worden sind. Das Projekt sah die Umschließung der Altlast mit einer doppelten Dichtwand nach dem „Wiener Kammersystem“ mit Wasserhaltung vor. Auf der Deponieoberfläche wurde durch die Errichtung einer Horizontalabdichtung mittels HDPE-Folie eine Umlagerungsfläche geschaffen, auf die die hausmüllähnlichen Anteile des Aushubes vom Donaupark und der Aushub, der bei der Sanierung der Altlast Himmelteich angefallen ist, umgelagert wurden.

Mit diesem Umlagerungsmaterial wurde eine Geländemodellierung nach den Vorgaben eines Landschaftsarchitekten durchgeführt. Nach Abschluß der Arbeiten wird das Gelände ein Teil des Grüngürtels im 22. Bezirk. Die Herstellung der Dichtwände wurde im Dezember 1991 abgeschlossen. Die Gesamtbauarbeiten wurden im Herbst 1992 beendet.

Die bauliche Realisierung der Absicherungsmaßnahmen der Altlast „Langes Feld“ wurde im Sommer 1992 begonnen. Bei dieser Altlast handelt es sich um mehrere nebeneinanderliegende Kiesgruben, die nach ihrer Ausbeutung mit Aushubmaterial, Bausschutt, Sperrmüll und Hausmüll verfüllt wurden. Die Absicherungsmaßnahmen bestehen aus einer Umschließung des Areals nach dem „Wiener Dichtwandkammersystem“ mittels stellenweise bis zu 50 m tiefen Dichtwänden und einer entsprechenden Wasserhaltung. Zur Absicherung gegenüber Deponiegasmigrationen werden an den Deponierändern Gasbrunnen errichtet und an eine aktive Entgasung angeschlossen. Die geplanten Maßnahmen werden Ende 1993 fertiggestellt sein.

Auf dem Sektor der Altlastenerkundung und Projektierung von Absicherungsmaßnahmen wurden zahlreiche Untersuchungen und Planungen durchgeführt.

Auf der Altlast „Bitterlichstraße — Löwygrube“ im 10. Bezirk wurde, nachdem hier durch Methangasbildungen Gefahr in Verzug gegeben war, eine Gefährdungsabschätzung durchgeführt. Die Ergebnisse zeigten, daß eine Absicherung der Altlast und eine Absiedlung der darauf befindlichen Kleingartenanlage unbedingt erforderlich sind. Die Absiedlung der Kleingartenanlage wurde im Sommer 1992 mit dem Abbruch der Häuser abgeschlossen. Die Planungsarbeiten zur Absicherung der Altlast wurden ebenfalls abgeschlossen, die wasserrechtliche Bewilligung zur Durchführung der Maßnahmen erteilt. Die bauliche Realisierung ist für Herbst 1993 vorgesehen.

Die Detailuntersuchung der Altlast Rudolf-Zeller-Gasse im 23. Bezirk wurde weitergeführt. Bei dieser Altlast handelt es sich um eine alte Müllschüttung der Stadt Wien, die in den ehemaligen Sandsteinbrüchen angelegt worden ist. Nach Abschluß des umfangreichen Erkundungsprogramms wurde eine Gefährdungsabschätzung durchgeführt. Auf Grund dieser Gefährdungsabschätzung, die zeigte, daß Absicherungsmaßnahmen erforderlich sind, wurde mit der Erstellung einer Variantenstudie für die Absicherung begonnen. Als Sofortmaßnahme wurden im Bereich der Grünanlage Abdichtungsmaßnahmen durchgeführt.

Die Untersuchungen und Projektierungen für die Absicherung der Altlast „Donaupark — Bruckhausen“ wurden abgeschlossen. Das Projekt sieht die Errichtung von Sperrbrunnen, eine Reinigung des Wassers in einem Schönungsteich — dem Irissee — und die Ableitung dieses Wasser in die Donau vor. Die notwendigen behördlichen Bewilligungen wurden erwirkt, die Durchführung der geplanten Maßnahmen öffentlich ausgeschrieben. Das Projekt soll im Frühjahr 1993 baulich realisiert werden.

Neben diesen Projekten wurden weiters bei verschiedenen anderen Altlasten Erkundungsarbeiten wie Luftbildauswertungen, Aufschlußbohrungen, Grundwasseranalysen usw. und Vorarbeiten für die erforderlichen Projektierungen durchgeführt.

Die Erfassung der Verdachtsflächen im gesamten Stadtgebiet von Wien wurde weitergeführt. Dazu wurde ein GIS-geschützter Altlastenkataster aufgebaut. Im Jahre 1992 konnte die Ersterfassung von Verdachtsflächen so weit abgeschlossen werden, daß mit Jahresende die gesetzlich vorgesehenen Meldungen der Verdachtsflächen an das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie durchgeführt werden konnte. Insgesamt wurden 14.749 Verdachtsflächen gemeldet.

Im Rahmen der Nachsorge und des Betriebes von abgesicherten Altlasten wurden die behördlich vorgeschriebenen Auflagen und Kontrollen durchgeführt. Zur besseren Überwachung der abgesicherten Altlasten wurde eine Datenfernübertragung in der Zentrale der Abteilung installiert, die es ermöglicht, jederzeit über den aktuellen Stand der Anlagen informiert zu sein und eventuell auftretende Störungen sofort beheben zu können.

Im Bereich der Gruppe Amtssachverständige wurde neben der laufenden Arbeit, die unter anderem die Prüfung genehmigungsfähiger Projekte nach dem Wasserrechtsgesetz und die Kollaudierung wasserrechtlich genehmigter Anlagen umfaßt, an 617 wasserrechtlichen, 230 gewerberechtlichen, 27 schiffrechtsrechtlichen und an 104 sonstigen Verhandlungen teilgenommen. Zusätzlich wurden 416 Ortsaugenscheine, Erhebungen bzw. Überprüfungen durchgeführt sowie 321 wasserbautechnische Stellungnahmen abgegeben.

Laut Schiffahrtsgesetz 1990, BGBl. Nr. 87/1989, haben Amtssachverständige 9 Großschiffe, 329 Sportboote sowie 463 Mietboote überprüft. Außerdem wurden die Schiffahrtsanlagen, die zur Verheftung der Mietboote dienen, begutachtet.

Im Rahmen des Donauhochwasserschutzes wurden am rechten Donauufer die Bauarbeiten für den Rechten Donaudamm, Abschnitt 2 c + d, Innstraße bis DDSG, abgeschlossen. Im Zuge der Verlegung der Einbauten wurde ein Kanal für die Abwasserentsorgung der Schiffe errichtet. Die Oberflächengestaltung konnte begonnen und zur Gänze fertiggestellt werden. Planungsarbeiten bezogen sich auf die Ausführungsplanung und die Projektierung weiterer Abschnitte des Rechten Donaudammes.

Im Zusammenhang mit der Errichtung der Staustufe Wien wurden im Namen und auf Rechnung der Österreichischen Donaukraftwerke AG weitere Baumaßnahmen am rechten Donauufer begonnen. Der sogenannte Minimaldamm, der den Hochwasserschutz der Stadt Wien am rechten Donauufer bis zum Kraftwerksbereich

sicherstellt, konnte fertiggestellt werden. Am linken Donauufer im Bereich stromab der Steinspornbrücke bis zum Wehr 2 wurden die Arbeiten im Rahmen der zweiten Ausbaustufe fortgesetzt. Dabei handelt es sich um Böschungsverflachungen sowie um die Herstellung von Pflasterstiegen.

Die Planungsarbeiten betrafen den weiteren Ausbau des Donauhochwasserschutzes im Bereich der Lobau, die Errichtung des Hafentores Albern sowie die Bestandsdokumentation.

Die Erhaltung der fertiggestellten Teile der Neuen Donau und der Donauinsel erforderte neben einer Vielzahl von kleineren Arbeiten das mehrmalige Mähen von 160 ha Uferböschungen und die Reinigung von 36 km Badestränden. Ein Teil der Erhaltungsarbeiten umfaßte auch die fertiggestellten Teile des Rechten Donaudammes. Mit dem Mähboot der Stadt Wien wurde, wie in den vergangenen Jahren, der Unterwasseraufwuchs im Bereich des Südteils der Neuen Donau auf einer Fläche von rund 100 ha fachgerecht zurückgeschitten. Insgesamt wurden 2.000 m³ Wasserpflanzen entfernt. Nach dem Hochwasser im November 1992 wurden Reinigungsarbeiten (Schlammfernung) durchgeführt. Zur Flächenreinigung und Entleerung von Müllbehältern wurde der 1988 angeschaffte „Inselstaubsauber“ erfolgreich eingesetzt.

Auf dem Gebiet der Gewässeraufsicht wurden neben der laufenden Arbeit unter anderem Anzeigen hinsichtlich der Gewässergefährdung nach 35 Schadstoff- bzw. Ölunfällen überprüft. Im Hinblick auf die komplizierten Sanierungsmaßnahmen war in 89 Fällen der Einsatz der Amtssachverständigen vonnöten. Weiters erfolgte die Teilnahme an insgesamt 42 wasserrechtlichen, 466 gewerberechtlichen (und 116 Nachüberprüfungen), 27 baubehördliche sowie an 175 sonstigen Verhandlungen bzw. Besprechungen. Überdies mußten 1.401 Erhebungen und Überprüfungen durchgeführt, 684 Senkgruben, 205 Kläranlagen und 17 Benzinabscheider durch Augenschein auf ihren Zustand überprüft werden. Im Kleinlabor der Abteilung wurden 112 Wasserproben, die Kläranlagen entnommen worden waren, untersucht und ausgewertet. Konnten Mißstände festgestellt werden, erfolgte die Einleitung der erforderlichen Maßnahmen. Ferner fanden 342 Kontrollen an Schottergruben und Planien statt. Im gleichen Zeitraum mußten 103 Brunnen hinsichtlich ihres Zustandes und der Einhaltung des wasserrechtlichen Konsens und in 4 Fällen Feuerlöschbrunnen überprüft werden.

Im Zuge der Altlasthebungen wurden weitere 16 6"-Sonden abgeteuft, 153 Wasserproben entnommen und der MA 15 — Institut für Umweltmedizin zur Überprüfung übergeben.

In Vollziehung des Hydrographiegesetzes wurden 5 Meßstellen neu eingerichtet und erstmalig beprobt. Das Meßstellennetz wurde von 12 auf 45 Stellen erweitert. 17 CKW-Anlagen (Putzereien) wurden auf Bodenkontamination untersucht.

5 Fälle von Fischsterben wurden anher gemeldet, 7 Strafanzeigen erstattet und 32 Gewässerbegehungen durchgeführt.

Im Einzugsgebiet des Liesingbaches mußten zahlreiche Betriebsanlagen auf grundwasser- und niederschlagswassergefährdende Produkte und Lagerungen untersucht werden.

Die Ausbreitung der Borverunreinigungen, die vom Betriebsgelände der Cheka Handelsges.m.b.H. in 22, Gotramgasse 11, ihren Ausgang nahm, wurde in zweimonatigen Abständen weiterhin beobachtet. In diesem Zusammenhang wurden 218 Wasserproben gezogen. Zur Feststellung der Ausbreitung von ClKW im Untergrund wurden insgesamt 260 Bodenluftmessungen durchgeführt. 12 Putzereibetriebe wurden anlässlich von Verhandlungen überprüft.

In den Gebieten in 10, Absberggasse, und 16, Herbststraße, sowie im Bereich von Erlaa, in denen man ClKW im Grundwasser feststellte, wurden weitere Untersuchungen durchgeführt.

In der Umgebung einer Brauerei in Ottakring wurden erhöhte ClKW-Werte festgestellt. Es wurden aus den Brunnen der Umgebung sowie aus den bereits vorhandenen U-Bahn- und HBW-Sonden Wasserproben gezogen.

Im Zusammenhang mit der Verunreinigung durch ClKW in 2, Handelskai 385, sind derzeit Bodenluftabsaugungen im Gange. Bei einer Mineralölfirma in 22, Breitenleer Straße, stellte man neben einer vorhandenen Altlast Verunreinigungen durch leichtflüchtige Kohlenwasserstoffe fest. Als Sofortmaßnahme wurde und wird noch immer Grundwasser aus Brunnen abgepumpt und nach der Reinigung über Aktivkohle zur Versickerung gebracht.

Die Gruppe Hydrologie hat im Rahmen der Erfüllung des Hydrographiegesetzes rund 230 Grundwasser-, Oberflächenwasser- und meteorologische Meßstationen beobachtet und entsprechend den Richtlinien ausgewertet. Das gesamte Meßnetz umfaßt rund 1.100 Grundwassermeßstellen, 35 meteorologische und etwa 25 Pegel an Oberflächengewässern. An rund 150 Grundwassermeßstellen wurden die Temperaturmessungen weitergeführt, mit deren Auswertung 1987 begonnen wurde.

Die qualitative Beweissicherung der Neuen Donau und des Ist-Zustandes der Verhältnisse vor Beginn des Dotationsversuches Lobau (in diesem Fall auch in quantitativer Hinsicht) wurde fortgesetzt. Vom „wasserwirtschaftlichen Versuch“ zur „Dotation Lobau“ ist zu berichten, daß er am Beginn des Sommers — zwischen Ende Mai und Juli 1992 — tatsächlich praktiziert wurde. Die Dotation aus der Neuen in die Alte Donau und von dort weiter ins Mühlwasser erfolgte in einer nahezu konstanten Quantität von etwa 280 l/sec. In der Folge stellten sich im Altarmsystem der Oberen Lobau Wasserspiegelhebungen bis zu 80 cm ein.

Ein 5-Jahres-Auftrag, der die mathematische Modellierung der Gewässergüte der Neuen Donau betrifft, wur-

de im Sommer von der Abteilung an die Akademie der Wissenschaften und die Ingenieurkonsulten der „Gruppe Wasser“ vergeben. In dieser Untersuchung soll ein Prognosemodell für den Gewässergütezustand der Neuen Donau erarbeitet werden. Auf Grund der Möglichkeit der Quantifizierung sowie Lokalisierung der Zu- und Absickerung zur bzw. weg von der Neuen Donau soll einmal eine Nachbildung der Strömungsverhältnisse im mathematischen Modell erfolgen. Zweitens wird diesem Modell dann die — aus regelmäßig vorgenommenen Analysen — jeweilige Gewässergüte zugeordnet, was letztlich auf eine Modelleichung hinausläuft. Als Endergebnis wird ein Rechenmodell verfügbar sein, mit dem man, nach Berücksichtigung der Donauwerte, der Nutzungsparameter an der Neuen Donau sowie der Bewirtschaftung der Neuen Donau (etwa Wasserpflanzenmanagement), die Entwicklung der Gewässergüte vorhersagen wird können. Dies ist nicht nur für den derzeitigen Zustand, sondern auch für die Zeit nach einem Donauaufstau am Kraftwerk Freudenu relevant.

Was die Detailprojektierung der Österreichischen Donaukraftwerke AG angeht, hat die Abteilung eine Gruppe Ingenieurkonsulten und ein Zivilingenieurteam im Jahr 1992 mit einer Konsultation beauftragt, die Vorschläge der Österreichischen Donaukraftwerke AG in wasserwirtschaftlicher und hydrologischer Hinsicht von der kommunalen Verantwortung der Stadt Wien aus zu bewerten.

Der Arbeitsbereich der Gruppe Schutzwasserbau — Erhaltung umfaßt Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an Bächen und Gerinnen in Wien, insbesondere am Liesingbach und am Wienfluß.

In Zusammenarbeit mit den Wiener Stadtwerken — Verkehrsbetrieben wurde die Sanierung der Witterungsschäden an der Trennmauer Wienfluß — U 4 im Bereich zwischen der Zufferbrücke und der U-Bahnstation Unter-St.-Veit U-bahnseitig fertiggestellt und wienflußseitig weitergeführt.

Die naturnahen Sanierungsarbeiten am Lainzerbach im Bereich Glawatschgasse—Waldemarweg wurden in Angriff genommen, die Sanierungsarbeiten an der Wienfluß-Trennmauer und an den Wehren in Hadersdorf wurden fertiggestellt.

Die Sanierungsarbeiten im Bereich des Rosenbaches, flußab des Dehnparks bis zur Mündung in den Kanal der MA 30, konnten beendet werden. Im Oberlauf des Baches erfolgte die Böschungssicherung mittels Steinschlichtung. Die Sanierung der Ufermauer im Zuge der Rosentalgasse wurde durchgeführt.

Im Hafentuchelau wurden die Planungsarbeiten für ein Gesamtkonzept, das die Situierung und Ausführung von Anlegestellen und der Benutzung durch die Bevölkerung betrifft, weitergeführt. Im Zusammenhang mit der Ufergestaltung — Errichtung von Stegen und Flößen, Begrünungsarbeiten — des linken Ufers der Unteren Alten Donau konnte der Abschnitt A fertiggestellt und mit den Arbeiten am Abschnitt B begonnen werden.

Die Bauarbeiten zur Sanierung des Asenbauergrabens in Mauer, im 23. Bezirk, sowie dessen naturnahe Ausgestaltung wurden beendet.

1992 erfolgte der baumäßige Abschluß der Errichtung von Radwegunterführungen unter der Leopoldsdorfer Straße und der Unterlaaer Straße zur Verbesserung der Führung des Liesingbach-Radweges im 23. Bezirk.

Mit dem Ausbau des Petersbach-Radweges im Wiener Bereich — Abschnitt 200 m bachabwärts der Stadtgrenze — wurde begonnen.

Um die möglichen Varianten für den im Zuge des Ausbaues der Wienfluß- und Mauerbach-Retentionsanlagen notwendigen Umbau des Wienflusses hinsichtlich der Dauerhaftigkeit und Wirtschaftlichkeit testen zu können, entstand eine Versuchsstrecke zwischen der Mündung des Mauerbaches und der Wolf-in-der-Au-Brücke in Hadersdorf im 14. Bezirk.

Im Zuge der geplanten Renaturierungsarbeiten an der Unteren Alten Donau wurden die Ufer und Seichtwasserbepflanzung im nordöstlichen Teil des Gänsehäufels fertiggestellt, die Arbeiten in den restlichen Bereichen weitergeführt.

Die Sanierungsarbeiten und die Revitalisierung des Wlasakgrabens sowie der Ausbau im Hinblick auf die Sicherheit im Zusammenhang mit einem 100jährigen Hochwasser, flußaufwärts der Kanaleinmündung, wurden begonnen.

Von den kleineren wasserbaulichen Arbeiten und Projektierungen sind die Fertigstellung des Detailprojektes und der Beginn der Sanierungsmaßnahmen am Grünauerteich sowie der Beginn der Arbeiten zur Funktionsverbesserung des Sickerteiches Untere Jungenberggasse zu nennen. Weiters wurden Vorarbeiten zur Verbesserung der Entwässerung des im 19. Bezirk gelegenen Eichelhofweges/Hammerschmidgrabens geleistet, die Ausarbeitung eines Projektes für die Adaptierung einer ehemaligen Fußwegunterführung in 19, Waldbach/Heiligenstädter Straße, durchgeführt sowie mit der Erstellung eines Nutzungs- und Pflegekonzeptes der Gewässer Obere Lobau begonnen.

Die Gruppe Schutzwasserbau — Neubau war mit Planungsarbeiten, der Verbesserung des Hochwasserschutzes, Maßnahmen zur Landschaftsgestaltung und vielfältigen Baumaßnahmen hinsichtlich der Bäche und Gerinne befaßt.

Nach Fertigstellung der landschaftsgerechten Gestaltung eines Musterabschnittes am linken Ufer der Unteren Alten Donau südlich der Großen Buchstraße wurden die Detailplanungen des Folgeabschnittes bis zum Südende der Alten Donau abgeschlossen und die Bauarbeiten begonnen.

Die naturnahen, gesicherten und gestalteten Uferzonen mit Erholungsfunktion werden durch bepflanzte Flach-

wasserzonen und darauf abgestimmte Holzkonstruktionen zur Freizeitnutzung (Terrassen, Stege, Schwimmflöße) erreicht. Die Ufergestaltung soll in Abstimmung auf den Baufortschritt des Dritten Donaufelder Sammelkanals vorgenommen werden.

Nach Abschluß der Maßnahmen zur Verbesserung des Hochwasserschutzes der Liesing mit integrierter Landschaftsgestaltung (Hochwasserrückhalteanlagen) soll ein Grundsatzkonzept zur Revitalisierung des gesamten Bachlaufes im Sinne des Stadtentwicklungsplanes erstellt werden. Dessen Ziel, einen naturnahen Zustand der Liesing unter Bedachtnahme auf die Erfordernisse des Hochwasserschutzes zu erreichen, soll auf drei parallelen Wegen verwirklicht werden, und zwar durch Verbesserung der Wassergüte, durch ökologisch wirksame, kleinräumige Maßnahmen sowie durch großräumig naturnahe Umgestaltung des Baches und des Talraumes. 1992 wurde ein kompetentes Planungsteam beauftragt und von diesem die Phase der Datenerhebung und Geländeaufnahmen sowie die Darstellung des Ist-Zustandes weitgehend abgeschlossen.

Für die bereits fertiggestellte Regulierung der Schwechat im Unterlauf („Bauabschnitt Wien“) wurde die Herstellung der Grundbuchordnung weitergeführt.

Die Detailprojektierung für das Vorhaben „Dotation der Lobau“, das eine Grundwasseranreicherung der Lobau über das bestehende Alarmsystem der Donau mit Uferfiltrat aus der Neuen Donau vorsieht, wurde fortgesetzt. In diesem Zusammenhang sind die Errichtung bzw. der Umbau von Stauhaltungen sowie die Aktivierung von Altarmen in der Lobau geplant. Da die Umsetzung des Projektes schrittweise und zunächst über einen wasserwirtschaftlichen Versuch erfolgen soll, war vorerst nach Erstellung eines diesbezüglichen Projektes die hydrologische und ökologische Begleitbearbeitung weiterzuführen. Die Errichtung des zweiten Abschnittes der Überleitung Neue Donau—Alte Donau wurde fertiggestellt, so daß 1992 die Probedotation der Oberen Lobau gestartet werden konnte.

Wie schon in den vergangenen Jahren arbeitete die Gruppe Wasserwirtschaftliche Planung, die in fast alle wasserrechtlichen und anderen behördlichen Verfahren mit wasserwirtschaftlich relevanten Berührungspunkten eingebunden ist, auch 1992 wieder an zahlreichen Projekten.

Im Zusammenwirken mit dem Siedlungswasserbau erfolgte die Erstellung einer Wasserwirtschaftlichen Studie für die Errichtung dezentraler Brauchwasserversorgungsanlagen (langfristige Studie). In dieser Studie wurden die Möglichkeiten einer lokalen Brauchwasserversorgung durch Grund- und Regenwässer für jeden Standort laut Stadterweiterungsprogramm untersucht. Die Ergebnisse werden in die Verhandlungen mit den jeweiligen Projektträgern bzw. behördliche Verfahren eingebracht.

Im Zusammenwirken mit der MA 24 wurden für fünf Wohnbauprojekte im 21. und 22. Bezirk Projekte zur Optimierung der siedlungswasserbaulichen Infrastruktur erstellt, im Zusammenwirken mit den MA 42, 48 und 68 zwei Projekte einer lokalen Wasserversorgung (Karlsplatz und Märzpark).

Mit den MA 15, 27, 42, 48, 49, 51 und 52 wurden Grundlagen zur Bedarfsermittlung für eine dezentrale Versorgung mit Grundwasser für Brauch- und Bewässerungszwecke erhoben. Diese Unterlagen sollen in einen Bewirtschaftungsplan zur Nutzung örtlicher Wasservorkommen einfließen.

Auf Grund von Untersuchungsergebnissen über die Beschaffenheit von Abwässern stark befahrener Auto- bahnabschnitte konnten die Anforderungen an die Abwasserentsorgung neu festgelegt und der MA 28 zur Kenntnis gebracht werden. Eine Überprüfung von solchen Abschnitten wurde einvernehmlich veranlaßt (Gewässer- aufsicht). Ein Pilotprojekt der MA 28 für den Bereich Stern- gasse wurde gemeinsam mit den wasserbau- technischen Amtssachverständigen konzipiert.

Auf Grund der Untersuchungsergebnisse über die Beschaffenheit von auf Dachflächen abfließenden Regen- wässern wurden die Anforderungen an die Abwasserbehandlung bzw. -ableitung gemeinsam mit den wasser- bautechnischen Amtssachverständigen überarbeitet. Es erfolgte ein 1:1-Versuch zur Optimierung von Anlagen zur Reinigung belasteter Regenwässer.

Für die MA 43 wurde für das Wasserversorgungsprojekt „Zentralfriedhof“ eine Grundwassermodellunter- suchung samt Grundwasserbilanzierung durchgeführt.

Die Gruppe Wasserwirtschaftliche Planung war überdies in eine Vielzahl von Planungsbesprechungen zur Stadtentwicklung eingebunden.

Was den Aufgabenkomplex „Gewässergüteerfassung“ betrifft, so konnte mit dem Betrieb automatisch regi- strierender Meßstationen die Erfassung der Gewässerschaffenheit des Liesingbaches mit den stationären Meß- stationen Kledering und Industriegasse fortgesetzt werden. Spezifische Meßprogramme wurden hiemit im Rah- men des Revitalisierungsprojektes Liesingbach vorgenommen. Überdies wurden mit der mobilen Meßstation Immissionsmessungen an der Liesing im Bereich Seybelgasse und Schubertpark durchgeführt und diese Ergeb- nisse in das genannte Projekt übernommen sowie der Gewässeraufsicht übergeben.

Weiters erfolgte die Fortsetzung der Arbeiten für die Einrichtung eines Immissionsmeßnetzes an Fließgewässern mit registrierender Meßtechnik.

Im Rahmen des Vollzuges der Wassergüteerhebungsverordnung (WGEVO) wurden gemeinsam mit der Grup- pe Gewässeraufsicht das Meßnetzprojekt 1991 der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal überarbeitet, die diesbe- zügliche Ausschreibung (Probenahme und Analytik) und die Vergaben vorgenommen.

Im Zusammenhang mit der Grundwassersanierung setzte man das Projekt einer Voruntersuchung zur Grundwassersanierung programmgemäß fort. Hierbei konnte umfangreiches Datenmaterial auf EDV-Datenträger eingespielt werden. Die Projektfertigstellung wird voraussichtlich Jahresmitte 1993 erfolgen.

Die Gespräche mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft zur Erwirkung einer wasserwirtschaftlichen Rahmenverfügung zum Schutz von Tiefengrundwässern wurden fortgesetzt und ergänzende Untersuchungen zum vorliegenden Operat festgelegt.

Die Systemstudie 1991 wurde adaptiert und ergänzt und zur Genehmigung vorgelegt. Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Das Projekt „Einrichtung eines Emissions- und Immissionskatasters für die Fließgewässer Wiens“ (E/K) wurde vorbereitet. Unter Anwendung des GIS ARC-Info werden das Fließgewässersystem Wiens samt zugehörigen Gewässerinformationen und sämtliche wasserrechtlich bewilligte Einleitungen samt Emissionsdaten erfaßt und dargestellt.

In verschiedenen wasserwirtschaftlich relevanten Arbeitsgremien wurde mitgearbeitet, wie z.B. ARGE Donauländer, AG Geographische Informationssysteme, AG Gewässerschutz, Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie: Nationaler Umweltplan, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft: Wasserwirtschaftliche Planung, Österreichischer Wasserwirtschaftsverband: Arbeitsausschuß „Erdwärmenutzung“. Darüber hinaus hat die Gruppe an zahlreichen Projekten wie z.B. „Alte Donau“, „Revitalisierung Liesingbach“, „Abwasserentsorgungskonzept Liesingtal“ und „Wiental“ mitgewirkt.

Stadtreinigung und Fuhrpark

Die Abteilung gliedert sich in fünf Betriebsabteilungen, und zwar in die Stabstellen der Zentrale, Personal-, Verwaltungs- und Rechtsangelegenheiten, Technik und Fuhrpark, Müllbeseitigung samt getrennter Sammlung sowie in die Straßenreinigung und Winterdienst, die sich wieder in Untergruppen aufteilen.

Das in den Stabstellen der Zentrale eingerichtete Planungsreferat hat 1992 das Wiener Abfallwirtschaftskonzept überarbeitet und für die Zukunft das Problem der Verwertung von Altkunststoffen zum Schwerpunkt gemacht. In Zusammenarbeit mit Industrie, Magistrat, Post und anderen Bundesdienststellen wurden neue Einsatz- und Verwertungsmöglichkeiten gefunden.

Folgende Gutachten haben Dritte in Zusammenarbeit mit der Abteilung durchgeführt:

- drei Forschungsarbeiten durch die Institute für Forstökologie, für Pflanzenphysiologie und das Ludwig-Boltzmann-Institut für biologischen Landbau als 2. Stufe zur „Untersuchung von Kaliumcarbonat als Auftaumittel“
- „Potentielle Stoffströme in der Wiener Kompostwirtschaft“ (Universität für Bodenkultur)
- „Vorkommen von Pilzsporen *Aspergillus fumigatus* in der Umgebungsluft von Biotonnen im Bereich der Kompostierungsanlagen sowie an anderen verschiedenen Standorten“ (Technische Universität Wien)
- „Kompostierungsanlage Lobau — Studie für technisch unterstützte Intensivrotteverfahren“ (Büro Kucera/Partsch)
- „Qualitätsaustestung von Komposten aus der Biotonne“ (Ludwig-Boltzmann-Institut)
- „Qualitätsuntersuchungen der Biotonnenkomposte laut Önorm S 200“ (Technische Universität Wien)
- Behältervergleich für Biotonnen (Wirtschaftsuniversität Wien)
- „Grundsatzstudie für die Errichtung einer Sortieranlage für getrennt gesammelte Verpackungsmaterialien“ (Innovative Umwelttechnik)
- 8 Gutachten zur Deponie (Prof. Dr. Strunz)

Im Jahr 1992 lag der Schwerpunkt auf dem Sektor Altkunststoffverwertung. Es gelang, die Einwegbinde für die Problemstoffsammlung und die Spitalsmüllsäcke auf Kunststoffrecyclat umzustellen und gleichzeitig die Versuche zur Verwendung von Müllbehältern aus Recyclingkunststoff abzuschließen. Derzeit werden 30 Stück 240-l-Mülltonnen aus Recycling-Kunststoff im praktischen Einsatz geprüft. Weiters war es möglich, aufbauend auf die getrennte Sammlung von Kunststoffhohlkörpern und in Zusammenarbeit mit der Industrie, den Kreislauf der Kunststoffverwertung im Bereich der Wasch- und Putzmittel zu schließen und die Verwendung von Flaschen aus Recyclingkunststoff sicherzustellen.

Mit dem Bau des Kompostwerkes am Schafferhof wurde im Winter 1992 begonnen, ebenso mit dem Umbau der einzelnen Prosas auf Grund behördlicher Auflagen.

Die Mitarbeiter des Planungsreferates sind in den Fachnormausschüssen 120, 157, 199 und diversen Fachnormunterausschüssen und Arbeitsgruppen tätig. Weiters wurde im Ausschuß 14 der ÖGUT, im vom Konsumentenverein im Auftrag des Umweltministeriums gegründeten Fachbeirat und in der auf Grund der Verpackungsverordnung vom Umweltministerium ins Leben gerufenen Kommission mitgearbeitet.

Bei der Ausarbeitung von 8 neuen Normen und der Überarbeitung von etwa 15 bestehenden Normen wurde ebenfalls mitgewirkt. Ferner wurden 24 Stellungnahmen zu Gesetzen und Verordnungen ausgearbeitet.

Im Budget- und ADV-Referat waren neben der laufenden Betreuung der bestehenden Projekte auf der IBM-Seite diverse Erweiterungen in der Nebengebührenverarbeitung (Zulagenänderungen) und im Material- und Auftragswesen (Tankstellen, Auftragsnummernkreise, Materialstammsatz) durchzuführen. Die VAX- und PC-Peripherie wurden ausgebaut, die Betreuung der Hard- und Software und die Schulung des Personals fortgeführt. Für die Brückenwaagen im Kompostwerk Lobau und in der Abfallbehandlungsanlage wurden neue Hard- und Software installiert. Die Umstellungsarbeiten von PDP auf VAX in der Personalverwaltung und bei der Müllsammelstreckenverwaltung (Pflichtenhefte) wurden gemeinsam mit der MD-ADV und fremden Softwarefirmen durchgeführt.

Der im Planbüro eingerichtete Winterdienst hat sämtliche Winterdienstpläne für LKW und Unimogs kontrolliert und nachbearbeitet. Teilweise wurden die Pläne hinsichtlich Streckenlänge und Befahrbarkeit mit großem Räumgerät ergänzt und die Räumrouten an die Erfordernisse des öffentlichen Verkehrs und an den rasch fortschreitenden Fahrbahnrückbau angepaßt. Die Kaliumkarbonat- und Salzpläne wurden nach der Streckenführung des öffentlichen Verkehrs und mit größtmöglicher Berücksichtigung des Umweltschutzes neu festgelegt, ebenso einzelne Abschnitte der Schneeräum- und Streupläne in Zusammenarbeit mit den Kehrbezirksleitern und Aufsehern. Weiters wurde die neueste Version des Wetterradarsystems des Bundesamtes für Zivilluftfahrt installiert. Durch die erweiterten Anwendungsmöglichkeiten ist es nun einerseits möglich, stündlich das neueste EUMET-SAT-Bild zu erhalten, andererseits stehen die Wetterradarbilder der Stationen Schwechat, Salzburg, Zirbitzkogel und Patscherkofel zur Verfügung, die entweder jeder für sich oder in einem Gesamtbild Österreich empfangen werden können. Die Wetterradaranlage liefert alle 10 Minuten ein neues Bild. In Zusammenarbeit mit dem Institut für Physik der Universität für Bodenkultur Wien wurde ein Meßwagen, der die aktuelle Bodentemperatur berührungslos feststellen kann, ausgerüstet. Straßenabschnitte, die rasch unterkühlen und somit öfter auf Glätte kontrolliert werden müssen, wurden festgestellt. Die Wettermeßstellen Lobau (MA 48), Rautenweg (MA 48) und Mauerbach (MA 45) sowie das Meßstellennetz der MA 28 — Bundesstraßenverwaltung entlang der Stadtautobahnen (12 Meßstellen) wurden in das Wetterinformationssystem einbezogen.

An Orts- und Büroverhandlungen der MA 19, MA 28, MA 42, MA 46, MA 64, den Bezirkskoordinationsgesprächen der Gemeindebezirke sowie an Wirtschaftlichkeitssitzungen der MD-BD wurde teilgenommen, und zwar an 605 Verkehrsverhandlungen, 225 Projekts- und Einbautenbesprechungen, 20 Wirtschaftlichkeitsbesprechungen sowie an 25 Bezirkskoordinationsgesprächen.

Das Baureferat hat 48 Objekte der Abteilung und 478 Objekte, die auf Liegenschaften der MA 28, MA 42, MA 45, MA 52, MA 59, Wiener Stadtwerke — Verkehrsbetriebe, Elektrizitätswerke, von Genossenschaften, der Wasserstraßendirektion, Österreichischen Bundesbahnen und von Privaten stehen, hinsichtlich der Erstellung und Ausarbeitung von Verträgen und Übereinkommen, Administration von Mietzinsen, Gebühren und Abgaben usw. verwaltet.

Der Bereich Technik umfaßt die Gebäude der Zentrale, die Garagen, die Hauptwerkstätte und die Abschleppgruppe. Neben zahlreichen Instandhaltungs- und Sanierungsarbeiten wurden der Dachboden in der Zentrale als Lagerraum ausgebaut, ein Bremsprüfstand in der Garage 17 eingebaut, der Fernwärmeanschluß für die Garage 17 und die Hauptwerkstätte hergestellt und ein provisorischer Kfz-Abstellplatz für die Abschleppgruppe in 22, Stadlauer Straße, adaptiert.

In der Müllbeseitigung wurde ein Hebekran in der Müllgefäßreparaturwerkstätte für das Reinigen von 2,2- und 4,4-m³-Gefäßen montiert. In der Abfallbehandlungsanlage wurden unter anderem im 2. Obergeschoß ein Vortragssaal sowie Büroräume eingerichtet, eine Garage für betriebseigene Fahrzeuge neu hinzugebaut. Im Juli wurde eine neue Müllauflegerunterkunft in 23, Traviatagasse, von der MA 52 übernommen. Derzeit sind 51 Müllauflegerunterkünfte in Erhaltung der Abteilung.

Die Straßenreinigung verwaltete 18 Lagerplätze — gleichzeitig Mistplätze — und 116 Straßenpflegedepots. In diesem Bereich wurden folgende Maßnahmen durchgeführt: In 16, Kendlerstraße 38, wurde ein neuer Stützpunkt geplant, in 21, Fultonstraße 10, das neu errichtete Lagerplatzgebäude sowie die Müllauflegerunterkunft, die Platzbefestigung, die Tankstelle, die Splittboxen, das Flugdach und die Einfriedung übernommen. Mit dem Bau eines Betriebsgebäudes in 23, Seybelgasse, wurde begonnen.

In Wien standen 249 öffentliche Bedürfnisanstalten, 27 Pissoire und 56 Trockenaborte der Öffentlichkeit zur Verfügung. Die fahrbaren Toilettenanhänger waren insgesamt an 292 Tagen eingesetzt. 1992 wurden 3 öffentliche Bedürfnisanstalten neu errichtet, und zwar eine Anlage in 17, Lidlpark, sowie zwei Anlagen in den Stiegenanlagen in 2, Rechter Donaudamm, oberhalb der Reichsbrücke. Schließlich mußten zahlreiche Vandalismus-schäden behoben werden.

Neubenannt und umbenannt wurden 22 Straßen, Gassen und Plätze, wofür 56 Tafeln an den fertiggestellten Anbringungsorten montiert werden mußten. Insgesamt wurden 596 Straßenbenennungs-, 4 Hinweis- und 10 Orientierungsnummerntafeln erhoben, bestellt, geliefert und montiert. Weiters wurden 2.991 Reparaturen durchgeführt und 231 Straßenbenennungstafeln gereinigt. Über Auftrag der MA 7 — Altstadterhaltung wurden für den 1. und 19. Bezirk 106 historisch nachgebildete Straßenbenennungstafeln bestellt.

Das Vergabereferat ist die kaufmännische Schaltstelle der Abteilung. So wurden neue Bezugsquellen

gesucht und ein größtmöglicher Bieterkreis, der Preisvorteile bringt, angesprochen. 1992 wurden 94 Ausschreibungen durchgeführt. Schwerpunkt war die Vergabe der städtischen Problemstoffsammlung, die Neuvergabe der Altpapiersammlung einiger Bezirke und der Muldentransporte. Die restlichen Ausschreibungen deckten den weitgestreuten Bedarf der Abteilung an Reifen, Kehrbürsten, Säcken für die Altkleidersammlung, Treibstoffen, die Problemstoffentsorgung, Kühlschranksorgung, winterliche Friedhofsbetreuung für die MA 43 usw. Insgesamt wurden 3.474 Bestellungen für Lagerwaren von der Abteilung direkt sowie 200 über die MA 54 getätigt. Es handelte sich hauptsächlich um Kfz-Ersatzteile, Reifen, Schneeketten, Treibstoffe und Schmiermittel, Frostschutz, Batterien, asbestfreie Bremsbeläge usw. Es wurden Preisvergleiche durchgeführt, die Leistungen und Lieferungen kontrolliert und die Rechnungen geprüft.

Weiters wurde nach Abnehmern von Altstoffen, da bei den meisten Produkten in einem geschlossenen Markt agiert wird, gesucht. Die Altpapierabnahme erscheint für die kommenden Jahre gesichert, beim Haushalts- und Fahrzeugschrott verschlechterte sich die Situation, da der internationale Schrottpreis verfällt. Im Mistzelt der Abteilung wird eine zentrale Produktvermarktung durchgeführt, d.h. Altstoffe wie Autobatterien, Aludosen, Energiehackgut, PE-Folien, Kompost, Styropor, Haushaltsschrott, Wellpappeabfälle, Kühlschränke usw. werden an die jeweiligen Höchstbieter verkauft und darüber aktuelle Preislisten erstellt.

Gemeinsam mit der Betriebsabteilung — Technik wurden dreimal jährlich Fahrzeuge sowie Maschinen und Geräte skartiert. Um den Verkauf zu fördern, wurde die Interessentenkartei erweitert, die mehr als 1.000 Abnehmer beinhaltet sowie 200 Gemeinden und 320 Fachbetriebe. Im Rahmen der Preisprüfungskommission wurden insgesamt 146 Freihandvergaben und Nachtragsangebote auf Preisangemessenheit geprüft.

Im Informationsreferat wurde das als Anlaufstelle für Anregungen und Beschwerden 1988 geschaffene Misttelefon 1992 von 49.980 Anrufern in Anspruch genommen, womit wiederum eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen war. Während der Wintermonate dient das Misttelefon als Schneetelefon unter anderem für die Rückmeldung der über Funk alarmierten privaten Fuhrwerker. Außerdem ist das Schneetelefon eine jahrelang bewährte Anlaufstelle für Beschwerden der Wiener Bevölkerung.

Aus aktuellen fach- und abteilungsspezifischen Artikeln der Tages- und Wochenzeitungen wird laufend ein Pressespiegel erstellt. Zusätzlich werden Dreh- und Fotogenehmigungen besorgt und Interviews arrangiert. Die hausinterne Fotodokumentation wurde ausgeweitet.

In der Zeitung „Unser Wien“ wurden zwei Sonderbeilagen zu den Themen „Getrennte Sammlung“ und „Winterdienst“ produziert. Ferner wurden zu den Themen Biotonne, Mobile Mistplätze und Christbaumsammlung Inseratenkampagnen durchgeführt. Hervorzuheben ist hier die „Stanitzlkampagne“ (Abgabe von kompostierbarem Material in Zeitungspapier) in den Sommermonaten.

Für die Textilsammlung im Rahmen der mobilen Mistplätze wurden 2 x 1.000.000 Stück Sammelsäcke beschafft. An Informationsbroschüren wurde der Folder „Mist im Griff“ überarbeitet und in 11 Sprachen mit 120.000 Exemplaren neu aufgelegt. Ein neuer Folder zur richtigen Anwendung von Kompost wurde erstellt, die Broschüre „Das Wiener Abfallwirtschaftskonzept“ von 1988 überarbeitet und aktualisiert. Weiters wurden der Leistungsbericht der Müllabfuhr gedruckt sowie das Biotonnen-Flugblatt nachbestellt.

Erstmals wurden kostenlose Rundfahrten für Schulen durch Abfallbehandlungseinrichtungen der Abteilung durchgeführt. Die Fahrten führten über die Abfallbehandlungsanlage zur Deponie Rautenweg und dann zum Kompostwerk Lobau; eine Fahrt dauerte rund 5 Stunden. Als Einführung hielten die begleitenden Abfallberater eine Einführungsschulstunde ab. Von März bis Juni und von Oktober bis Dezember erfolgten 307 Fahrten mit 11.990 Schülerinnen und Schülern. Mit der Durchführung des 3. Wiener Abfallwirtschaftskongresses und eines Zukunftssymposiums im Rahmen der Umweltmesse UTEC-ABSORGA im Oktober 1992 wurde vom Info-Referat ein privates Organisationsunternehmen beauftragt und betreut. In Rahmen der UTEC-ABSORGA im Wiener Messegelände hatte das Info-Referat einen rund 500 m² großen Teil der Ausstellungsfläche der Stadt Wien in fachlicher und organisatorischer Hinsicht zu betreuen.

Die Beratungstätigkeit außer Haus und am Misttelefon wird zum größten Teil von sogenannten Abfallberatern wahrgenommen. Das sind Studenten, die auf Werkvertrag bzw. Teilzeitvertrag über eine dritte Firma beschäftigt werden und für ihre Qualifikation einen einwöchigen Kurs besuchen müssen. Im Juli 1992 wurde mit großem Erfolg ein solcher Kurs durchgeführt, so daß anschließend 35 Abfallberater zur Verfügung standen. Neben Bezirksfesten, Veranstaltungen von Kinderfreunden, Gebietsbetreuungen usw. wurde auch das Donauinsselfest wieder mit einem rollenden Info-Stand (umgebauter City-Bus) besucht. Daneben betreuten die Abfallberater Gemeinschaftskompostieranlagen in Wien (derzeit 60), führten Schulprojekte und Beratungen bei Gewerbebetrieben durch und besetzten täglich das Misttelefon. Insgesamt wurden 911 Außentermine wahrgenommen und 8.551 Stunden geleistet. Über telefonische Anforderung wurden Informationsmaterial verschickt und zusätzlich Anfragen von Bezirksvertretungen und anderen offiziellen Stellen behandelt. Der „Bundesweite Arbeitskreis für Umweltbewußtes Management“ B.A.U.M. betreute über Auftrag der Abteilung Wiener Gewerbebetriebe bei der Umsetzung umweltbewußter Projekte. Der Verein für ökologische Wirtschaftsforschung erstellte ebenfalls über Auftrag der Abteilung eine Broschüre zum Thema „Abfallkonzept für Betriebe“.

In der Betriebsabteilung Personal-, Verwaltungs- und Rechtsangelegenheiten war eine der

wesentlichsten Aufgaben, die seit längerer Zeit fällige Aufstockung der Lenkerdienstposten für den Winterdienst sowie dadurch auch eine Reduzierung von Aufträgen an private Firmen während der übrigen Zeit durchzuführen. Mit Hilfe der Kollegen der ADV wurde ein Suchkarteiprogramm entwickelt und binnen kurzer Zeit 23.346 ehemalige und derzeit aktive Mitarbeiter von den Bediensteten der Personalstelle mit der genauen Zeit der Beschäftigung in der Abteilung auf Abruf gespeichert, um damit Anfragen sofort beantworten zu können. Die Dienstbeiträge sind somit ab etwa 1940 gespeichert. Weiters wurden 1992 wieder Dienstposten aufgewertet, unter anderem in der Abschleppgruppe. Für die flächendeckende Aufstellung der Biotonne sowie die Erweiterung der getrennten Müllsammlung und die Inbetriebnahme des Kompostwerkes Lobau wurden neue Dienstposten geschaffen.

Mit 31. Dezember 1992 waren 2.903 Dienstposten einschließlich der genehmigten Überstände systemisiert. Die Anzahl der Saisonarbeiter betrug 222.

Die Kraftfahrzeuge der Stadtverwaltung, die in versicherungsrechtlichen und technischen Belangen durch die Abteilung betreut werden, waren im Jahr 1992 an 1.605 Schadensfällen beteiligt, von denen 1.051 die Abteilung betrafen. Insgesamt konnten 930 Fälle abgeschlossen und an Schadenersatzforderungen von den Haltern der gegnerischen Kraftfahrzeuge oder deren Haftpflichtversicherungen 3,271.829 S hereingebracht werden. Für die Beschädigung von Betriebseinrichtungen (Müllgefäße, Sanddächer, Papierkörbe usw.) durch Fremde wurden in 734 Fällen insgesamt 537.122 S einbringlich gemacht.

1992 wurden von der Abschleppgruppe 31.607 verkehrsbeeinträchtigend abgestellte Fahrzeuge mit Kennzeichen gemäß § 89a StVO 1960 kostenpflichtig entfernt und 398 Ortsveränderungen durchgeführt. Die Abschleppgruppe wurde 52.529mal zur Entfernung von Fahrzeugen angefordert, was bedeutet, daß ebenso viele Adressen mit Kommandofahrzeugen oder LKW angefahren werden mußten. Dabei waren u.a. 11.235 (1991: 10.417, das ist eine Steigerung von 7,85 %) Fahrzeuge ohne Kennzeichen von öffentlichen Verkehrsflächen zu entfernen. Darin enthalten sind 6.879 (1991: 5.601) Entfernungen auf Grund von Verzichtserklärungen (Wracks). Trotz des eklatanten Preisverfalls für Schrott konnten durch die Veräußerung (Verkauf über Dorotheum oder Verschrottung) der ohne Kennzeichen entfernten Fahrzeuge oder Wracks Einnahmen in der Höhe von rund 4,1 Millionen Schilling erzielt werden.

Für die Abschleppung von Fahrzeugen mit und ohne Kennzeichen gemäß § 89a StVO waren 3 Abschleppfahrzeuge der Abteilung und 18 Fahrzeuge von Privatfirmen kontinuierlich eingesetzt. Für die Wrackabschleppung (Verzichte und Hülsen ohne Verzichtserklärung) waren je nach Bedarf 2 bis 4 Kranfahrzeuge im Einsatz. Zur Entlastung der derzeitigen Verwahrstelle wurde bis zur Übersiedlung in die in Errichtung befindliche Verwahrstelle Simmering ein Grundstück in 22, Stadlauer Straße 54, gegenüber angemietet und als provisorische Verwahrstelle Stadlau eingerichtet. Von der Inbetriebnahme Mitte Oktober 1992 bis Jahresende wurden 543 Fahrzeuge ohne Kennzeichen aus den Bezirken 2, 19, 20, 21 und 22 dorthin verbracht. Im Sommer 1992 wurde mit der Errichtung der neuen Kfz-Verwahrstelle im Bereich der Autobahnabfahrt Simmeringer Haide begonnen. Am 17. Dezember 1992 war für den Hochbau Gleichener. Durch den bislang raschen Baufortschritt ist die Einhaltung des vorgesehenen Übersiedlungstermins 1994 wahrscheinlich.

In der Zentrale der Betriebsabteilung Technik und Fuhrpark wird seit Herbst 1992 für dieselbetriebene Fahrzeuge nur noch schadstoffarmer (Schwefelgehalt 0,05 %) Treibstoff verwendet. Für weitere Versuche zur Verringerung der Abgasschadstoffe wurden Fahrzeuge mit Lufteinblasung und Oxydationskatalysator ausgerüstet. Sieben im Winter nicht benötigte Müllfahrzeuge der Biotonnensammlung wurden für den Winterdienst ausgerüstet. Hiefür wurden spezielle Streugeräte entwickelt. Diese Fahrzeuge haben sich bei den bisherigen Einsätzen bestens bewährt. Zur Optimierung der Lärmdämmung bei Glasmüllwagen wurden Versuche durchgeführt. Um für chemische Unkrautvernichtungsmittel einen Ersatz zu finden, wurden Versuche mit Unkrautbürsten auf Rasent durchgeführt.

Die Betriebsabteilung Technik schaffte für die Abteilung 7 Drehtrommel-Bio-Müllwagen, 3 Preßmüllwagen à 20 m³, 9 Preßmüllwagen à 14 m³, 1 Papierkorbsammler, 1 Multilift-Transport-LKW, 5 Sattelzugfahrzeuge, 3 Sattelanhänger, 1 Mobilbüroanhänger, 1 3-Seitkipp-Anhänger, 1 33-t-3achs-3seit-Kipper, 1 mittlere Kehrmaschine, 2 kleine Kehrmaschinen, 5 Wildkrautbürsten, weiters 1 Miniraupenbagger, 8 Radlader, 2 Traktoren, 5 Reformmuli mit Anbaustreuer und Schneepflügen, 2 Reformmuli mit Schneeladeaufbau, 11 LKW der 1-Tonnen-Klasse, 6 Winterdienst-Allrad-LKW, 15 PKW und Kombi, 1 Walzenzug, 24 LKW-Schneepflüge, teilweise mit Elektrokompaktanlage, 32 Anbaustreuer, 30 Streuanhänger, 6 Unimog einschließlich Schneepflug und Anbaustreuer, 6 Straßenwaschaufbauten für Unimog, 1 Kleintraktor mit Anhänger, 6 Laubsauger, 3 Laubbläser, 5 Shredder, 7 Mobilsprechfunkgeräte, 11 Personenrufempfänger, 5 Funktelefone, 3 Schnurlostelefone, 2 Fax-Geräte (Zentrale Abschleppgruppe), 1 Telefon-Freisprecheinrichtung (Zentrale), 1 Sprachserver für Hicom 300 (Zentrale), 1 Zentraluhr (Garage 17), 1 Fernsehantenne (Garage 17), 2 Rufanlagen (Garage 17 und Hauptwerkstätte), 1 kombinierte Telefon- und Rufanlage (Garage 20), 1 Telefon-Anlagen-Erweiterung (ABA), 1 Brandmeldeanlage (ABA), 1 Maschinenüberwachungsanlage (ABA), 1 Videoüberwachungsanlage (Wiegehaus ABA), 1 Telefon-Nebenstellenanlage (Deponie Rautenweg) und 1 Gegensprechanlage (Deponie Rautenweg) an. Insgesamt wurden für diverse Gebühren, Reparaturen und Neuanschaffungen rund 400 Rechnungen bearbeitet.

Für die MA 34 wurden wegen unwirtschaftlicher Reparaturen zur Skartierung 2 Rufanlagen in der Garage 5 und 17, 2 Speichergeräte, 1 Netzgerät, 2 Schnurlostelefone, 1 Funktelefon, 4 Mobilsprechfunkgeräte, 2 Personrufempfänger und 4 Mikrofone ausgeschrieben.

Durch die Zentrale erfolgten rund 410 An- und Abmeldungen von Kfz, Motorrädern, Mopeds und Anhängern bei der Bundespolizeidirektion Wien (Verkehrsamt) für den gesamten Magistrat, ausgenommen die MA 68. Weiters wurden von etwa 230 Garnituren Kennzeichen bestellt, verwaltet und deren Verrechnung über die Hauptwerkstätte vorgenommen. Bei den Neuanmeldungen im zuständigen Finanzamt wurden die Pauschal Karten beantragt. Zur Befreiung von der Kfz-Steuer für 232 im Winterdienst eingesetzte Fahrzeuge wurden Ansuchen gestellt, 41 Fahrzeuge während der Sommermonate (Kinderbus, Unimog) versicherungsmäßig abgemeldet.

Bei der zuständigen Behörde wurden zur Genehmigung 144 Kraftfahrzeuge, die einer Neugenehmigung bedurften bzw. an denen kraftfahrrechtliche Veränderungen vorgenommen wurden, vorgeführt, Wiegekarten, Fotos, die technische Beschreibung und Gutachten von den jeweiligen Fahrzeugen bestellt. Bei der MA 46 wurden um Routengenehmigung gemäß § 40 (3) KFG für 100 Fahrzeuge des Winterdienstes, 4 Fahrzeuge für Schwertransporte und 2 Fahrzeuge mit Überhöhe und Überbreite Ansuchen gestellt. Von der Betriebsabteilung wurden insgesamt bei 17 Skartierungsverhandlungen 446 Fahrzeuge und Geräte sowie 140 Straßenbenennungstafeln skartiert. Davon wurden 19 Fahrzeuge für internationale Hilfsmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Für die zum Verkauf angebotenen Fahrzeuge und Geräte wurde ein Erlös von 4,822.202 S erzielt.

In der Abteilung waren insgesamt 590 Mobilfunkgeräte, 39 Handfunkgeräte sowie die stationären Anlagen der Zentrale am Matzleinsdorfer Hochhaus, auf den Deponien Schafflerhof, Gerasdorf und Rautenweg, die Notfunkanlage in der Zentrale und eine stationäre Personenrufanlage der Abfallbehandlungsanlage mit 15 Personrufempfängern vorhanden. Bei allen diesen Geräten ist es notwendig, den nötigen Ein- bzw. Ausbau bei den diversen Fahrzeugen der Abteilung sowie bei 19 Kontrahenten des Winterdienstes und 20 Kontrahenten der Abschleppgruppe zu veranlassen. Bei etwaigen Ausfällen wird die Reparatur bei den verschiedenen Privatfirmen veranlaßt. Über die MA 34 wird auch jede Veränderung im Funkverkehr bei der zuständigen Behörde veranlaßt. Weiters standen 280 Personrufempfänger in Verwendung. Es wurden rund 120 Personrufempfänger jährlich an die privaten Winterdienst-Kontrahenten ausgeteilt und wieder eingesammelt. Reparaturen wurden über die MA 34 für die gesamte Telefonanlage in der Zentrale der Abteilung einschließlich 160 Klappen sowie für sämtliche Einzelanschlüsse der Straßenreinigungsdepos (107 Anschlüsse), die Anlage der Abfallbehandlungsanlage einschließlich 25 Klappen, die Abschleppgruppe (17 Klappen), Deponie Rautenweg mit 2 Anschlüssen und 6 Nebenstellen, Müllgefäßreparaturwerkstätte, Garage 5, Garage 17 (13 Klappen), Garage 20 (11 Klappen) und Hauptwerkstätte (18 Klappen) veranlaßt. Die Abteilung hatte schließlich 47 Funktelefone und 18 Schnurlostelefone in Verwendung.

Für Fremdbteilungen bestellte die Fahrzeugleitstelle 2.432 private Fahrzeuge für Fuhrleistungen. 1.312 Fahrzeuge der Abteilung waren für Fremdbteilungen eingesetzt. Die Abteilung beschäftigte im Laufe des Jahres über Beauftragung durch die Technik — Fahrzeugleitstelle für die Müllbeseitigung und Straßenreinigung 718 Kranwagen, 2.364 Kipper, 119 Kehrmaschinen, 1.423 Waschmaschinen, 1.102 Sauge-LKW, 4.032 Multilift-Transporter, 4.800 Abschlepp-LKW und 95 Bob-Cat von privaten Unternehmungen. An eigenen Fahrzeugen waren 205 Kranwagen, 1.890 Kipper, 7.152 Kehrmaschinen, 2.135 Waschmaschinen, 1.242 Schlammsauger und 1.440 Abschleppwagen für die Müllbeseitigung und Straßenreinigung eingesetzt. Für den Schlackenbetontransport von der Mischanlage der Abfallbehandlungsanlage zur Planierung Rautenweg wurden 1.340 Sattelzugfahrzeuge der Abteilung eingesetzt. Weiters wurden 1.020 Sattelzugfahrzeuge für den Transport von Kompost von der Abfallbehandlungsanlage zur Kompostieranlage eingesetzt. 3 Spezialbusse beförderten täglich 48 körperbehinderte Schüler von und zur Schule bzw. bei Sonderfahrten. Zusätzlich wurden Rechnungen für den Transport von täglich 597 Kindern überprüft. Gemeinsam mit dem Dezernat 4 der Stadtbauverwaltung wurden die Verhandlungen über „Tariferhöhungen 1992“ im Güterbeförderungsgewerbe durchgeführt. Von der Betriebsstelle erfolgte die Bestellung und Kontoführung für die von der MD-VO zusätzlich benötigten PKW für Gäste der Stadt Wien. Die Fahrzeugleitstelle organisierte für das Donauintersfest, für die mobilen Mistplätze an allen Sonntagen im April und Oktober, für die Jugoslawienhilfe, für die Reinigung der Donauinsel nach dem Hochwasser alle dafür notwendigen gemeindeeigenen Fahrzeuge und die Fahrzeuge von privaten Firmen. Weiters wurden für die Ausstellung von Kommunalfahrzeugen am Messegelände im Oktober sämtliche Transporte organisiert. Die Fahrzeugleitstelle hat für den gesamten Magistrat die monatlichen Verkehrssteuerabrechnungen sowie die Jahresabrechnung durchgeführt. 135 Lenkererhebungen und Anonymverfügungen sowie 137 Sondereinsätze wurden organisiert bzw. durchgeführt und die Kostenermittlung zusammengestellt. Für 727 Bedienstete erfolgte eine Schirmbildreihenuntersuchung über aktive Lungentuberkulose. Bei der österreichischen Staubbekämpfungsstelle wurden 4 Personen 2mal jährlich auf Blei, Toluol, Xylol untersucht. 142 Bedienstete bzw. Stellungs werber, die derzeit die Lenkerberechtigung der Gruppe C und B besitzen, mußten hinsichtlich ihrer Fahrtüchtigkeit auf LKW bzw. Kleinfahrzeuge überprüft werden. In 3 Fahrschulen erfolgte die Ausbildung von 45 Bediensteten der Abteilung, 6 Bediensteten der MA 17, 1 Bediensteten des Bürgerdienstes, sowie die Überprüfung

und Ausfertigung der Rechnungen. Am Brückenkran wurden 4 Bedienstete der Abfallbehandlungsanlage ausgebildet. Für 22 Bedienstete der Abteilung sowie 3 Bedienstete der MA 42 wurde ein Staplerkurs organisiert, durchgeführt und verrechnet.

Die Hauptwerkstätte erbrachte 1.695 Reparaturen an abteilungseigenen Fahrzeugen, 106 Reparaturen an abteilungsfremden Fahrzeugen, 851 Stückreparaturen, in 1.212 Fälle den An- oder Abbau von Schneepflügen, Streuanhängern, Auf- bzw. Anbaustreuern und Schneefräsen, 800 Reparaturen von Schneepflügen, Streuanhängern, Auf- bzw. Anbaustreuern und Schneefräsen, 11 Schneepfluganbauplatten, 2 Einbauten von Streuerfernsteuerungen, 1.727 Fahrzeugüberprüfungen gemäß § 55 (1)/57/1/1 KFG, 1.132 Nachüberprüfungen, Durchsichten, Tachographenüberprüfungen und 189 Fahrzeugneuübernahmen.

Für die Betriebsabteilung Technik wurden 89 Standheizungen in Winterdienstfahrzeuge eingebaut, 7 Müllwagen auf Biomüllwagen umgebaut (Änderung der Hydraulikanlage), 3 angekaufte Betonmischer für Rautenweg generalrepariert und 1 angekaufter Büffel mit Pflug, Streuer und Waschaufbau für das eigene Fahrzeugmuseum komplett überholt. Für die Straßenreinigung wurden 2 Schnee- und -entladungswagen (Muli) fertiggestellt sowie 130 Handkarren und 65 Arbeitsmaschinen und -geräte repariert, 579 Blinkerlampen für Permanenzdienst komplettiert, repariert und signiert und 123 Verkehrszeichen für Permanenzdienst komplettiert.

In den drei Großgaragen 5, 17 und 20 waren mit Dezember 1992 273 Müllwagen, 16 Glassammelfahrzeuge, 6 Spitalmüllfahrzeuge, 10 Sattelzüge, 13 Multilift-Transportfahrzeuge, 30 Planier- und Ladegeräte, 39 Fahrzeuge und Geräte der Abfallbehandlungsanlage, 17 Radlader und Gabelstapler, 2 Regiewagen, 7 Kübel-tauschfahrzeuge, 3 Toilettenanhänger, 2 Toilettencontainer, 2 Tiefladeanhänger, 18 diverse Anhänger, 65 Kehrmaschinen und Traktoren mit Kehranhängern, 7 Spezialfahrzeuge, 7 Museumsfahrzeuge, 70 PKW-, Kombi- und Kastenwagen, 7 LKW für Wechselaufbau, 5 Trinkwasseraufbauten, 29 Kehraufbauten und Anhänger, 10 Traktoren und 18 Papierkorbsammler stationiert bzw. in Wartung. Diese Fahrzeuge und Geräte benötigten an Betriebsmitteln 3.522.937 l Dieselkraftstoff, 39.725 l Vergasertriebstoff, 46.933 l Motoröl, 5.640 l Getriebeöl, 15.968 l Hydrauliköl, 3.865 l Kühlerfrostschutzmittel, 1.292 l Bremsfrostschutzmittel, 379 l Bremsflüssigkeit, 6.410 kg Abschmierfett, 3.880 l Petroleum und 61 l Dieselzusatz. Die Leistung der Fahrzeuge und Maschinen (Unternehmerbereich) betrug 1992 5.609.870 km und zusätzlich 49.503 Betriebsstunden. Bei einigen Fahrzeugen und Maschinengruppen wurde die Leistungserfassung von Kilometer auf Betriebsstunden umgestellt. Bedingt durch diese Änderung der Leistungsdaten bei einigen Fahrzeuggruppen ist eine Berechnung der Differenz zum Vorjahr in Prozenten nicht aussagefähig. Weiters waren in den drei Großgaragen mit Dezember 1992 (5, 17 und 20) Fahrzeuge und Geräte der Straßenreinigung stationiert bzw. diese für die Wartung zugeteilt, und zwar 70 LKW mit Schneepflugeinrichtungen, 42 Unimogs mit Schneeräumgeräten, 1 Vorbauesen (Anbaugerät für Unimog), 14 Waschmaschinen, 4 Waschaufbauten (werden im Sommer auf WD-LKW aufgebaut), 9 Schlamm-sauger, 26 Radlader, Gabelstapler und Traktoren, 3 Autobusse zur Beförderung körperbehinderter Kinder, 96 Kleinfahrzeuge (Reformmuli, Multicar, Eurocar), 30 LKW bis 1 t Nutzlast, 242 Streuanhänger, 549 Schneepflüge, 35 Eisbrecher und Schneefräsen, 238 Aufbaustreugeräte, 13 Spezialabschleppanhänger für Multicar, 4 LKW für Fahrzeugabschleppung und 50 PKW-Kombi-Kastenwagen. Die Leistung der Fahrzeuge und Maschinen der Straßenreinigung (Hoheitsbereich) betrug 2.098.309 km und zusätzlich 84.553 Betriebsstunden. Die Fahrzeuge der Straßenreinigung benötigten insgesamt 711.115 l Dieseltreibstoff, 37.697 l Vergasertriebstoff, 13.716 l Motoröl, 2.527 l Getriebeöl, 3.896 l Hydrauliköl, 1.930 l Kühlerfrostschutzmittel, 408 l Bremsflüssigkeit und 172 kg Abschmierfette. Von den Garagen wurden ferner 2.185 Sondereinsätze (Trinkwassereinsätze, Hilfeleistungen für Feuerwehrein-sätze, Beseitigung von Straßenverunreinigungen) geleistet. Es wurden Versuchsfahrten mit einem Fahrzeug zur praktischen Erprobung der präventiven Aufbringung einer Feuchtsalz-Lösung gefahren.

Der Fahrzeugstand des Dienstkraftwagenbetriebes betrug mit Dezember 1992 99 Personenkraftwagen (davon 21 an andere Magistratsabteilungen verliehen), 23 Busse und Kombi (davon 6 an andere Dienststellen verliehen) sowie 2 Büroanhänger (beim mobilen Bürgerdienst eingesetzt). Diese Fahrzeuge legten im Jahr 1992 (ausgenommen die verliehenen Fahrzeuge) 1.327.833 km zurück. Dies ergibt gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 5,09 Prozent. Diese Fahrzeuge benötigten an Betriebsmitteln 13.013 l Dieseltreibstoff, 150.028 l Vergasertriebstoff, 1.927 l Motoröl, 85 l Getriebeöl, 167 l Kühlerfrostschutzmittel und 58 l Bremsflüssigkeit.

Die Abteilung schaffte für 27 andere Magistratsabteilungen, nach vorhergehender Beratung, 500 Fahrzeuge, Maschinen und Geräte an. Für den Ankauf dieser Fahrzeuge und Geräte wurden rund 64 Millionen Schilling an Budgetmitteln aufgewendet. Jedes einzelne Fahrzeug wurde durch das Fremdbeteiligungsreferat bei dessen Lieferung auf seine Funktion und Vollständigkeit überprüft und zugleich datenmäßig für die Fahrzeugtafel der Abteilung erfaßt. Analog zur Anzahl von Neuanschaffungen an Fahrzeugen, Maschinen und Geräten wurden die der Skartierung zugeführten Altgeräte jeweils vorher vom Referat einer entsprechenden Besichtigung unterzogen und zur Ausscheidung freigegeben. Weiters war das Referat mit der Begutachtung von insgesamt rund 200 Schäden an abgeschleppten Fahrzeugen, an verunfallten Fahrzeugen der zu betreuenden 27 Magistratsdienststellen und der mobilen Krankenschwestern sowie mit der Reparaturüberwachung dieser Fahrzeuge, der Rechnungsprüfung und der Weiterleitung an die Versicherung befaßt. Für etwa 1.000 Fahrzeuge von Fremd-

abteilungen wurde die Einteilung zur § 55/57 KFG-Überprüfung in der Prüfstelle der Abteilung getroffen und deren Durchführung sowie Mängelbehebung überwacht.

In der Betriebsabteilung Müllbeseitigung und getrennte Sammlung werden Abfälle (Müll und Altstoffe) entweder aus kommunalen Einrichtungen selbst oder in deren Auftrag in Wien gesammelt und in kommunalen Anlagen in Wien behandelt. Dies betrifft sowohl Mengen aus privaten Haushalten als auch aus Gewerbe, Industrie und öffentliche Einrichtungen.

Die Sammelleistung der Abteilung betrug 1992 713.134 t gegenüber 696.291 t im Jahr 1991 und lag damit um 2,4 Prozent über dem Vorjahr. Die Steigerung lag ausschließlich im Bereich der getrennt gesammelten Altstoffe mit 191.551 t bzw. + 26,7 Prozent (1991: 151.163 t), während die gesammelte Müllmenge mit 521.584 t (1991: 545.128 t) sogar um 4,3 Prozent sank. Berücksichtigt man auch die direkten Anlieferungen zu den kommunalen Abfallbehandlungsanlagen, zeigt sich, daß das Müllaufkommen mit 587.436 t um 7 Prozent sank (1991: 629.921 t), während die Altstoffmenge im Jahr 1992 auf 207.087 t (1991: 167.139 t) zunahm. Das Abfallaufkommen (Müll und Altstoffe) blieb unter Einbeziehung dieser Mengen erstmals mit 794.523 t (1991: 797.060 t) nahezu konstant. Davon konnten durch getrennte Erfassung (207.087 t) und nachträgliche Aussortierung (13.080 t) insgesamt 220.168 t, d.s. rund 27,7 Prozent, verwertet bzw. behandelt werden.

Herkunft der Müll- und Altstoffmenge	Müll (t)	Alt- und Problemstoffe (t)
Systemmüllsammlung (120-l- bis 4.400-l-Behälter)	462.014	
Muldenabfuhr (9-m ³ -, 24-m ³ -Container)		
Gewerbemüll, Marktabfälle usw.	28.688	
Rest- und Sperrmüll von Mistplätzen	17.610	
Bauschutt von Mistplätzen		22.634
Sperrmüllsammlung (LKW-Abfuhr)	4.724	626
Spitalmüll-Abfuhr	8.548	
Getrennte Altstoffsammlung		112.286
Altstoffsammlung auf Mistplätzen		11.122
Sonstige Altstoffe		157
Kompostmaterial Biotonne		34.991
Kompostmaterial von Mistplätzen		6.141
Sonstiges Kompostmaterial		2.277
Problemstoffsammlung		1.317
Zwischensumme I — Sammlung	521.584	191.551
Sammelleistung der Abteilung		713.135 t
Fremdanlieferungen zur ABA — Müll	2.985	
Fremdanlieferungen zur ABA — Altstoffe		8.931
Fremdanlieferungen zur ABA — Kompost		4.531
Fremdanlieferungen zur ABA — Problemstoffe		41
Fremdanlieferungen zur MVA I	5.104	
Fremdanlieferungen zur Deponie	57.763	
ARE — Altstoffe		2.033
Zwischensumme II — Anlieferung	587.436	207.087
Summe Müll und Altstoffe		794.523 t
MA 48 — Straßenreinigung	39.974	
MA 48 — Kfz-Wracks		7.677
Reststoffe aus privaten Verwertungsanlagen	11.232	
Sandfangmaterial	19.842	
Bauschutt und Aushub	362.961	
Asche und Schlacke	145.943	
Zuschlagstoffe	63.696	
Inertes für Deponiebau	52.034	

Art der Behandlung	1991		1992	
	(t)	(%)	(t)	(%)
Müllverbrennungsanlage I	84.719	10,6	135.356	17,0
Müllverbrennungsanlage II	256.353	32,2	263.194	33,1
EBS	—	—	—	—
Abfallbehandlungsanlage	5.560	0,7	3.242	0,4
Deponie Rautenweg	283.289	35,5	185.644	23,4
Summe Müllbehandlung	629.921	79,0	587.436	73,9
Altstoffverwertung (direkt)	76.148	9,6	80.648	10,2
Altstoffverwertung (über ABA)	44.509	5,6	54.496	6,9
Altstoff und Kompost ohne Verwertung	—	—	—	—
Kompostierung (ABA)	24.822	3,1	47.950	6,0
Problemstoffverwertung	628	0,1	553	0,1
Problemstoffbehandlung	1.042	0,1	806	0,1
Bauschutt-MP	19.990	2,5	22.634	2,8
Alt- und Problemstoffbehandlung	167.139	21,0	207.087	26,1
Summe	797.060	100,0	794.523	100,0

Das Gesamtaufkommen an Müll und Altstoffen von 794.523 t wurde zu 50,2 Prozent in der Müllverbrennungsanlage I — Flötzersteig und in der Müllverbrennungsanlage II — Spittelau verbrannt. Der geringere Teil von 23,4 Prozent (Müll) wurde auf der Deponie Rautenweg geordnet abgelagert. Im Jahr zuvor betrug der direkt deponierte Anteil noch 35,5 Prozent. Ein kleiner Teil von 0,4 Prozent gelangte in die Abfallbehandlungsanlage ABA am Rautenweg, 26,1 Prozent wurden als Altstoffe verwertet, kompostiert oder der Problemstoffentsorgung zugeführt.

Mit der Systemmüllabfuhr in 120-l- bis 4.400-l-Behältern wurden 462.014 t gesammelt (1991: 468.806 t). Daraus ergibt sich eine spezifische Systemmüllmenge für Wien von 290,3 kg/Einwohner und Jahr oder ein Rückgang des Pro-Kopf-Aufkommens um 0,3 Prozent im Vergleich zu 1991 (1991: 299,7 kg/Einwohner und Jahr).

Folgende Schüttungssysteme waren im Einsatz:

Behälterart	Anteil am Müllvolumen		Anzahl der Sammelfahrzeuge		Anzahl der Müllaufleger	
	1991	1992	1991	1992	1991	1992
	in %		abs.		abs.	
120/240 l — 2 Mann	7,5	7,4	23	23	46	46
120/240 l — 5 Mann	21,3	21,1	46	46	230	230
770/1100 l	57,2	56,1	95	96	190	192
2200/4400 l	14,0	15,4	16	17	32	34
Summe	100,0	100,0	180	182	498	502

Insgesamt wurden durch die getrennte Altstoffsammlung der Abteilung 112.286 t Altstoffe (Altpapier, Altglas, Altmetalle usw.) und 34.991 t Kompostmaterial über die Biotonne getrennt gesammelt. Die Anzahl der Biotonnen-Sammelstrecken wurde ab Mai 1992 um 6 auf insgesamt 21 Strecken erhöht.

Art der Stoffe	Sammelmenge (t)		Änderung (%)
	1991	1992	
Altpapier/Pappe	73.591,7	82.990	+ 12,8
Altglas	21.957,8	24.178	+ 10,0
Alttextilien ¹⁾	214,7	—	—
Altmetalle und Getränkedosen	1.709,9	2.549	+ 49,1
Kunststoff-Folien	573,4	1.306	+ 27,8
Altholz	768,2	1.263	64,4
Zwischensumme	98.815,7	112.286	+ 13,6
Biotonne	10.521,7	34.991	+ 232,6
Summe	109.337,4	147.277	+ 34,7

¹⁾ 1992 wurden über die Mistplätze 434,4 t Alttextilien gesammelt.

Unter Einbeziehung der getrennt erfaßten Problemstoffe (1.391 t), der Altstoff- und Kompostmaterialanlieferungen über Mistplätze und Abfallbehandlungsanlage und der durch Magnetabscheidung nach der Müllverbrennung abgetrennten Eisenteile konnten insgesamt 220.168 t Alt- und Problemstoffe erfaßt werden.

Als Ergebnis der flächendeckenden Sammlung von Problemstoffen aus Haushalten an 55 Sammelstellen (Problemstoffsammelstellen und Mistplätze, Stand Dezember 1992), in Schulen, aus dem Handel und bei diversen lokalen Sammelaktionen konnten insgesamt 1.358 t Problemstoffe getrennt erfaßt werden. Weitere 33 t wurden in der Abfallbehandlungsanlage ABA und auf der Deponie Rautenweg aus dem angelieferten Müll aussortiert.

Sammelstellen für Problemstoffe	1991		1992	
	t	%	t	%
Problemstoffsammelstellen	418,7	24,5	391,03	28,1
Mistplätze	1.137,6	66,7	898,14	64,5
Mobile Mistplätze	37,7	2,2	12,53	0,9
Sonderaktionen	0,0	0,0	0,14	0,0
Apotheken (Altmedikamente direkt zur EBS)	14,5	0,9	14,83	1,1
Handel (Altbatterien direkt zur MA 48)	¹⁾ 24,3	1,4	0,00	0,0
Fremdanlieferungen	36,8	2,2	41,39	3,0
Zwischensumme	1.669,6	97,9	1.358,06	97,6
Aussortierung ABA	24,3	1,4	27,51	2,0
Aussortierung Deponie Rautenweg	11,7	0,7	5,84	0,4
Gesamtsumme	1.705,6	100,0	1.391,41	100,0

¹⁾ davon 20,07 Tonnen zu ABA/Z-PROSA und 4,3 t zu Lager Grinzing

Zusätzlich zur Entrümpelungsaktion gegen Bezahlung und als Annahmestellen für Sperrmüll, Alt- und Problemstoffe aus Haushalten stehen der Wiener Bevölkerung seit 1988 als weitere Serviceleistung der Abteilung 18 Mistplätze sowie die mobilen Mistplätze kostenlos zur Verfügung. Die 18 Mistplätze wurden von 1.060.827 Personen frequentiert (1991: 1.038.519). Insgesamt wurden auf den Mistplätzen 58.418 t Müll, Alt- und Problemstoffe aller Art gesammelt.

Im Rahmen des Wiener Abfallwirtschaftskonzeptes kommt der Abfallbehandlungsanlage im Mistzelt die Funktion der Behandlungsstelle für private und gewerbliche Abfälle und Altstoffe sowie die Funktion des Umschlagplatzes für getrennt gesammelte Alt- und Problemstoffe zu.

Im Jahr 1992 passierten 196.301 t (1991: 150.340 t) Altstoffanlieferungen sowie Privat- und Gewerbemüllanlieferungen die Eingangskontrolle des Mistzeltes. Davon wurden 90.868 t altstoffarme Gewerbeabfälle nach der Eingangskontrolle und Verwiegung zur Deponie Rautenweg verbracht. 106.432 t altstofffreie Abfallanlieferungen und Altstoffe wurden im Mistzelt einer Behandlung unterzogen. An Altstoffen und Kompostausgangsmaterial wurden 99.718 t, an Sonderabfällen 626 t — zusammen 94 Prozent des Inputs — einer Verwertung bzw. umweltkonformen Endbehandlung zugeführt. An Reststoffen wurden 2.726 t auf der Deponie Rautenweg geordnet abgelagert sowie 2.667 t den Müllverbrennungsanlagen zur thermischen Verwertung zugeführt.

Im Jahr 1992 wurden an nativ-organischen Abfällen insgesamt 47.950 t (1991: 24.822 t), darunter 6.141 t von den Mistplätzen, 34.030 t aus dem System Biotonne, 735 t durch den Häckseldienst, 2.513 t aus sonstigen im Auftrag der Abteilung erfolgten Anlieferungen und 4.531 t durch Fremdanlieferungen zur Kompostaufbereitungsanlage des Mistplatzes gebracht. Zur Erreichung eines optimalen Mischungsverhältnisses wurden 3.667 t saubere Althölzer und 681 t Getreidestroh den organischen Anlieferungen beigemischt. Nach Aufbereitung und Entfernung von 357 t Störstoffen gelangten 51.941 t zur Rottefläche in das Kompostwerk Lobau. Aufbereitetes organisches Material wird in Form eines naturnahen Rotteverfahrens unter Zugrundelegung der Verfahrensschritte Auf- und Umsetzen mittels Radlader, Bewässerung nach Bedarf und Absiebung mittels mobiler Siebanlage nach Erreichen des für die Pflanzenverträglichkeit erforderlichen Reifestadiums kompostiert. Die 51.941 t wurden ins Kompostwerk Lobau gefahren. Insgesamt wurden rund 10.850 t Reifkompost erzeugt. Davon wurden 6.650 t abgeseibt. 5.115 t Reifkompost wurde als biologischer Dünger auf stadteigene Felder aufgebracht. 194 t wurden an Private, 665 t über die Mistplätze an die Bevölkerung abgegeben und 5 t als Beimengung für Bio-Filterherstellung verwendet. Der Rest befindet sich noch auf Lager bzw. im Rotte- oder Reifestadium.

1992 wurden 36.689 Stück Kühlschränke an das Mistzelt geliefert. Von 7.362 Kühlaggregaten ohne FCKW im Isoliermaterial, die in der betriebseigenen Anlage einer Absaugung unterzogen wurden, wurden 202 kg gasför-

miges Kältemittel abgesaugt und in Druckgasflaschen gespeichert, um einer umweltkonformen Entsorgung bzw. Aufbereitung zugeführt zu werden. Nach erfolgter Absaugung wurden die Geräte dem Schrotthandel geliefert. 29.428 Kühlaggregate mit FCKW im Isoliermaterial wurden einer Fremdfirma zur Entsorgung übergeben.

Im Jahr 1992 wurden im Zuge der Eingangskontrolle auf den Deponien Rautenweg, Gerasdorf und Schafflerhof an 529 Proben aus Anlieferungen 12.560 Analysen durchgeführt. Für die Kompostierung wurden an 448 Kompostproben 759 Analysen durchgeführt. Für andere Bereiche der Abteilung wurden an 22 Proben 132 Analysen vorgenommen. 12.832 unsortierte Problemstoffe (22.200 kg) wurden in 33 Stoffgruppen sortiert. 1.606 Substanzen mußten im Labor identifiziert werden.

In die zentrale Problemstoffsammelstelle wurden 312.265 kg Starterbatterien, 58.207 kg Konsumbatterien, 157.668 kg Speiseöl, 502 kg Medikamente, 36.712 kg Leergebinde und 28.664 kg Leuchtstoffröhren (entspricht 130.385 Stk.) sowie 30.500 kg Sonderabfälle, die aus gewerblichen Anlieferungen im Mistzelt bzw. auf der Deponie Rautenweg aussortiert wurden, angeliefert, nachsortiert, zwischengelagert und einer umweltkonformen Entsorgung bzw. Verwertung zugeführt. 22.200 kg unsortierte Problemstoffe wurden in 12.832 Einzelgebinden übernommen und in 33 Stoffgruppen aufgeteilt. 1.606 Substanzen mußten hiebei im Labor identifiziert werden.

Mit der mobilen Behandlungsanlage für Verbrennungsrückstände wurden 18.262 t Schlacke und Asche aus der Müllverbrennungsanlage Spittelau mit 2.685 t Zement und 627 t Wasser versetzt, durchmischt und als Schlackenbeton zur Randwellschüttung auf der Deponie Rautenweg eingebaut.

Mit der stationären Behandlungsanlage wurden 41.151 t Schlacke und Asche aus der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig, 51.025 t aus der Müllverbrennungsanlage Spittelau, 31.927 t aus den Entsorgungsbetrieben Simmering, 563 t sonstige angelieferte Schlacke (insgesamt 124.666 t) mit 17.836 t Einkehrsplit und 12.430 t minderwertigem Schotter sowie mit 19.465 t Zement und 10.653 t Wasser versetzt, durchmischt und als Schlackenbeton zur Randwellschüttung auf der Deponie Rautenweg eingebaut.

1992 standen für Hausmüll, Bauschutt sowie Schlacke und Asche aus den Verbrennungsanlagen die Deponie Rautenweg (14 km vom Stadtzentrum), für Aushub die Deponie Schafflerhof (18 km vom Stadtzentrum) und für Aushub und Bauschutt die Deponie Gerasdorf (16 km vom Stadtzentrum) zur Verfügung. Die Gesamtmenge der deponierten Abfälle auf der Deponie Rautenweg ging um 34 Prozent gegenüber 1991 auf 559.233 t zurück (1991: 849.760 t). Durch die geänderte Betriebsführung der Deponie, d.h. Einbau von Schlackenbeton zur Randwellschüttung, ging auch die Anlieferung von Inertmaterial zurück. Inertmaterial wird somit nur mehr zur Zwischenabdeckung und Herstellung von Fahrwegen sowie Landschaftsbau (Begrünung der Randwalle) eingesetzt.

Die Rückstände der Verbrennungsanlagen (MVA I, MVA II, EBS) werden zu Schlackenbeton verarbeitet und zur Randwellschüttung eingesetzt. Dieser Beton aus Schlacke und Asche, gemischt mit Wasser und Zement, sowie Einkehrsplit und Betonzuschlagstoffen nach Bedarf, ermöglicht das Schütten von steileren Böschungen. Dadurch kann wertvolles Deponievolumen gewonnen werden.

Insgesamt wurden 7,329.905 m³ Gas bei 8.408 Betriebsstunden von der Entgasungsanlage aus dem Deponiekörper abgesaugt. Davon wurden 4,977.265 m³ Deponiegas über die Hochtemperaturfackel verbrannt und 2,352.640 m³ bei 7.352 Betriebsstunden mit dem Versuchsmotor in 3,930.456 kWh elektrischer Leistung in das Netz der Wiener Stadtwerke Elektrizitätswerke eingespeist.

Die fertiggestellten Randwalle werden laufend begrünt. Dies erfordert während der Sommermonate eine ständige Bewässerung. Hiefür stehen rund 3.000 lfm Bewässerungsrohre zur Verfügung. Zur Bewässerung wird Grundwasser aus dem Bereich innerhalb der Umschließung verwendet. Diese Maßnahme stellt einen Teil der Wasserhaltung der Umschließung dar und senkt die Betriebskosten für die Wasserhaltung der Deponie (Kanal-einleitungsgebühr). 1992 wurden aus dem Deponiekörper innerhalb der Umschließung 153.470 m³ (1991 98.300 m³) Grundwasser zur Bewässerung verwendet, so daß im Zuge der bescheidmäßigen Wasserhaltung der Umschließung nur mehr 111.999 m³ (1991: 77.114 m³) Grundwasser in den Kanal eingeleitet werden mußten.

In der Betriebsabteilung **Straßenreinigung und Winterdienst** gibt es 12 Kehrbezirke mit 65 Sektionen, die alle politischen Bezirke einbeziehen, und die Nachtschicht mit 2 Sektionen, der als 13. Kehrbezirk geführt wird. Im 1. Bezirk, der auf Grund der hohen Besucher- und Fußgeherfrequenz als eigener Kehrbezirk ausgewiesen wurde, ist zusätzlich zum Tagdienst, der um 14.30 Uhr endet, eine Nachmittagsschicht bis 19.00 Uhr eingerichtet. Die Nachtschicht, beginnend um 20.30 Uhr bis 05.00 Uhr früh, arbeitet vor allem im 1. Bezirk, in Marktgebieten sowie in Einkaufsstraßen. Die Umstellung von Kehrstrecken auf Kehrflächen ist abgeschlossen.

Im Rahmen der Dezentralisierung ist den Bezirksvorstehern ein Verfügungsrecht über Kapazitäten der Straßenreinigung eingeräumt. So stehen jedem Kehrbezirksleiter 3 Kleinfahrzeuge und 5 Mann zur Verfügung, der vorordentlich die Einsatzwünsche der Bezirksvorsteher bearbeitet.

Zur Verfügung standen der Betriebsabteilung 69 Straßenaufseher, 15 Platzmeister für die Betreuung der Mist- und Winterdienstplätze der Straßenreinigung, 730 Mann ständiges Personal für die händische Reinigung und als Lenker der Kleinfahrzeuge der Straßenreinigung und 138 Saisonarbeiter. An Tagelöhnern und Schneearbeitern waren insgesamt 44.321 Mann beschäftigt, die eine Leistung von 353.848 Stunden erbracht haben.

Die Straßenreinigung entleert die 9.905 Papierkörbe an exponierten Stellen bis zu dreimal täglich. Durch die

Aufstellung der Altstoffsammelcontainer wurde die Anbringung von zusätzlichen Papierkörben für die anfallenden Tragtaschen usw. vermehrt erforderlich.

Bei 8.612 Einsätzen wurden von eigenen Kehrmaschinen 384.719 km, bei 112 Einsätzen von privaten Kehrmaschinen im Auftrag der Abteilung 5.040 km gefahren. Bei 2.810 Einsätzen wurden von eigenen Waschmaschinen 149.515 km, bei 1.799 Einsätzen von privaten Kehrmaschinen im Auftrag der Abteilung 105.674 km gefahren. Weiters wurden von Kommunaltraks der Straßenreinigung 14.283 Betriebsstunden geleistet, wobei 5.700 als Kehreinsatz gerechnet wurden. 12 Waschaufbauten für die Klein-LKW wurden ebenfalls zum Reinigen der Fahrbahnen eingesetzt. Seit September 1985 werden Reinigungssets für Hunde über 11 Automaten der Bevölkerung angeboten. Im Jahr 1992 wurden 2.313 Sets verkauft.

In der **Einsatzzentrale** ist wochentags ein Journaldienst von 15.30—6.00 Uhr, an Samstagen, Sonn- und Feiertagen von 6.00—18.00 Uhr, der Funkraum über das ganze Jahr hindurch mit einem Bediensteten der Abteilung besetzt. Dieser übernimmt die Einsatzleitung des Bereitschaftsdienstes, die Fahrzeugbereitstellung der jeweiligen Einsatzgaragen über Anforderung der Polizei, Feuerwehr, des Permenenzingenieurs, der Straßenreinigung selbst (wie z.B. Kehr- und Waschmaschinen) und, wenn der Funkraum der Abschleppgruppe nicht besetzt ist, die Steuerung der Abschleppfahrzeuge. Im Katastrophenfall laufen ebenfalls alle Anforderungen über den Journaldienst (z.B. Hochwassereinsatz des Personals der Abteilung). An Wochentagen von 6.00—15.30 Uhr werden alle Agenden bis auf die Abschleppungen von der Betriebsabteilung Straßenreinigung und Winterdienst übernommen.

Der **Winterdienst** brauchte wegen Schnees und Eisregens 34.375 t Streuriesel und 1.781 t Salz. Die Zahl der LKW-Ausfahrten betrug 3.479, von privaten Firmen 1.286, die der Streuarbeiter-Schichten 23.997. Die Zahl der Einsatzfahrzeuge belief sich auf 86, die der Tage mit Schneefall und Schneeregen 38. Ferner waren 224 abteilungs-eigene Fahrzeuge und 179 LKW von privaten Firmen mit Winterdienstgeräten der Abteilung zum Pflügen und Streuen eingesetzt.

Auf Grund der Erfahrungen, die man im Winter 1991/1992 gemacht hat, wurden im Laufe des Sommers organisatorische Änderungen getroffen. So wurden Routenpläne überarbeitet, Streupläne ergänzt, skartierte Klein-LKW durch winterdienstaugliche Fahrzeuge ersetzt, mit Auftaumitteln (Einsatz von Kaliumkarbonat) Versuche gemacht, die Schichtzeiten im Fuhrpark geändert sowie Müllfahrzeuge im Winterdienst eingesetzt.

Die Abteilung hat 14 **Winterdienstlagerplätze**, wobei jeder Platz mit zwei Silos für Auftaumittel ausgestattet ist. Am Lagerplatz in 21, Fultonstraße, wurde der Neubau einer Garage für den Radlader und die Kleinfahrzeuge abgeschlossen. Am Lagerplatz in 23, Seybelgasse, wurde mit dem Neubau eines Stützpunktes begonnen. Ebenso wurde im 16. Bezirk in der Kenderlerstraße der Neubau eines kompletten Stützpunktes (Absiedlung durch U-Bahn) in Angriff genommen.

In 17 **Lagerplätzen** der Straßenreinigung sind Mistplätze eingerichtet, die gemeinsam mit der Müllbeseitigung betreut werden und Montag bis Samstag von 7.00—19.00 Uhr geöffnet haben. Mit dem von der Müllbeseitigung allein betreuten Mistplatz in 22, Abfallbehandlungsanlage Rautenweg, gibt es nunmehr 18 Plätze, die 1992 von insgesamt 1.060.826 Personen frequentiert wurden, wobei alle Arten von Sperrmüll, Altstoffen und Problemstoffen aus Privathaushalten sowie Altstoffe vom Kleingewerbe angenommen wurden.

Seit dem Jahr 1990 werden mobile Mistplätze als Ergänzung zu den fixen Mistplätzen eingerichtet. Bei einer Aktion, die an den vier Sonntagen im April 1992 durchgeführt wurde, wurden von 22.402 Besuchern 785,57 t Alt- und Problemstoffe gesammelt und 337 Eiskästen abgegeben. Bei der zweiten Aktion im Oktober 1992 wurden von 21.477 Besuchern 688,54 t Alt- und Problemstoffe sowie 326 Eiskästen gebracht.

Neben den notstandspolizeilichen Maßnahmen koordiniert seit 1988 der **Bereitschaftsdienst** alle Agenden, die außerhalb der Routinetätigkeit der Abteilung anfallen. Der Funkraum ist rund um die Uhr besetzt, alle Einsätze werden zentral gesteuert. Insgesamt erfolgten 8.376 Ausfahrten für notstandspolizeiliche Maßnahmen (Abschrankungen, Beleuchtungen und dgl.). Weiters wurden 301 Sonderveranstaltungen (Reinigungen während und nach Veranstaltungen, Aufstellung von WC-Anhängern, Aufstellung und Entleerung von Müllgefäßen) koordiniert bzw. veranlaßt. Bei 212 Veranstaltungen wurde die Leistung der Abteilung ganz verrechnet, die restlichen 89 wurden ganz oder teilweise subventioniert. Zum Vorjahr ergab sich eine Zunahme um vier Sonderveranstaltungen, die betreut werden mußten.

Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien

Die Abteilung ist einerseits mit der Verwaltung und Bewirtschaftung der stadtnahen Erholungswälder, Quellenschutzforste in Niederösterreich und in der Steiermark sowie der zugeordneten Aufforstungsflächen und Nebenbetriebe, andererseits mit der Bewirtschaftung der landwirtschaftlich genutzten städtischen Ökonomien betraut. Hiezu kommen noch die Planung, Errichtung und Erhaltung diverser Erholungseinrichtungen und die Anlage und Erweiterung von Windschutzgürteln.

Das Ausmaß der **Grundflächen**, die von der Abteilung bewirtschaftet wurden, betrug im Bereich des Lan-

des Wien 8.247,8754 ha und im Bereich der Quellenschutzforste 32.226,1384 ha. Das Gesamtausmaß der forstlich genutzten Flächen machte 40.474,0138 ha, das der landwirtschaftlich genutzten Flächen 2.230,0000 ha aus.

Bei der Bewirtschaftung der Forstflächen stellt ihre spezifische Widmung die Grundlage für die Vorgangsweise dar. Im stadtnahen Bereich, in dem die Erholungswirkung im Vordergrund steht, wird unter weitestgehendem Verzicht auf Kahlhiebsflächen in Form von Einzelstammnutzung in überalterte Bestände eingegriffen. Auch zur Förderung der natürlichen Verjüngung werden die Altbestände aufgelichtet und erst nach Vorhandensein eines entsprechenden Jungwuchses behutsam abgeholzt. Das seit mehreren Jahren zu bemerkende Eichensterben zeigte 1992 eine leichte Tendenz zur Besserung. Trotzdem mußte nach wie vor intensiver in die Eichenbestände eingegriffen werden als unter normalen Umständen. In den Quellenschutzforsten wurde weiterhin die Methode des natürlichen Waldbaues verfolgt, die auf die Erziehung vielschichtiger, verschiedenalteriger, möglichst geschlossener Bestände abzielt und erwiesenermaßen die bestmögliche kontinuierliche Quellenschütung gewährleistet. Die Nutzungen erfolgten aus diesem Grund weiterhin in Form von Einzelstammnahmen bzw. kleinstflächigen Kahlhiebsen, die die natürliche Verjüngung der vielfach überalterten Bestände ermöglichen sollen. Besonderer Wert wird hierbei auf die Förderung des Laubholzanteiles an den Verjüngungen gelegt.

Der Holzeinschlag betrug im Jahre 1992:

	Blochholz fm	Schleifholz fm	Brennholz fm	Gesamt fm
Wienerwaldforste	6.589,08	6.825,47	7.679,74	21.094,29
Quellenschutzforste	23.379,51	8.428,99	7.327,92	39.136,42
zusammen	29.968,59	15.254,46	15.007,66	60.230,71
in Prozent	50	25	25	100

Gegenüber dem Vorjahr, in dem insgesamt 57.705,20 fm geschlägert wurden, bedeutete dies einen Anstieg von 2.525,51 fm (4,4 %). Die Zunahme gegenüber 1991 wurde vor allem durch die Erhöhung des Blochholzeinschlages in den Quellenschutzforsten um 1.072,58 fm und durch den Schleifholzertrag in den Wienerwaldforsten um 2.233,47 fm erreicht, während das Ausmaß aller übrigen Sortimente annähernd gleich blieb bzw. leicht rückläufig war. Gleich blieb auch der Anteil des wertvollen Blochholzes am Gesamteinschlag mit 50 Prozent. Der Schleifholzanteil erhöhte sich auf Kosten des Brennholzanteiles um 2 Prozent und betrug 25 Prozent, wobei jedoch anzumerken ist, daß es 1992 auch beim Schleifholz Absatzprobleme gab.

Die Holzabgabe, die in den Quellenschutzforsten vorrangig der Versorgung des städtischen Sägewerkes Hirschwang dient und in den übrigen Verwaltungen dem Markt zugeführt wurde, betrug im Jahr 1992:

Holzabgabe	Nutzholz	Brennholz	Gesamt
	fm	fm	fm
Wienerwaldforste an Fremde	13.458,72	7.500,36	20.959,08
Quellenschutzforste an Fremde	18.537,54	7.056,68	25.594,22
an das Sägewerk Hirschwang	13.314,44	—	13.314,44
zusammen	45.310,70	14.557,04	59.867,74

Der Holzmarkt verzeichnete 1992, insbesondere im Bereich des Nadelholzes, empfindliche Preiseinbußen und Absatzrückgänge. Ausschlaggebend hierfür waren vor allem der Strukturwandel der internationalen Handelsbeziehungen im Zusammenhang mit dem beginnenden Abbau der Zollschränken sowie die in großem Umfang einsetzenden Rundholzzulieferungen aus den Ostländern an die heimische Verarbeitungsindustrie einerseits und in die traditionellen Holzabsatzländer andererseits. Verstärkt auf den Preisverfall wirkten auch Währungsverschiebungen sowie Einschränkungen der Bautätigkeit auf Grund politischer Krisen in den südlichen Nachbarländern. Der Preisverfall bei Sägerundholz gestaltete sich von anfänglich 1.100 S bis auf durchschnittlich 900 S zu Jahresende. Beim Industrieholz betrug die Preisreduktion für den Festmeter ab Abfuhrstraße bis zu 200 S, so daß bei einigen Sortimenten auch bei günstiger Bringungslage die Werbungskosten beträchtlich unterschritten wurden. Für länger gelagertes Schleifholz und Secunda-Qualität sowie für Faserholz haben bisweilen die Verarbeiter sogar eine Zufuhrsperre erklärt. Die Ursache hierfür dürfte die Übersättigung des Zellstoffmarktes auf Grund der von der einschlägigen Industrie in den letzten Jahren forcierten Vergrößerung der maschinellen Ausstattung und die damit verbundene Kapazitätsausweitung sein. Das im Rahmen der Pflege und Nutzung der Wienerwaldforste anfallende Laubholz konnte, soweit es die Säge- und Furnier-Sortimente betraf, gegenüber dem Vorjahr zu annähernd gleichen Konditionen abgesetzt werden. Bei Eschenblochen gelang es sogar, etwas höhere Preise zu erhalten. Die Industrieholzgeschäfte konnten, ähnlich wie beim Nadelholz, nur zu reduzierten Preisen und mit langen Lieferzeiten abgewickelt werden.

Die im städtischen Sägewerk in Hirschwang aus den Rundholzkontingenten der Forstverwaltungen Hirschwang und Naßwald erzeugte Schnittware konnte auf Grund des günstigen Standortes der Anlage in bezug auf den Wiener Baumarkt und der prompten Liefermöglichkeit von Spezialsortimenten zu leicht gedämpften Preisen vermarktet werden. In der zweiten Jahreshälfte wurde unter Aufrechterhaltung des Betriebes mit dem Umbau der Sägehalle und der Erneuerung der reparaturbedürftigen maschinellen Ausstattung begonnen. Signifikant für die Überalterung der Anlage ist, daß kurz vor dem Zeitpunkt, zu dem laut Bauablaufplan die Produktion wegen der Montage der neuen Förderlinien eingestellt werden sollte, das Vollgatter infolge eines Ermüdungsbruches an der Rahmenaufhängung einen Totalschaden erlitt. Die Wiederaufnahme des Sägebetriebes ist für Mai 1993 vorgesehen.

Die Bewirtschaftung der landwirtschaftlich genutzten Flächen erfolgte mit dem Ziel der Erhaltung und Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit unter möglicher Verwendung ökologischer Bearbeitungsmethoden. Im Stadtgut Lobau, dessen Umstellung auf biologischen Landbau vor einigen Jahren erfolgte, wurde ein wichtiger Beitrag zur Wiederverwertung des aus den Biotonnen gewonnenen Kompostes dadurch geleistet, daß dieser auf die Felder aufgebracht und eingearbeitet wurde.

In der Verwaltung Eßling-Schafflerhof wurde das Projekt „Öko-Parzellen“ gestartet, bei dem 155 Parzellen à 80 m² für die Vegetationszeit 1992 Privaten zum Anbau von eigenem Gemüse übergeben wurden. Die Beschaffung des Saatgutes bzw. der Pflanzen, die Anbau- und die ersten Pflegemaßnahmen sowie die Bewässerung über die gesamte Saison erfolgten durch den Landwirtschaftsbetrieb, die laufende Pflege und die Ernte durch die Parzellen-Nutzer. Gedüngt wurde ausschließlich mit Kompost aus der Bio-Tonne. Dieses Projekt wurde durchwegs begeistert aufgenommen. Es trägt wesentlich zum Verständnis für Kulturführung und Probleme beim Gemüseanbau bei.

Die Anbauplanung auf den Feldflächen trug dem Getreideüberschuß in Österreich insofern Rechnung, als die Getreideflächen zugunsten der Alternativkulturen, insbesondere der Ölfrüchte, weiter reduziert wurden. Durch die Ölmühle Bruck ist die Vermarktung von Ölfrüchten problemlos möglich.

Infolge der langanhaltenden Trockenheit und der hohen Temperaturen lagen die Hektarerträge bei Brot- und Futtergetreide und bei der Sojabohne leicht unter dem langjährigen Durchschnitt, allerdings wurde hervorragende Qualität erzielt. Bei der Zuckerrübe konnte durch künstliche Bewässerung der Ertrag gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Die Absatzprobleme für die Zuckerrübe, die sich durch einen Beschluß des Rübenbauernbundes, Landwirtschaftsbetriebe von Bund, Ländern und Gemeinden von der industriellen Verarbeitung der Zuckerrübe auszuschließen, abgezeichnet hatten, konnten durch intensive Verhandlungen, die zur Aufhebung dieses Beschlusses führten, abgewendet werden.

Auf einer Anbaufläche von 1.740 ha wurden 1.203 ha (69,10 %) Getreide, 307 ha (17,60 %) Ölfrüchte, 20 ha (1,10 %) Körnerleguminosen, 17 ha (1,00 %) Mais, 187 ha (10,90 %) Hackfrüchte, 2 ha (0,10 %) Gemüse und 4 ha (0,20 %) Futter angebaut. Die Fläche der Weingärten betrug 32 ha.

An landwirtschaftlichen Erzeugnissen wurden 5.348 t Getreide, 70 t Mais, 420 t Raps, 7.720 t Zuckerrüben, 210 t Sonnenblumen, 467 t Kartoffeln, 71 t Körnererbsen, 35 t Sojabohnen und 812 hl Wein produziert.

Bei den Aufforstungsarbeiten mußten wiederum erhebliche Mengen an Nachbesserungen in den Kulturfleichen der vergangenen Jahre vorgenommen werden. So waren 1992 in den Quellenschutzforsten 139.300 Pflanzen und im Wiener Raum 50.850 Pflanzen als Ersatz für nicht angewachsene und abgestorbene Jungbäume zu versetzen. Im Vorjahr betrug der Nachwuchsbedarf in den Quellenschutzwäldern 173.730 und in Wien 41.150 Pflanzen. Insgesamt wurden 1992 folgende Pflanzenmengen versetzt:

	Nadelhölzer in Stück	Laubhölzer in Stück	Gesamt in Stück
Wiederaufforstungen	148.040	37.375	185.415
Nachbesserungen	120.820	69.335	190.155
Neuaufforstungen (ohne Wohlfahrtsaufforstungen)	2.500	8.105	10.605
zusammen	271.360	114.815	386.175

Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme um 10.865 Pflanzen.

Die Schäden am Wald durch Windwurf, Eis- und Schneebruch sowie Lawinen bewegten sich in den letzten Jahren innerhalb des gewohnten Rahmens. Die außergewöhnlich warme Witterung im Sommer 1992 hatte jedoch eine bedrohliche Zunahme an Borkenkäfern zur Folge, deren erste Auswirkungen sich im Spätsommer und Herbst bereits abzeichneten, deren Gesamtschadwirkung sich aber erst ab Frühjahr 1993 beurteilen läßt. Bundesweit wurden bereits im Herbst 1992 Strategien zur Bekämpfung des Borkenkäfers entwickelt und erste Maßnahmen gesetzt. Die durch Wild verursachten Schäden am Wald konnten durch konsequente Erhöhungen der Zahl an Abschüssen und durch die Errichtung zusätzlicher Wintergatter weiterhin reduziert werden.

Die Wildbewirtschaftung erfolgte weiterhin in Form von Abschußübereinkommen bzw. durch Umwandlung von Pachtrevieren in Regiejagdreviere, sobald die Jagdpachtverträge ausliefen. Die Wildstände werden in einigen Forstverwaltungen in den Quellenschutzforsten nicht mehr erhoben, da die Basis für die Abschußplanung nicht mehr die Wilddichte, sondern das Ausmaß an Wildschäden bildet.

Der Gesamtabgang an Wild (Abschüsse und Fallwild) betrug im Jahre 1992:

	Wienerwaldforste	Quellenschutzforste	Gesamt
Rotwild	100	544	644
Rehwild	314	596	910
Gamswild	—	845	845
Muffelwild	97	8	105
Damwild	20	—	20
Schwarzwild	771	13	784
Steinwild	—	11	11

Der Forststraßenbau im Jahr 1992 beschränkte sich auf die Errichtung von Feinerschließungsstraßen und auf die Anlage von Rückewegen mit geringen Eingriffen in das Bodenprofil. Insgesamt wurden 1992 12.442 lfm Straßen errichtet. Die Bringung des Holzes zu den mit LKW-befahrbaren Straßen erfolgt zunehmend mittels mobiler Seilkräne, da diese Methode wesentlich pfleglicher für den verbleibenden Bestand und für den Waldboden ist als die herkömmliche Bodenrückung. Im Jahr 1992 wurden knapp 4.000 fm auf diese bestandesschonende Weise geliefert.

Die Arbeitszeit der Forstarbeiter entfiel, auszugsweise und prozentuell, auf folgende Arbeiten:

	Wienerwaldforste	Quellenschutzforste
Holzgewinnung	5,5	7,7
Kulturarbeiten	18,1	6,1
Bau und Erhaltung von Bringungsanlagen	2,2	5,6
Erholungswaldmaßnahmen	19,4	0,2
Gebäudeerhaltung	17,6	20,5

Auffällig ist hierbei der relativ niedrige Anteil an der Holzgewinnung und an den Kulturarbeiten, was darin begründet ist, daß für zeitaufwendige Arbeiten, wie z.B. Durchforstungen, Dickungspflege und Aufforstungsarbeiten, Fremdfirmen herangezogen werden. Dadurch ist es möglich, den kurzfristig anfallenden Arbeitskräftebedarf (z.B. für das Pflanzensetzen) abzudecken, in Zeiten mit weniger Arbeit jedoch Leerläufe zu vermeiden.

Die Untersuchungen der neuartigen Waldschäden wurden im Jahr 1992 in bewährter Form weitergeführt:

Die seit 1984 laufende Untersuchungsreihe für die „Terrestrische Waldzustandsinventur“ zeigte an Hand der Beurteilung des Kronenzustandes von 528 Probestämmen auf 18 Dauerbeobachtungsflächen, daß seit 1989 eine kontinuierliche Verbesserung des Waldzustandes eingetreten ist. Den höchsten, meßbaren Verlichtungsgrad zeigt die Baumart Pappel, gefolgt von Eiche, Buche und Schwarzkiefer. Insgesamt weisen die Wälder in Wien einen schlechteren Zustand auf, als er im bundesweiten Durchschnitt gegeben ist.

Bei einer Umrechnung der einzelstammweise erfaßten Kronenzustandssituationen auf die beurteilte Gesamtfläche von 6.000 ha ergibt sich, daß 72,2 Prozent der Fläche keine, 27,8 Prozent eine geringe Verlichtung hatten. Das bedeutet, daß ein knappes Drittel der Waldbestände nicht den natürlichen Verhältnissen entspricht und durchschnittlich schwache Kronenverlichtungen aufweist.

Die seit 1983 laufende Untersuchung „Bioindikatornetz“ gibt auf Grund von Blattanalysen Auskunft über die Schadstoffbelastung von Bäumen, wobei bundesweit der Gesamtschwefelgehalt als Indikator verwendet wird. In Wien wurden wie in den vergangenen Jahren 19 Probepunkte untersucht. Das Ergebnis zeigte, daß 1991 immerhin 53 Prozent der Bäume Grenzwertüberschreitungen aufweisen. Dies bedeutet zwar eine Verbesserung gegenüber den Ergebnissen der Periode 1987 bis 1990, jedoch liegt die Zahl der Probepunkte mit Grenzwertüberschreitung wesentlich über dem bundesweiten Durchschnitt (23 %) und weist auf eine bedeutende Schwefelbelastung der Wälder in Wien hin.

Die Forstbetriebseinrichtung setzte den Weg der permanenten Kontrollstichproben konsequent fort. Diese Methode ermöglicht die Gewinnung statistisch abgesicherter Daten durch die einwandfreie Erfassung von Veränderungen des Waldzustandes durch Bewirtschaftung und/oder Umwelteinflüsse. Da durch die verstärkte Umstellung der Nutzungsmaßnahmen auf kleinstflächige Eingriffe bzw. Einzelstammentnahmen in Zukunft fließende Bestandsstrukturen zu erwarten sind, kommt diesen permanenten Kontrollstichproben sowie der strengen Einteilung der Forstflächen in möglichst gleichbleibende Abteilungen große Bedeutung zu.

Der Ausbau des EDV-Einsatzes wurde weiter vorangetrieben. Umfangreiche Anwendungsprojekte sind bereits realisiert bzw. in laufender Vorbereitung (z.B. Lohnverrechnung, Lohnkostenrechnung, Schnittholz-Faktura/Statistik, Forstprogramm Rundholz, Journalführung).

In Fortsetzung des Programms „Aufforstungen zur Schließung des Wald- und Wiesengürtels im Norden und Süden Wiens“ konnten im Jahr 1992 weitere 5,7 ha, durchwegs im 22. Bezirk, neu aufgeforstet werden. Anlässlich der Jungbürgerfeier am Staatsfeiertag wurde zusätzlich eine Fläche von 1,0 ha in einer gemeinsamen Aktion mit der MA 13 und der MA 53 angepflanzt.

Das Ackerwildkrautschutzprogramm, das die Anlage ökologisch äußerst wertvoller, unbehandelter, 4 m breiter Wildkrautstreifen entlang der Windschutzgürtel und an Waldrändern vorsieht, wurde unter wissenschaftlicher Kontrolle durch das Ludwig-Boltzmann-Institut für biologischen Landbau und angewandte Ökologie weiterverfolgt und weist derzeit eine Länge von 4 km auf. Im Jahr 1992 wurde außerdem ein Wiesenpflegeprogramm für die Wiesen im Wienerwald in Zusammenarbeit mit der MA 22 in Angriff genommen. Die Sanierung der Fischerwiese im 19. Bezirk wurde bereits abgeschlossen, mit der Pflege der Wiesen am Himmelhof und im Lainzer Tiergarten wurde begonnen.

Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit wurden 11 forstliche Fachexkursionen für Forstwirte, Beamte, Studenten hauptsächlich aus Mitteleuropa und Japan, 7 Exkursionen für den ORF und die Printmedien und 10 Exkursionen für Schulen durchgeführt. Ferner wurden beim Waldjugendspiel an 5 Tagen rund 800 Schüler spielerisch mit den Aufgaben und Problemen der Forstwirtschaft konfrontiert. Drei Ausstellungen über den Tätigkeitsbereich des Forstamtes konnten u.a. im Lichthof des Wiener Stadtschulrates gezeigt werden. Auch wurden wieder die Frühjahrsputzaktionen mit Schulklassen im 14., 16., 19., 21., 22. und 23. Bezirk durchgeführt.

Bei den Aufforstungsaktionen in den Schulwäldern und im Jungbürgerwald wurde mitgearbeitet. Schließlich wurden Informationsveranstaltungen im Zuge der Eröffnung des „Ferienspiels“, bei drei Ferienspielen und an drei Familiensonntagen durchgeführt, Vorträge in Schulen abgehalten, der Wettbewerb zur Erstellung eines neuen Forstamt-Emblems organisiert, der Lehrpfad Wilhelminenberg in Zusammenarbeit mit einer Schule wiedererrichtet, neugestaltet sowie erweitert und das „Jungbürgerwald“-Heft neu hergestellt.

Eingegliedert in die Abteilung ist auch das Ludwig-Boltzmann-Institut für biologischen Landbau und angewandte Ökologie, dessen Aufgabe in der Erarbeitung wissenschaftlicher Grundlagen für den biologischen Landbau, in der Untersuchung dessen volkswirtschaftlichen Stellenwertes und der in der Einleitung entsprechender Förderungsmaßnahmen besteht. Das Institut hat folgende Forschungsvorhaben durch- bzw. weitergeführt: Mit Unterstützung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung waren dies die wissenschaftliche Koordination der österreichischen Kompostforschung, das Kooperationsprojekt mit der Universität Olmütz über die Möglichkeit der Umstellung auf biologischen Landbau in Naturschutzgebieten sowie die agrarökologischen Aspekte der Umstellung auf biologischen Landbau (Bund-Land-Kooperation WD 7). Mit Unterstützung der MA 22 wurden die Arbeiten über die „Wechselwirkungen zwischen naturnahen Landschaftsteilen und landwirtschaftlich genutzten Flächen“ abgeschlossen, ebenso die „Untersuchungen über die Bedeutung der Windschutzgürtel und Ökowertstreifen am Südrand Wiens als Lebensraum für die Vogelfauna der Agrarlandschaft“. Auf diesen beiden Arbeiten basiert die Erstellung einer Wiener Windschutz- und Ökowertstreifenbroschüre sowie eines Leitfadens für ökologisch orientierte Gartenpflege. Mit Unterstützung der MA 48 wurden die Untersuchungen über die Auswirkungen von Kaliumkarbonat bei Verwendung als Streusalz sowie die Qualitätsaustestung von Komposten aus der Biotonne durchgeführt. Mit Unterstützung der Abteilung konnten die Streßhormonproduktion von Eichen unter Bedachtnahme auf klimatische Einflußgrößen sowie die Ethan- und Ethylenausgasung unterschiedlicher Baumarten am Standort Gahns im Vergleich zum Untersuchungsgebiet Wienerwald untersucht und die Standortskartierung der Quellenschutzforste der Stadt Wien, Teil Bodenmikrobiologie, vorgenommen werden. Im Bereich der Produktqualitätsforschung wurden die Untersuchungen zur Fragestellung „Ermittlung unterschiedlicher Produktqualitäten im biologischen und konventionellen Landbau mittels Futterwahlversuchen“ weitergeführt und um mikrobiologische Untersuchungen ergänzt. Im Bereich des Forschungsgebietes „Biologischer Pflanzenbau“ wurden die Vorhaben „Auswirkungen nichtchemischer Regulierungsmaßnahmen auf Biomasse und Regenerationsvermögen der Ackerkratzdistel (*Cirsium arvense* L.)“ und „Austestung verschiedener Kulturarten und Sorten unter den Bedingungen des Biologischen Landbaues am Standort Lobau“ durchgeführt. Die vom Abfallwirtschaftsverbund Wien, Niederösterreich unterstützte Untersuchung zur Ermittlung der möglichen Auswirkungen der Errichtung einer Sondermülldeponie auf die landwirtschaftliche Produktion in Blumau/Wild wurde abgeschlossen.

Im Auftrag des Umweltbundesamtes und des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft wurde das Projekt „Der biologische Landbau in Österreich — ein Beitrag zur Umweltverträglichen Landbewirtschaftung“, Teil: „Forschung im Biologischen Landbau“, durchgeführt.

Der Institutsleiter wurde in folgende Kommissionen bestellt:

— Unterkommission BIO der Lebensmittelkodexkommission

— als Vertreter der Stadt Wien in der Arbeitsgruppe „Bodenschutz“ der ARGE Donauländer

- Kommission des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie im Arbeitskreis „Land, Forst und Wasserwirtschaft“ (Nationaler Umweltplan, NUP)
- Kommission des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft nach § 7 des Landwirtschaftsgesetzes (Beratung des Landwirtschaftsministers bei der agrarischen Planung und beim Beschluß des Grünen Planes)

Außerdem war er in parlamentarischen Unterausschüssen „Land- und Forstwirtschaft“ als Experte für Wasserrecht und Tierschutz und in Enqueten und in Arbeitskreisen der Bodenschutzinitiative des Bundeskanzlers als Experte tätig. Bei der Sanierung nach einem Chemieunfall in Wien war er als Experte für die MA 22 eingesetzt.

Für die Verwaltungsakademie der Stadt Wien wurden Kurse zu den Themen „Biologischer Landbau“ und „Produktqualität“ veranstaltet. Weiters waren Mitarbeiter des Institutes als Experten für magistratische Dienststellen zu den Fragen „Errichtung und Gestaltung von Kompostplätzen“ und „Optimierung der Kompostanwendung im Ackerbau“ tätig. Im Rahmen der Umstellung des Stadtgutes Lobau auf Biologischen Landbau wurde die wissenschaftliche Betreuung dieses Vorhabens weitergeführt und die dort bereits vorhandene Außenstelle des Institutes als Institutsteil etabliert. Gemeinsam mit der Bundesanstalt für Agrarbiologie (Linz) wurde der Arbeitskreis „Pflanzenschutz im biologischen Landbau“ eingerichtet. 1992 wurden vom Institut in Zusammenarbeit mit der Universität Wien und der Universität für Bodenkultur 7 Dissertationen und 5 Diplomarbeiten betreut, davon wurde eine Dissertation abgeschlossen. Die wissenschaftlichen Arbeiten dokumentierten sich in 16 Publikationen, weitere 8 waren in Druck und 6 in Druckvorbereitung. Die Forschungsergebnisse des Institutes wurden auf 3 internationalen und 3 nationalen wissenschaftlichen Tagungen sowie in 6 allgemeinen zugänglichen Tagungen präsentiert. Ferner wurden auf Einladung in- und ausländischer Veranstalter von Mitarbeitern des Institutes 20 Fachreferate gehalten. Im Jahr 1992 standen dem Institut neben dem Leiter 9 Dienstnehmer sowie 32 freie wissenschaftliche Mitarbeiter zur Verfügung.

Sportamt

Zu den wesentlichen Aufgaben des Sportamtes gehören die Baumaßnahmen auf dem Sportsektor und der Betrieb von Sportstätten. Das Investitionsprogramm in den von der Wiener Stadthalle-KIBA Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft m.b.H. im Wege eines Geschäftsführungsauftrages betriebenen Sportanlagen der Stadt Wien wird weiterhin schrittweise verwirklicht. In einigen Fällen baut die Stadt Wien nicht selber, sondern unterstützt durch Subventionen den Neu- oder Umbau von Sportanlagen. So wurden dem ASKÖ-Landesverband Wien, der UNION und dem ASVÖ Subventionen für den Ausbau ihrer Verbandssportanlagen zur Verfügung gestellt. Die UKJ Wien erhielt eine Subvention für die Errichtung einer Mehrzweckhalle auf der Sportanlage Marswiese im 17. Bezirk. Auf Wunsch berät die Abteilung auch die Wiener Sportorganisationen bei der Durchführung von Bauvorhaben. Seit dem Beitritt Wiens zum Österreichischen Institut für Schul- und Sportstättenbau ergibt sich die Möglichkeit, in eine umfangreiche Sportdokumentation Einsicht zu nehmen, so daß durch Vereinheitlichung und Systemisierung bei der Errichtung von Sportbauten die Voraussetzung für eine intensive Beratung geschaffen werden konnte.

Die Gremien der Wiener Landessportorganisation (Wiener Landessportrat, Landessportpräsidium, Wiener Landessportfachrat und Fachausschuß) stellen eine geeignete Plattform für alle zur Lösung der Probleme des Wiener Sports erforderlichen Beratungen dar. Der Wiener Landessportrat verteilt die Subventionsmittel für die Fachverbände und den Leistungssport. Aus Mitteln der Leistungssportförderung wurde allen Vereinen, deren Mannschaften an in mehreren Phasen ausgetragenen gesamtösterreichischen Meisterschaften der beiden obersten Spielklassen teilnahmen, ein bestimmter Prozentsatz der Fahrtkosten rückvergütet, nämlich 800.000 S. Den Teilnehmern an Europacupbewerben wurde rund ein Drittel der Fahrtkosten ersetzt — 200.000 S —, wobei die Entschädigungshöhen je nach der Entfernung gestaffelt waren. Für die Förderung der Tätigkeit von Verbands-trainern, Nachwuchssportlern sowie für die Verwaltungsförderung der Fachverbände wurden 1992 2.000.000 S aufgewendet. Es fanden drei Sitzungen des Landessportrates statt. Der Fachausschuß trat viermal zusammen.

Die Abteilung betrieb im Jahre 1992 19 Jugendspielplätze und 18 öffentlich zugängliche Ball- und Kleinkinderspielplätze, die den städtischen Schulen, Kindergärten und Horten sowie privaten Jugend-, Turn- und Sportorganisationen zur Benützung überlassen wurden. Die neun von der Stadt Wien verwalteten Sporthallen wurden den Dach- und Fachverbänden wochentags für Trainingszwecke und an Wochenenden für den Meisterschaftsbetrieb zur Verfügung gestellt. Weitere 7 Spielplätze und 97 Sportanlagen wurden Wiener Sportorganisationen überlassen. Die Sportanlagen in 10, Triester Straße, 10, Laxenburger Straße—Heuberggärtenstraße, 10, Franz-Koci-Straße, 16, Kendlerstraße 38, 16, Roterstraße, und 20, Lorenz-Müller-Gasse, werden von der Abteilung selbst geführt, ebenso das neuerrichtete Kanu- und Ruderzentrum auf der Donauinsel.

Seit 1966 verfügt die Stadt Wien über einen Schlepplift in 14, Mauerbachstraße 172 (Hohe-Wand-Wiese), der von den Wintersportlern sehr gerne benützt wird. Auf dem Cobenzl wird von der Stadt Wien eine Langlaufloipe betrieben, die sich immer größerer Beliebtheit erfreut. Für die Benützer stehen Umkleidekabinen mit Kästchen sowie Brausen bereit. Der Verleih von Langlaufskiern ergänzt den Service. Auf Grund des großen Interesses am

Langlaufsport wurden von der Stadt Wien bei Schneelage im Prater ab Ecke Hauptallee—Kaiserstraße, auf der Sofienalpe ab Parkplatz Hotel Sofienalpe, auf der Donauinsel abwärts der Steinspornbrücke, auf den Steinhofgründen ab dem Eingang in das Erholungsgebiet und im Donaupark ab dem Donauturm Langlaufloipen präpariert und der Bevölkerung zur Verfügung gestellt.

Die städtischen Turnsäle, Schwimmhallen, Sporthallen und Spielplätze sowie die von der Wiener Stadthalle-KIBA Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft m.b.H. verwalteten Trainings- und Wettkampfanlagen werden den Sportorganisationen zur Verfügung gestellt. Diese Organisationen werden bei der Errichtung von Baulichkeiten und der Durchführung von Sportveranstaltungen durch die Gewährung namhafter Subventionen unterstützt und erhalten weitere Beihilfen für die Durchführung von Erhaltungs- sowie für die zum Betrieb notwendigen Verwaltungsmaßnahmen.

Mit den Jugendsportaktionen „Sportplatz der offenen Tür“, „Jugendeislaufaktion“, „Fahrt zum Schnee“, „Spielschwimmen“, „Talent-Leistungsschwimmen“, „Talent-Spezial“ und „Talent-Turnen“ wird der direkte Kontakt zur Wiener Jugend gesucht.

Die benötigten Anlagen wurden von der Stadt Wien zur Verfügung gestellt oder zu bestimmten Terminen vermietet. Weiters wurden die organisatorischen Arbeiten, wie Anmeldung und Einteilung der Teilnehmer, vorgenommen und die Tätigkeit der eingesetzten Mitarbeiter (Sportlehrer und -studenten sowie Verbandstrainer) überwacht.

Presse- und Informationsdienst

Über das Fernschreibnetz der Austria-Press-Agentur (APA) gab die Rathaus-Korrespondenz 4.076 Meldungen durch. Die gedruckte Ausgabe der Rathaus-Korrespondenz (RK) mit einer Auflage von täglich rund 1.200 Stück umfaßte 3.139 Seiten. Das Nachrichtenmaterial gliedert sich in Meldungen aus den Bereichen Kommunal- und Lokalgeschehen, Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Übermittelt wurden Nachrichten an sämtliche Wiener Tageszeitungen, an Hörfunk und Fernsehen, an Wochen- und Monatszeitungen sowie an andere Institutionen und Personen. Für die aktuellen Lokalmeldungen der Rathaus-Korrespondenz ist die Stammredaktion zuständig. Der diensthabende Redakteur ist werktags von 7.30 bis 19 Uhr erreichbar, samstags von 10 bis 17 Uhr; sonntags ist die Redaktion von 12 bis 17 Uhr besetzt. In der übrigen Zeit steht ein Anrufbeantworter zur Verfügung. Das Nachrichtenmaterial aus den Geschäftsbereichen der Stadt Wien wird vor allem von den Pressereferenten des Bürgermeisters und der Amtsführenden Stadträte erstellt, über die ein Großteil der Kontakte zwischen Stadtverwaltung und Medien abläuft. Im Jahre 1992 wurden 279 Pressekonferenzen abgehalten, die meisten im Konferenzsaal der Abteilung. Für diesen Zweck wurden jeweils Presseinformationen, fallweise aber auch Fotos, Zeichnungen und Pläne ausgearbeitet. Darüber hinaus wurden 836 Fototerminale wahrgenommen. Das Pressegespräch des Bürgermeisters findet jeden Dienstag nach der Sitzung des Stadtsenats im Konferenzsaal des Presse- und Informationsdienstes (PID) statt. Zusätzlich waren 491 kommunal relevante Pressekonferenzen, die von den politischen Parteien und anderen Institutionen abgehalten wurden, mit Redakteuren des PID zu besetzen. Zweiwöchentlich wurde eine Zusammenfassung der Meldungen der Rathaus-Korrespondenz erstellt. Diese „RK-intern“ wurde in rund 2.300 Exemplaren vom PID gedruckt. Zu bestimmten Themen erschienen 26 „RK-Spezial“ mit ausführlichen Hintergrundinformationen, und zwar: „Förderung von Wohnungsneubau und Stadterneuerung in Wien 1991“, „Zur Hochhausfrage in Wien (Statusbericht)“, „Hilfsaktion für die Bevölkerung der Republik der ehemaligen jugoslawischen Konföderation (Bericht über die bisher durchgeführten Maßnahmen)“, „Wiener Kulturkalender 1992“, „Festsitzung des Wiener Landtages anlässlich des 70jährigen Bestehens des Bundeslandes Wien“, „Größere Maßnahmen im Hauptstraßennetz 1992 (mit ‚Grobterminen‘)“, „Neuerungen beim Bürgerdienst“, „Wiener Drogenpolitik (Drogenkoordinator und -beauftragter nehmen Arbeit auf)“, „Wahlservice: Ergebnisse der beiden Wahlgänge der Bundespräsidentenwahl 1986“ (als Unterlage im Pressezentrum bei den Wahlgängen der Bundespräsidentenwahl 1992), „Größere Maßnahmen 1992 im Hauptstraßennetz“, „Hilfe für Kroatien weiter dringend nötig“, „Frauenpolitik ist Querschnittspolitik (Die neue MA 57 für Frauenförderung und Koordinierung von Frauenangelegenheiten; Frauenbericht 1991)“, „Größere Maßnahmen 1992 im Hauptstraßennetz“, „Öffentlichkeitsarbeit Bürgerbeteiligung“, „Hilfe für bosnische Flüchtlinge“, „Erstes Resümee des Baustellensommers 1992 (Rascher Baufortschritt in der Mariahilfer Straße)“, „Schulbauprogramm der Stadt Wien“, „Stadtplanung Wien: Bilanz und Ausblick“, „Die neue Wiener Wohnbauförderung“, „Die U3-Strecke Volkstheater—Westbahnhof“, „Verkehrspolitik ist auch Konfliktpolitik“, „4. Sitzung des Beirates für die Stadtentwicklungsbereiche“, „Die Wiener Pflichtschulen — Stätte kultureller Begegnung“, „Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen in Wien“, „Auf dem Weg zur sanfteren Mobilität (Studie über ‚Verkehrsverhalten‘; Straßenbauprogramm 1993; Radverkehrsverbindungen in Planung)“ und „Straßenraum ist Lebensraum für alle“. Ferner wurden zu diversen Themen Flugblätter in einer Auflagenhöhe von rund 5.000.000 Stück in der PID-eigenen Setzerei und Druckerei hergestellt.

Die Beobachtung der Medien wurde im Pressespiegel, der täglich hergestellt wird, dokumentiert, wobei vor allem Artikel, die sich auf die Stadtverwaltung sowie auf kommunale Ereignisse beziehen, erfaßt wur-

den. Für diesen Zweck wurden zum einen die in Wien erscheinenden bzw. vertriebenen Tageszeitungen ausgewertet, und zwar die „Wiener Zeitung“, der „Kurier“, „Die Presse“, die „Kronen-Zeitung“, „Der Standard“, „Salzburger Nachrichten“ und „Täglich alles“, zum anderen die Bundesländerzeitungen „Oberösterreichische Nachrichten“, „Volksblatt“, „Kleine Zeitung“, „Neue Zeit“, „Vorarlberger Nachrichten“, „Tiroler Tageszeitung“, „Kärntner Tageszeitung“ und „Niederösterreich-Kurier“. Darüber hinaus werden die jeweils freitags erscheinenden Bezirksmutationen von „Kurier“ und „Kronen-Zeitung“ in einem eigenen Pressespiegel zusammengefaßt. Ferner wurden Artikel aus den Wochen- und Monatszeitungen „Profil“, „Wochenpresse“, „Neue Freie Zeit“, „Die Furche“, „Trend“, „Basta“, „Wiener“, „Wienerin“, „Falter“, „Salto“, „Die ganze Woche“ und „News“ ausgewertet. Der Pressespiegel wurde durch Hinweise auf kommunalpolitisch relevante Sendungen des ORF ergänzt. Aufgezeichnet und ausgewertet wurden regelmäßig die Sendungen „Wien heute“, „Österreich heute“, „Österreich-Bild“ (Studio Wien), „Zeit im Bild/19.30 Uhr“, „Kulturjournal“, „Zeit im Bild/22 Uhr“, „Mittagsinformation Radio Wien 12.45 Uhr“ und „Abendinformation Radio Wien 17.15 Uhr“ (nach der Radio Wien-Reform „Stadtjournal 12.45 Uhr“ und „Stadtjournal 16.30 Uhr“). Mitgeschnitten — und bei Bedarf Interessenten zur Verfügung gestellt — wurden die Sendungen „Morgenjournal“, „Mittagsjournal“, „Abendjournal“, „Das Wiener Stadtradio“ (14 bis 16 Uhr), „help“, „Pressestunde“, „Schilling“, „Argumente“, „Inlandsreport“, „X-Large“, „Ein Fall für den Volksanwalt“, „Wir“, diverse „Club 2“-Sendungen sowie die „Mini-ZiB“. Im Handarchiv des PID wurden Zeitungsausschnitte, die „Rathaus-Korrespondenz“ und andere Publikationen von einem Beamten des Wiener Stadt- und Landesarchivs nach Schlagworten archiviert.

Von „Wien aktuell“, der Zeitung für die Bediensteten der Stadt Wien, erschienen im Jahre 1992 21 Ausgaben mit je 16 Seiten.

Vom „Amtsblatt der Stadt Wien“ erschienen 53 Nummern in einer Auflage von 7.000 Stück mit insgesamt 3.224 Seiten. Weiters kamen die Geschäftseinteilung, zwei Sonderhefte und erstmals die Bewerberliste der Stadt Wien heraus.

Vom „Landesgesetzblatt für Wien“ wurden 45 Stück mit 151 Seiten im Jahr 1992 herausgegeben.

Der Bezirksinformationsdienst widmet sich allen Angelegenheiten der Öffentlichkeitsarbeit auf Bezirksebene. Ausgangspunkt war ein Pilotprojekt im Jahr 1991 mit drei Betreuungsbezirken. 1992 wurden die Leistungen dieses Referats erstmals allen 23 Bezirksvorstehern angeboten. Im Bezirksveranstaltungsbereich waren 38 Termine zu verzeichnen; es handelte sich dabei um Bürgerversammlungen im Sinne der Stadtverfassung, Informationsveranstaltungen zu bezirksrelevanten Themen und Ausstellungen. Neben den organisatorischen Leistungen wurden dafür auch Einladungen, Informationsschriften und ähnliche Druckwerke hergestellt. Zur Direktinformation der jeweiligen Bezirksbewohner wurden 21 Flugblätter mit unterschiedlichen Themen (Mietrecht, Baumpflanzung, Flüchtlinge u.a.) herausgegeben. Weiters wurden 30 Flugblätter über geplante Änderungen im Flächenwidmungs- und Bebauungsplan produziert. Diese Schriften erhielten die Betroffenen durch Hausverteilung oder im Postweg. Von der neu geschaffenen Zeitung „Grätz-Info“ sind 1992 6 Ausgaben erschienen, davon eine mit drei Mutationen. Die Inhalte dieser Publikationen wurden stets im Einvernehmen mit dem jeweiligen Bezirksvorsteher gestaltet. Weiters wurden Befragungsaktionen (Marchfeldkanal, Prager Straße und Linienführung 13A/14A) durchgeführt sowie eine Marchfeldkanal-Studie in Auftrag gegeben. Ein städtebaulicher Katalog über den Gaußplatz erweckte bei Fachleuten und Bezirksbewohnern reges Interesse. Fotodokumentationen über Bezirksaktivitäten und laufende Medienkontakte rundeten den Tätigkeitsumfang des Referats ab.

Im Rahmen des Bereiches „Veranstaltungen“ wurden Ausstellungen, Veranstaltungen und begleitende Maßnahmen zu Kampagnen durchgeführt. Hauptschwerpunkte waren die Wien-Präsentation auf der UTEC-Absorga, das Karajan-Filmfestival auf dem Rathausplatz und die Organisation des Wiener Stadtsilvesters. Weitere Veranstaltungen im Jahr 1992 waren „Wien im Blumenschmuck“ — Preisverleihung, 5 Jahre Kunst- und Antikmarkt, Rhein-Main-Donau-Kanal-Ausstellung, Packerlbus, Unser-Wien-Wanderrouden, Informationsveranstaltung beim Donaupromenadenfest, 8. Wiener Tramwaytag, Landstraßer Straßenfest — Informationsstand, Eröffnung der Stephaniewarte, Empfang der österreichischen Olympiamannschaft in Wien, Sportstammischgala, Sicherheitsmesse „Security-Safety“ — Informationsstand, Umweltkinderfest — Umwelt-Quiz, Wien im Blumenschmuck — Preisfahrt, Interieur-Informationsveranstaltung, Umweltwandertag — Ausstellung in der Kompostieranlage Wien-Lobau, 24 Stunden Literatur rund um die Burg — Präsentationszelt und Informationsstand, Lobaurundgang — Unser-Wien-Aktion, 25 Jahre Floridsdorfer Bad — Kinderfest, Kampagne „Tag der offenen Tür im Stadtschulrat“ — Schulgespräche, Veranstaltung zur Informationskampagne Zivildienst, Unser-Wien-Weihnachtsaktion, Wien-ist-anders-Literaturkampagne, Literatur im Park, Weinseminar und Biokochkurs im Rahmen der Ferienakademie, Unser-Wien-Informationsstand auf der Donauinsel, Wien im Blumenschmuck — Verleihung von Parkbänken, Befahrung des Ring-Rund-Radweges, Aktion „Saubere Parks“, Golfplatzzeröffnung am Wienerberg — Informationsstand und Christmas in Vienna.

1992 wurden folgende Broschüren und Folder herausgegeben: Krankenpflegeschulen (Nachdruck), Bürofachkraft, Personalsuche, Lehrerberatungszentrum, Kleine Wiener Wasserstatistik 1991, SMZ-Ost — Donauspital, Kunst- und Kulturbericht 1991, Leitfaden für die Wien-Aktion, Haas-Haus, Karl-Marx-Hof, Kara-

jan-Filmfestival, Ferienakademie, „Alles rund ums Wiener Wasser“ (2 Sprachen), Das Wiener Rathaus (zweisprachig), Mist im Griff (11 Sprachen), Gratiskompost, „Gib Dir einen Schubs“ (Nachdruck), Spittelau, Handbuch der Behindertenhilfe in Österreich (8. Austauschlieferung), Das Wiener Abfallwirtschaftskonzept, „Ihre Meinung zählt“, „Zivilschutz hat nur dann Sinn — wenn sich jeder auskennt“, „Was Sie als österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger wissen sollten“, Lebendige Weihnacht, Silvester, Eltern-Kind-Zentren, Medizinisch-technische Berufe, Krankenpflege bis zum Diplom, Diplomierte Krankenschwester und Krankenpfleger, Pflegehelferin und Pflegehelfer und Info-Center-Broschürenreihe (10 Thematiken).

Stadtatlas-Kapitel wurden zu den Themen Index 1991, Soziales (Nachdruck) und Freizeit (Neuaufgabe) erstellt.

Folgende Plakate und Kleber wurden produziert: Wien — Gesunde Stadt, Unser Wien, Währinger Festwochen, 13. Österreichisches Blasmusikfest, 20 Jahre Wiener Ferienspiel, Karajan-Filmfestival, Gesundheitsförderungszentrum, Lehrerberatungszentrum, Sozialnotruf, 5. Wiener Feuerwehrtage, Schulgespräch, Zivilschutz, „Umweltschutz hat nur dann Sinn — wenn jeder mittut!“, „Problemstoffe dürften für Dich kein Problem sein!“, „Dreh um und kauf Dir einen Kat!“, „Grab mir nicht das Wasser ab!“, 25 Jahre Floridsdorfer Bad, Frauengesundheitszentrum, Advent im Glashaushaus und Silvester.

Die Postwurfsendung „Unser Wien“ erschien 1992 achtzehnmal, wobei zu den Themen Mülltrennung, Donaospital SMZ-Ost, Bäder, Nationalpark Donau-Auen, Literatur rund um die Burg, Wien auf der UTEC, Winterdienst und Jahreswechsel Sonderbeilagen, zu den Themen Bundespräsidentenwahl und „Alles für den Winter“ Sonderhefte sowie zu den Themen „Verkehr“ und „Sommer“ in Wien Programmhefte produziert wurden.

„Unsere Wiener Hauswandzeitung“ erschien im Jahr 1992 in 13 verschiedenen Ausgaben.

Im Jahr 1992 wurden vom PID 811 Inserate und PR-Artikel verfaßt, die in insgesamt 306 Tages-, Wochen-, Monats-, Bezirks- und Fachzeitungen veröffentlicht wurden. Die Inserate bezogen sich u.a. auf folgende Themenkreise: Aktuelle Belange, Bundespräsidenten-Wahlinformation, Ferienakademie, Karajan-Filme, Schulgespräche 1992, Silvester 1992/93, Stadtinformation, Stadtatlas, Umweltinformation und Zivilschutz. Für die Personalwerbung wurden gezielt Einzelinserate in Tageszeitungen und Fachmagazinen geschaltet. Im Auftrag von MA 16 und MA 17 wurde in Fachzeitschriften für Krankenpersonal, im SMZ-Ost Donaospital inseriert. Für die MA 44 wurden klassische Inserate sowie Bekanntmachungen in verschiedenen Tageszeitungen gedruckt. Zum Umweltschwerpunkt „Müll“ wurden für die MA 48 in verschiedenen Tageszeitungen und Periodika Inserateinschaltungen vorgenommen.

Um Wien als Platz für internationale Filmproduktionen festigen zu können, wurde die Betreuung ausländischer Produktionen (Drehgenehmigungen, unbürokratische Hilfe, Auswahl der Drehorte) auch 1992 fortgesetzt: Es betraf dies noch internationale Filmproduktionen, wie TV-Serie „Donauprinzessin“, Dokumentation „Die Habsburger“, „Capuccino Melange“, Lila Launebär (RTL), der Werbespot „Fiat Lancia“ (weltweite Ausstrahlung) sowie die Vorbereitung des Kinofilms „The three Musketeers“ (Walt-Disney-Produktion 1993), der zur Gänze in Österreich, hauptsächlich in Wien, gedreht werden soll.

Das Auslandsreferat hat auch 1992 eine Reihe von Wien-Bällen in großen Städten aus Image-Werbungsgründen unterstützt und dadurch auch einen großen Medien-Erfolg für Wien erzielen können. Die Bälle fanden in Luxemburg (8. 2.), Berlin (14. 2.), München (14. 2.), Athen (14. 2.), Kuba (18. 2.), Manila (28. 2.), Mailand (7. 3.), Peking (26. und 27. 3.), Seoul (28. 3.), Hamburg (4. 4.), Brüssel (4. 4.), Prag (24. 4.), Rom (21. 5.), Dubai (12. 5.), Abu Dhabi (23. 5.), Hongkong (9. 6.), Taipei (12. 6.), Porto (13. 6.), Johannesburg (25. 9.), Oslo (3. 10.) und Montreal (14. 11.) statt. Der PID beteiligte sich weiters an den Wien-Image-werbenden Veranstaltungen im Ausland, wie am Wiener Konzert in Luxemburg (7. 2.), Wiener Schrammel-Konzert in Nizza (24. 3.), Galaabend in Tokio (13.5.), an der Eröffnung eines von der Stadt Wien zur Verfügung gestellten Kinderspielplatzes in Sevilla (3. 9.), Wiener Woche in Den Haag (5. bis 10. 9.) und am Wiener Benefizkonzert in Oslo (2. 10.). Eine Wien-Promotion im Ausland unter dem Motto „125 Jahre Wiener Donauwalzer“ wurde in Luxemburg (7.—9. 2.), Berlin (12.—15. 2.), Rom (19.—22. 5.), Vereinigte Arabische Emirate — Dubai, Abu Dhabi (20.—25. 5.), Sevilla (1.—4. 9.), Den Haag (5.—11. 9.) und Montreal (11.—15. 11.) durchgeführt.

Das Auslandspressbüro hat 159 ständig in Wien akkreditierte, kommunalpolitisch interessierte Journalist/innen sowie 23 im Ausland lebende, an Wiens Kommunalpolitik interessierte Journalist/innen sowie österreichische Journalist/innen außerhalb Wiens betreut und mit aktuellen Informationen versorgt. Darüber hinaus wurden auch jene Auslandsjournalist/innen intensiv betreut, die auf Einladung des Wiener Bürgermeisters, des Bundespressdienstes, des Tourismusverbandes, des Info Center Vienna im PID oder im Auftrag ihrer Redaktion einige Tage nach Wien kamen. Im Jahr 1992 ergaben sich rund 820 persönliche sowie etwa 3.500 briefliche und telefonische Kontakte mit Auslandsjournalisten oder Berufsbesuchern. Außerdem wurden Schulungen von ungarischen, tschechischen und slowakischen Beamten organisatorisch ebenfalls vom Info Center betreut. Weiters wurden Artikel über Wien in internationalen Medien ausgewertet und archiviert. Themenschwerpunkte waren Wiens Rolle im neuen Mitteleuropa, Umweltschutz, Verkehr, Stadtplanung, Architektur, Kultur sowie die Ausländerproblematik.

Die erste Aufgabe des „Vienna Service Office — Beratungsstelle der Stadt Wien in der UNO-City“ besteht in der umfassenden und sofortigen individuellen Information und Hilfestellung sowohl für Neuankömmlinge als auch für andere Angestellte in allen Lebensbereichen und hat sich auf Grund der politischen Geschehnisse und infolge finanzieller Kürzungen bei den internationalen Organisationen etwas verschoben. In verstärktem Maß tragen daher auch die Personalabteilungen ihre Anliegen an das Büro heran, das sie dann an die Stadt und ihre Institutionen weiterleitet.

Das **Rundfahrtenbüro** befaßt sich mit der Abwicklung der Rundfahrten „Modernes Wien“. Im Jahr 1992 wurden 2.570 dieser mehrstündigen Touren durchgeführt. Dabei konnten 99.390 Teilnehmer Wissenswertes über die Bundeshauptstadt Wien erfahren. Zur Hälfte handelte es sich bei den Gästen um Schüler aus Wien und den übrigen Bundesländern. Im Zuge der Gruppenführungen für andere Interessierte wurden auch Sonder- und Fachführungen durchgeführt. Die Führungen wurden für Gäste aus dem Ausland auch fremdsprachig abgehalten. Um dem anerkannt hohen Niveau der Rundfahrten „Modernes Wien“ auch künftig gerecht zu werden, wurde die Ausbildung der Rundfahrtenführer intensiviert. Gleichzeitig waren 25 neue Vortragende einzuschulen. Somit standen 99 qualifizierte Rundfahrtenführer zur Verfügung.

Die **Stadtinformation** verzeichnete 119.248 Kontakte mit der Bevölkerung. Wie in den Vorjahren wurden die Anfragen in der Mehrzahl (89.834) telefonisch gestellt. 28.937 Personen wurden bei einem Besuch der Stadtinformation persönlich informiert; weiters konnten 477 schriftliche Anliegen erledigt werden. Von den telefonischen Anfragen sind 11.661 Anrufe im Rahmen des „Telefon-Service“ der Stadtinformation an Wochenenden und Feiertagen eingelangt. Die Zahl der Kontakte des Jahres 1992 entspricht nicht dem langjährigen Durchschnitt, wofür weitgehend die Änderung der Telefonnummer im Vorjahr verantwortlich ist. Weiters wurde im Juni 1992 eine neue Telefonanlage installiert. Ungeachtet der etwas geringeren Frequenz ist die Stadtinformation nach wie vor eine der meistbeanspruchten Serviceeinrichtungen in Wien. Als zentrale Auskunftsstelle der Stadtverwaltung beantwortet die Stadtinformation prinzipiell Fragen jeden Inhalts. Mitunter werden den Fragestellern auch geeignete Fachdienststellen und spezielle Beratungsmöglichkeiten genannt. Die Stadtinformation betreut auch ausländische Wien-Besucher, wozu in den Sommermonaten teilweise Feriapraktikanten eingesetzt wurden. Weiters ist die Stadtinformation die „Anlaufstelle der Stadarchäologie“ und als „Verbindungsstelle zur Umweltpolizei“ tätig. Dabei waren im Jahr 1992 160 Umweltmeldungen aufzunehmen und entsprechend weiterzuleiten. Im Rahmen der Aktion „Moskito“ arbeitet die Stadtinformation auch mit dem Drogenkoordinator der Stadt Wien zusammen und nimmt Meldungen über Spritzenfunde entgegen. Neben den 119.248 Kontakten haben die Mitarbeiter 632 Rathausführungen durchgeführt. Im Zuge dieser Rundgänge konnten 20.916 Personen die Repräsentationsräume des Rathauses besichtigen. Bei den Teilnehmern handelte es sich überwiegend um Schulklassen, Touristen und Gäste der Stadtverwaltung. Die Stadtinformation ist Montag bis Freitag von 8.00 bis 18.00 Uhr geöffnet. Neben aktuellen Veranstaltungsplakaten erwartet die Besucher auch ein umfangreiches Prospektangebot. Die Kulturabteilung der Stadt Wien hat den Kartenverkauf für den „Musiksommer-Klangbogen“ im Kassenkiosk der Stadtinformation abgewickelt. Anlässlich des „Wiener Ferienspiels“ war ein Informationsstand des Landesjugendreferates in der Friedrich-Schmidt-Halle eingerichtet. Der Budget-Voranschlagsentwurf wurde wie in den Vorjahren zur Einsicht aufgelegt. Ein Sonderpostamt und eine Briefmarkenschau des ukrainischen Briefmarkensammlervereines waren stark besucht.

Antragsformulare für die Aktion „Billiger parken“ wurden ausgegeben und entgegengenommen. Die Ausstellungen der Maler Egon Peschek, Michael Pensch und Wolfgang Schuster bewirkten ein überaus positives Publikumssecho. Bei den Bundespräsidentenwahlen war die Stadtinformation als „Wahltelefon“ im Einsatz. Nach dem Reaktorunfall in St. Petersburg hatten die Mitarbeiter Anfragen aus ganz Österreich zu beantworten und bewährten sich neuerlich als Nothelfer in Krisensituationen.

Rechtliche Angelegenheiten der Landeskultur und des Wasser- und Schifffahrtswesens

Dem breiten Spektrum der **Wasserrechtsangelegenheiten** waren 1.866 Geschäftsstücke zuzuordnen. Darunter waren 82 Ansuchen um Bewilligung einer neuen Grundwasserentnahme, aber auch 54 Schadstoffunfälle. Die übrigen Geschäftsstücke verteilen sich unter anderem auf Stellungnahmen grundsätzlicher Art, Beanstandungen, Baggerungen, Deponien und Hochwasserschutzmaßnahmen.

Im Wasserbuch wurden 180 Erledigungen hinsichtlich bestehender, neu verliehener oder erloschener Wasserrechte ersichtlich gemacht, im Lagerbuch 65 Erledigungen durchgeführt. Am 31. Dezember 1992 betrug der Stand der in der Evidenz ersichtlichen Wasserrechte 2.480. Im Lagerbuch waren zu diesem Zeitpunkt 1.260 Bewilligungen verzeichnet.

Im Verzeichnis der Anlagen zur Lagerung oder Leitung wassergefährdender Stoffe bzw. zur Gewinnung von Sand und Kies gemäß § 31a Wasserrechtsgesetz 1959 wurden 220 Bewilligungen eingetragen; der Stand dieses Verzeichnisses betrug am 31. Dezember 1992 18.420 aufrechte Bewilligungen.

Im Bereich des Schiffahrtswesens wurden 1.971 Geschäftsstücke behandelt. Davon bezogen sich unter anderem 42 Geschäftsstücke auf Schiffsanlagen und Wassersportveranstaltungen, 683 auf die Ausstellung oder Änderung von Zulassungsurkunden für Sportfahrzeuge, 7 auf Überprüfungen von Miet- und Fahrschulbooten sowie auf Grund von Amtshilfeersuchen, 284 auf Zurücklegung von Schiffspapieren und Kennzeichen, 2 auf Ausstellung von Duplikaten, 9 auf die Ausstellung von Internationalen Zertifikaten für Sportfahrzeuge und 5 auf die Zuweisung von Probekennzeichen. Auf Grund von Veränderungen in der Zuständigkeit hatte die Abteilung erstmals 58 Anträge auf Zulassung oder Änderung von Zulassungen zur Seeschifffahrt, einschließlich der Ausstellung von Seebriefen, zu bearbeiten und 7 Verfahren auf Feststellung oder Widerruf des Rechtes zur Führung der österreichischen Seeflagge durchzuführen. 874 Geschäftsstücke betrafen Schiffsführerprüfungen, die Ausstellung bzw. Änderung von Schiffsführerpatenten sowie die Ausstellung von Internationalen Zertifikaten für Führer von Sportfahrzeugen. Zur Schiffsführerprüfung wurden 269 Bewerber zugelassen. Bei 17 abgehaltenen Prüfungen wurden 269 Kandidaten geprüft, wovon 215 die Prüfung bestanden.

In wasser- und schiffahrtsrechtlichen Angelegenheiten wurden insgesamt 373 mündliche Verhandlungen und Amtsbesprechungen abgehalten. Die Abteilung hat neben ihrer Behördentätigkeit in einer Reihe von Fällen die Stadt Wien in Wasserrechtsangelegenheiten vor anderen Behörden vertreten sowie die MA 30, 31 und 45 beraten.

Die Wiener Land- und Forstwirtschaftsinspektion hat 204 Kontrollen in 173 land- und forstwirtschaftlichen Betrieben durchgeführt. Betroffen waren 110 Gartenbau- sowie 41 Weinbaubetriebe, 13 bäuerliche Betriebe, 2 Gutsbetriebe, 2 genossenschaftliche Betriebe, 2 öffentliche Betriebe und 3 sonstige landwirtschaftliche Betriebe. Bei den Kontrollen wurden insgesamt 199 Beanstandungen vorgenommen. Zur Abstellung der festgestellten Mängel und sicherheitstechnischen Gefahren wurden 128 Aufträge erteilt.

Zur Wahrnehmung des Dienstnehmerschutzes hat die Land- und Forstwirtschaftsinspektion an 45 behördlichen Genehmigungsverfahren teilgenommen und 31 einschlägige Anträge gestellt. Auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes wurden zu einschlägigen Gesetzes- und Verordnungsentwürfen bzw. zu internationalen Übereinkommen vier schriftliche Gutachten abgegeben. In Angelegenheiten der Berufs- und Lehrlingsausbildung wurden 16 Lehrlingskontrollen durchgeführt.

Die Arbeiten am Entwurf eines Gesetzes über die Regelung der Berufsausbildung in der Land- und Forstwirtschaft (Wiener land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsordnung 1992) und über Änderungen der Wiener Landarbeitsordnung 1990 wurden im Frühjahr 1992 abgeschlossen. Die Kundmachung ist nach dem Beschluß durch den Landtag im Landesgesetzblatt für Wien Nr. 35 erfolgt. Der Bundesgesetzgeber hat mit dem Bundesgesetz BGBl. Nr. 472/1992 sowohl das Landarbeitsgesetz 1984 wie auch das land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsgesetz geändert, was eine Anpassung der entsprechenden landesrechtlichen Vorschriften erfordert. So wurden im Herbst 1992 die Vorarbeiten am Entwurf einer Novelle zur Wiener Landarbeitsordnung 1990 und zur Wiener land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildungsordnung 1992 abgeschlossen; es wurde auch bereits ein internes Begutachtungsverfahren durchgeführt. Mitte Dezember 1992 wurde der Entwurf zur externen Begutachtung ausgesendet. Weiters wurde im Sommer 1992 der Entwurf einer Verordnung der Wiener Landesregierung über die Sicherheitskennzeichnung an land- und forstwirtschaftlichen Arbeitsplätzen ausgearbeitet. Das externe Begutachtungsverfahren wurde im Herbst 1992 abgeschlossen.

Die Arbeiten am Entwurf einer neuen Verordnung über die Einigungskommission und die Obereinigungskommission, die auch die land- und forstwirtschaftliche Schlichtungsstelle miteinbeziehen wird, sind nach wie vor im Gange.

Mit Jahresanfang 1992 wurde das Verfahren zur Neubestellung der Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder der Prüfungskommissionen für die Abhaltung der Gärtnergehilfenprüfung und der Gärtnermeisterprüfung eingeleitet. Die Bestellung der Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder dieser Prüfungskommissionen ist sodann mit Beschluß der Wiener Landesregierung vom 7. April 1992, PrZ 1107/92, erfolgt.

Mit Anfang August 1992 wurde das Verfahren zur Neubestellung der Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder der Einigungskommission und der Obereinigungskommission eingeleitet. Die Bestellung der Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder dieser Kommissionen ist sodann mit Beschluß der Wiener Landesregierung vom 10. November 1992, PrZ 3796/92, erfolgt. Weiters wurde am 17. Dezember 1992 zur Angelobung der Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder der Einigungskommission eine Sitzung der Einigungskommission abgehalten. Im November 1992 wurde ein Verfahren zur Bestellung eines neuen Stellvertreters des Vorsitzenden der Einigungskommission eingeleitet. Überdies wurde Anfang Oktober 1992 das Verfahren zur Neubestellung der Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder der Gleichbehandlungskommission eingeleitet.

Im Rahmen der von der Abteilung zu besorgenden landwirtschaftlichen Fachbegutachtung wurden 153 Gutachten für Bundesministerien und Magistratsdienststellen abgegeben. Davon entfielen 53 auf agrarische Förderungsmaßnahmen des Bundes und der Stadt Wien, 12 auf allgemeine Fachangelegenheiten, 29 auf die Zulässigkeit von Bauführungen im Schutzgebiet Wald- und Wiesengürtel bzw. Grünland — Ländliches Gebiet, 23 auf Grundabteilungen in diesen Gebieten, 17 auf Angelegenheiten der Stadtplanung, 12 auf die Angemessenheit von Pachtzinsen und 7 auf Gutachten zu Gesetzes- oder Verordnungsentwürfen. Für die Befundauf-



Der japanische Park bei der Eröffnung

Foto: Mikes

Eine gemeinsame Übung der Feuerwehr Wien und Bratislava

Foto: Votava





Grätzelfeste mit dem Amtsführenden Stadtrat Rudolf Edlinger

Foto: Votava



nahme dieser Gutachten waren 179 Ortserhebungen bzw. Lokalaugenscheine und 12 Besprechungen erforderlich.

Weiters wirkte die Abteilung maßgeblich am Aufbau des Wiener Rebflächenverzeichnisses zur Erfassung der Wiener Weingartenflächen bzw. Weinbaubetriebe mit. In Zusammenarbeit mit der MA 40 und der MA 59 wurden bei etwa 400 Weinbaubetrieben die erforderlichen Daten über ihre Weinbaubetriebe und ihre bewirtschafteten Weingartenflächen erhoben. Dabei waren Details wie Ausmaß der tatsächlichen Auspflanzungen, Rieden, Rebsorten usw. festzustellen. Dieses Rebflächenverzeichnis ist eine Voraussetzung für die Ausgabe der sogenannten „Banderolen“, die das Weingesetz für alle Flaschenweine vorschreibt.

Bei der Agrarbehörde I. Instanz, die in der Abteilung eingerichtet ist, fielen 21 Geschäftsstücke an, die im wesentlichen die Zustimmung zur Belastung und Veräußerung von Liegenschaften nach den Bestimmungen des Wiener Landwirtschaftlichen Siedlungsgesetzes betrafen. Im Zuge dieser Verfahren wurden vom agrartechnischen Referat die für die Erledigung erforderlichen Erhebungen durchgeführt.

In Vollziehung des Wiener Landwirtschaftskammergesetzes hat die Abteilung die Agenden der Aufsichtsbehörde wahrgenommen und Vertreter zu den Sitzungen von Organen der Wiener Landwirtschaftskammer entsendet. Darüber hinaus waren die gesetzmäßig vorgesehenen Vorbereitungsmaßnahmen (Ausschreibung der Wahl, Prüfung des Wahlrechtes kammerzugehöriger Personen, Festlegung und Organisation der Wahlsprengel, der Wahllokale bzw. Auflegelokale zur Einsichtnahme ins Wählerverzeichnis usw.) zur Durchführung der Wahl der Mitglieder in die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer für Wien am 7. März 1993 durchzuführen.

So wie in den vergangenen Jahren wurden in Vollziehung des Tierseuchengesetzes die monatlichen Werttarife für Schlachtschweine, die vierteljährlichen für Nutzschweine und die halbjährlichen für Geflügel ausgearbeitet. Weiters wurden verschiedene Tarifregulierungen im Bereich des Veterinärwesens sowie des Markt- und Schlachtbetriebes St. Marx vorbereitet, die in der Verordnung des Landeshauptmannes über tierärztliche Untersuchungsgebühren, LGBl. für Wien Nr. 51/1992, und im Entgelttarif für die Benützung der städtischen Viehmarkt- und Schlachthofeinrichtungen sowie die Inanspruchnahme des städtischen Markthelferpersonals in St. Marx, beschlossen vom Gemeinderat der Stadt Wien am 26. November 1992, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 1/1993, ihren Niederschlag gefunden haben.

Legistische Arbeiten zur Novellierung der Verordnung des Bürgermeisters der Stadt Wien betreffend die Durchführung der Kontrolluntersuchung an Fleisch und Fleischwaren im Gebiet der Stadt Wien, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 14/1983, insbesondere im Hinblick auf eine Übereinstimmung mit dem zitierten Entgelttarif, sind derzeit im Laufen.

Im Zuge der EWR-Rechtsanpassung wurden zudem eine Novellierung des Gesetzes über die Körung und Haltung von Vaternieren zur Zucht (Tierzuchtförderungsgesetz) und die Verordnung der Wiener Landesregierung über die Durchführung des Tierzuchtförderungsgesetzes (Tierzuchtförderungsverordnung) erforderlich. Die diesbezüglichen legistischen Arbeiten sind im Gange.

Mit Verordnung, verlaublich im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 30/1992, wurde die Verordnung des Magistrats der Stadt Wien betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung der Wutkrankheit im 22. Bezirk aufgehoben, da die Tollwutgefahr in diesem Bezirk mittlerweile gebannt wurde.

1992 wurde der Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Wiener Jagdgesetz, LGBl. für Wien Nr. 6/1948, in der Fassung des Gesetzes LGBl. für Wien Nr. 31/1982, geändert wird, ausgearbeitet. Mit diesem Entwurf werden im wesentlichen die Ausstellung der Jagdkarten vereinfacht, die Bestimmungen über die in Jagd- und Wildschadensfällen zur Entscheidung in zweiter Instanz berufene Oberschiedskommission in verfassungskonformer Weise gestaltet und die Aufstellung von Totschlagsfallen grundsätzlich verboten. Lediglich im Falle des Erfordernisses der Bekämpfung übertragbarer Wildkrankheiten oder Wildseuchen ist künftig der Einsatz von Totschlagsfallen zulässig. Die Novelle wurde mit LGBl. für Wien Nr. 9/1993 vom 21. Jänner 1993 verlaublich.

In Wien bestanden per 31. Dezember 1992 35 Eigenjagd- und Gemeindejagdgebiete mit einer Gesamtfläche von 19.017 ha, wobei auf einer Fläche von 3.642 ha die Jagd ruht. 1992 waren aus Anlaß des Ablaufes der neunjährigen Jagdperiode am 31. Dezember 1992 eine Neubeurteilung der bejagbaren Flächen und die Feststellung der Jagdgebiete durchzuführen.

In Wien bestanden 35 Fischereireviere mit einer Gesamtfläche von 2.153,25 ha.

In Entsprechung eines Beschlusses der Landeshauptmänner betreffend die Ausarbeitung einer Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über Mindeststandards zum Schutz der Tiere in der Intensivtierhaltung hat die Abteilung an den diesbezüglichen Länderexpertenkonferenzen teilgenommen.

Schließlich wurde eine neue Verordnung des Magistrates der Stadt Wien betreffend die Benützung von Grünanlagen (Grünanlagenverordnung) ausgearbeitet. Die legistischen Arbeiten sind abgeschlossen; mit der Kundmachung der Verordnung ist in Kürze zu rechnen.

1992 fielen insgesamt 6.210 Geschäftsstücke an. Davon betrafen 6.158 allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, 21 Agenden der Agrarbehörde, 14 waren Berufungen in Verwaltungsstrafsachen, 16 administrative Berufungen, ein Geschäftsstück betraf den Unfall eines land- und forstwirtschaftlichen Dienstnehmers.

Feuerwehr und Katastrophenschutz

Das Jahr 1992 brachte mit 31.254 Einsätzen den absoluten Rekord an Ausfahrten. Noch nie in der über 300jährigen Geschichte der Wiener Berufsfeuerwehr mußten so viele Einsätze durchgeführt werden. Dies bedeutete eine Steigerung von 2,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr und übertraf damit die Rekordzahl an Einsätzen aus dem Jahre 1986, die 30.852 betrug. Bemerkenswert an dieser Zunahme ist, daß es keine größere Zahl an Einsätzen im Zusammenhang mit Extremwetterlagen (Sturm oder Regen) gab. Herausragend aus dem Einsatzgeschehen ist der Brand in der Hofburg. Hier haben sich die ausgezeichnete Ausbildung und Ausrüstung der Wiener Berufsfeuerwehr bewährt, so daß der Brand auf die Redoutensäle beschränkt blieb und die zum Teil unersetzlichen Werte der Nationalbibliothek gerettet werden konnten. Wie gut in diesem Fall gearbeitet wurde, zeigte sich erst Tage später. Die von Denkmalschützern befürchteten großen Wasserschäden an Fresken und Deckengemälden waren auf ein nicht vermeidbares Minimum beschränkt geblieben. Der Betrieb der Spanischen Hofreitschule mußte jedoch auf Grund der schweren Brandschäden bis in das Jahr 1993 hinein eingestellt werden. Das Ergebnis hat auch gezeigt, daß die erarbeiteten Katastrophenschutzpläne für die Stadt Wien wirkungsvoll umgesetzt werden konnten, was sich in der ausgezeichneten Zusammenarbeit aller am Einsatz beteiligten städtischen Dienststellen und Unternehmungen gezeigt hat. Der Brand rief in ausländischen und heimischen Medien großes Echo hervor.

Im Zuge der Stadtentwicklung sollen nördlich der Donau im 21. und 22. Bezirk ganze Stadtviertel, Hochhausbauten und Industrieanlagen entstehen. Um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen und auch die für derartige Vorhaben nötige Infrastruktur im Bereich des Brandschutzes sicherzustellen, sind im Jahre 1989 die Planungsarbeiten für eine neue Hauptfeuerwache „Floridsdorf“ angelaufen. Diese Feuerwache soll nicht nur den Brandschutz nördlich der Donau, sondern auch feuerwehrinterne Strukturen verbessern. Werkstätten, die zur Zeit dezentral über Wien verteilt sind und auf Grund ihrer Lage immer wieder zu Belästigungen der Anrainer führen, sollen hier angesiedelt werden. Des Weiteren ist mit der Zusammenlegung von Werkstätten ein rationeller Einsatz der Arbeitskräfte und Maschinen möglich. Für Einsätze und Katastrophenfälle müssen Materialien und Einsatzfahrzeuge bereitgehalten werden. Zur Zeit geschieht dies im Freien oder in Kellerräumen, die schlecht zugänglich sind. Aus diesem Grund ist eine geordnete Lagerhaltung kaum mehr möglich. Weiters fehlt in Wien die Möglichkeit, echte Brandübungen durchzuführen und verschiedene Löschmittel einzusetzen, da aus Gründen des Umweltschutzes im Freien keine Brände simuliert werden können. 1992 wurden nach einem Architektenwettbewerb im Dezember 1990 die Arbeiten so weit abgeschlossen, daß die für ein derartiges Bauvorhaben nötigen Pflichtbesprechungen abgeführt werden konnten und der Gemeinderat im Jänner 1992 die Mittel in der Höhe von 725.156.000 S genehmigte. Das Gebäude soll im 21. Bezirk zwischen der Leopoldauer Straße und der Siemsenstraße entstehen und liegt an der projektierten Bundesstraße B 232.

Das Grundstück im Ausmaß von rund 15.000 m² ist seit dem Jahre 1978 für diese Projekte reserviert. Die neue Hauptfeuerfache wird im wesentlichen aus vier Bereichen bestehen, und zwar aus dem eigentlichen Wachegebäude, dem Werkstättengebäude, dem Brandhaus und dem Lager. Im Wachegebäude, das die nötige Ausstattung und die Infrastruktur enthält, werden die Mannschaft und die Einsatzfahrzeuge untergebracht. Es werden vier Löschfahrzeuge, ein Kommandofahrzeug, eine Drehleiter und drei Sonderfahrzeuge für Schadstoffeinsätze, technische Einsätze usw. sein. Die Mannschaftsstärke wird etwa 40 Mann betragen. Im Werkstättengebäude werden im wesentlichen all jene Einrichtungen angesiedelt, die für die Wartung, Adaptierung, Überprüfung und Instandsetzung von Feuerwehrfahrzeugen und den darauf mitgeführten Geräten notwendig sind. Es sind dies unter anderem eine Spenglerei, Lackiererei, Schlosserei mit Dreherei, eine Reifenwerkstatt, Hebebühnen, Rollenprüfstände, Pumpenprüfstände, eine Bootswerkstatt, Tischlerei und die dazugehörigen Lager und Nebenräume. Die Übungshalle soll vor allem Brandübungen, Übungen mit Atemschutzgeräten sowie Erprobungen von neuen Geräten und Einrichtungen für den Einsatz dienen. Diese Halle wird mit einer Rauchgasreinigung ausgestattet, so daß die Belastung der Umwelt durch den Übungsbetrieb auf ein Minimum beschränkt wird. Sie ist so konzipiert, daß darin auch mit der 30-m-Drehleiter gearbeitet werden kann. In diesem Objekt soll auch die Ausbildung der Wiener Berufsfeuerwehren und der Wiener Freiwilligen Feuerwehren durchgeführt werden. Es ist auch daran gedacht, hier Löschübungen für Brandschutzbeauftragte vorzunehmen. Das neue Lager, das im Kellergeschoß untergebracht ist, wird so eingerichtet, daß die nötigen Materialien und Hilfsgüter auf Paletten gelagert werden und im Bedarfsfall rasch mittels Stapler auf LKW verladen werden können.

Es wurde jedoch nicht nur geplant, sondern auch das vor einigen Jahren begonnene Sanierungsprogramm mit den Feuerwachen „Altmannsdorf“, „Grinzing“, „Rudolfshügel“ und „Weidlingau“ fortgesetzt. „Grinzing“ und „Altmannsdorf“ konnten nach einjähriger Renovierungsdauer wieder ihrer Bestimmung übergeben werden. Die Feuerwache „Rudolfshügel“ wird bei vollem Betrieb teilrenoviert. Die Feuerwache „Weidlingau“ wurde abgesiedelt und mit deren Generalsanierung begonnen.

Auf dem Fahrzeugsektor kam es zur Entwicklung eines Prototyps des Universallöschfahrzeuges. Erstmals werden bei dieser Bauserie die Atemschutzgeräte in die Rückenlehne der Mannschaftssitze integriert, so daß sich die

jeweilige Löschgruppe schon während der Anfahrt mit Atemschutzgeräten ausrüsten kann. Weitere Neuerungen sind ein 1.600-l-Wassertank, ein 600-l-Tank für Schaummittel und eine Pulveranlage mit einem Kessel für 500 kg Löschpulver. Weiters wurden vier Rüstlöschfahrzeuge durch moderne Bergelöschfahrzeuge ersetzt. Damit verfügt die Wiener Berufsfeuerwehr bereits über 30 Gruppenfahrzeuge dieses modernen Typs. Um den baulichen Vorgaben und der Verkehrssituation in der Innenstadt gerecht zu werden, wurde für die „Zentralfeuerwache“ eine Drehleiter mit sehr geringen Abmessungen angeschafft. Diese Leiter ist computergesteuert und besitzt einen stülpbaren Rettungskorb, der auch während der Fahrt an der Leiterspitze verbleiben kann. Damit firmenunabhängige Fahrtests speziell bei Prototypen durchgeführt werden können, wurde ein Bremsverzögerungs- und Pedalkraftschreiber angekauft.

Im Bereich der Materialverwaltung konnten durch den Ankauf eines leistungsfähigen Personalcomputers die Arbeitsabläufe vereinfacht und effizienter gestaltet werden. Um den gesetzlichen Anforderungen bei Lastketten und hydraulischen Rettungsgeräten gerecht zu werden, wurde für die Überprüfung dieser Werkzeuge ein Reißprüfgerät angeschafft. Für die bei der Feuerwehr laufenden Kettensägekurse wurden Schutzhelme und Schnitenschutzhosen angekauft. Da immer wieder Taucheinsätze in verschmutzten Gewässern durchgeführt werden müssen, wurden für diesen Zweck drei aus neuartigem Material bestehende Trockentauchanzüge gekauft. Diese Anzüge verhindern den Hautkontakt mit dem Wasser und ermöglichen überdies eine größere Bewegungsfreiheit gegenüber den bisher verwendeten Anzügen.

Vor gänzlich neue Aufgaben wurde die Feuerwehr im Zusammenhang mit der Planung von Hochhäusern gestellt. Um auch in diesen Fällen den Bewohnern und Benutzern optimalen Brandschutz geben zu können, wurde gemeinsam mit der MA 35 eine Hochhausrichtlinie erstellt. Weiters wurde an Richtlinien und Verordnungen, die den Brandschutz in Verkaufsstätten betreffen, an einer Lagerrichtlinie für Druckgaspackungen sowie an einer neuen Flüssiggasverordnung mitgearbeitet. International, auch im Hinblick auf den geplanten Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, wurde an Europannormen, die die speziellen Probleme der Brandrauchentlüftung von Räumen und Gebäude zum Inhalt haben, mitgearbeitet.

Im folgenden werden Berichte über die größten und gefährlichsten Einsätze im Jahre 1992 gebracht, die die Arbeit und Schlagkraft der Feuerwehr verdeutlichen:

Im Kraftwerk Simmering war die Dachkonstruktion des Blockes 3 so ausgeführt worden, daß die Dacheindeckung und die Holzbohlen bis an die Leitungen der Sicherheitsventile herangeführt wurden. In den Nachtstunden des 5. April wurde im Kraftwerk der Dampfkreislauf probegefahren. Bei dieser Gelegenheit wurde auch der rund 4.700° C heiße Dampf über die Sicherheitsventile abgelassen, wodurch es zu einem Brand auf dem in rund 80 m Höhe gelegenen Dach kam. Beim Eintreffen der Feuerwehr standen rund 250 m² der Bitumeneindeckung in Brand, und Angehörige der Stadtwerke — Elektrizitätswerke waren bereits mit der Brandbekämpfung beschäftigt. Der Brand wurde mit insgesamt drei Rohren teilweise unter Atemschutz bekämpft. Rund um die Sicherheitsventile mußte die Dachhaut geöffnet werden, um Glutnester bekämpfen zu können. Der Einsatz dauerte bis in die frühen Morgenstunden.

Bei einem Verkehrsunfall am 19. Mai in 21, Siemensstraße, war ein PKW in der Unterführung der Österreichischen Bundesbahnen von einem LKW überrollt worden. Der LKW kam mit seinem linken Vorderreifen auf dem Beifahrersitz des Personenautos zu stehen. Dabei wurde der Lenker des PKW unter der Vorderachse des LKW von den Fahrgestellteilen des Lastautos und den Blechteilen des eigenen Fahrzeuges eingeklemmt. Vor dem Unfall hatte das Container-Fahrzeug die Brückenkonstruktion gestreift und einen der geladenen Container bereits verloren. Ein Container hing verkeilt an der Brückenkonstruktion. Der eingeklemmte Fahrer war beim Eintreffen der Feuerwehr — 4 Minuten nach dem ersten Anruf in der Nachrichtenzentrale — voll bei Bewußtsein und ansprechbar. Die ersten Maßnahmen, die die Einsatzkräfte getroffen haben, waren, den LKW und den Container in der vorhandenen Lage zu sichern. Ein weiteres Absenken des Fahrgestells auf den PKW hätte den Tod des eingeklemmten Lenkers bedeuten können. Ferner wurden der LKW mit Wagenhebern und Holzstößen unterstellt, der Schnellbahnverkehr eingestellt, um weitere Erschütterungen und damit ein Absinken des LKW samt Ladung zu vermeiden, sowie die Brückenkonstruktion geöffnet (Herausschneiden von Brettern, die zwischen den Geleisen liegen), um den Lastwagen mit dem Kran sichern zu können. Schließlich wurde für den Brandschutz (auslaufendes Benzin und Öle) ein Rohr vorgenommen. Erst nach diesen Maßnahmen konnte mit der eigentlichen Bergung des Verletzten begonnen werden. Der Mann wurde über den ganzen Zeitraum von den Ärzten und Sanitätern des Wiener Rettungsdienstes vorbildlich medizinisch und auch psychologisch betreut. Das Wrack des PKW wurde, von der hinteren linken Tür beginnend, Zentimeter für Zentimeter mit Hydraulikwerkzeug und mit Trennschleifern zerlegt. Es wurden Türen, Steher und Sitze herausgeschnitten, und zwar so weit, daß man den Verunfallten nach rund zweieinhalb Stunden aus dem Wrack herausholen konnte. Die anschließenden Bergungsarbeiten und das Freimachen der Unterführung waren nach dem Vorangegangenen reine Routinearbeit. Der Patient wurde mit diversen Brüchen im Bereich des Brustkorbes und einem Wirbelbruch in das Allgemeine Krankenhaus gebracht, von wo er nach einigen Tagen in häusliche Pflege entlassen werden konnte.

In einer rund 1.000 m² großen Lagerhalle eines kunststoffverarbeitenden Betriebes in 23, Perfektastra-

ße 56—58, war es am 2. Juni beim Mischen und Abfüllen von Produkten aus unbekannter Ursache zu einem Brand gekommen. Der Brand konnte sich rasch ausbreiten, so daß beim Eintreffen der Feuerwehr ein Teil der Lagerungen bereits in Vollbrand stand. Die sofort eingeleiteten Löscharbeiten waren durch die starke Rauchentwicklung sowie die Intensität des Brandes und der großen Hitzeentwicklung erschwert. Erst nach Aufstellen eines tragbaren Wasserwerfers konnte der Brand eingedämmt und wirksam bekämpft werden. Insgesamt wurde der Brand mit einem Wasserwerfer, 4 Rohren und 2 Schaumrohren gelöscht. Im Anschluß an die Löscharbeiten wurde die gesamte Halle gesperrt, da auf Grund der gelagerten und verbrannten Produkte giftige und explosive Dämpfe ausgetreten waren. Untersuchungen des Löschwassers ergaben keine Abweichungen vom neutralen pH-Wert.

Aus nicht feststellbarer Ursache waren am 18. September Matratzen, die in einem Kellergang des Pavillons V des Lainzer Krankenhauses gelagert waren, in Brand geraten. Dies führte zu einer starken Verrauchung des Stiegenhauses und der Gänge. Beim Eintreffen der Feuerwehr war bereits die Evakuierung von zwei darüberliegenden Bettenstationen eingeleitet worden, die nach 10 Minuten beendet war. Der Brand wurde unter Atemschutz mit einer Kübelspritze und einem vorhandenen Schaumlöcher gelöscht. Durch die schnelle Reaktion des Klinikpersonals kam es zu keiner akuten Gefährdung der Patienten. Sämtliche Evakuierungsmaßnahmen konnten nach Ausräumen der verbrannten Matratzen und Durchlüften der Räume zurückgenommen werden.

Durch unsachgemäßes Hantieren an einer 11-kg-Propangasflasche war es am 24. September in 21, Wankläckergasse 21, in einer Wohnung im 2. Stock zu einer Explosion und in weiterer Folge zu einem Brand gekommen. Beim Eintreffen der Feuerwehr schlugen die Flammen über das Dach, das oberste Geschoß war durch die Wucht der Explosion zerstört. Der Wohnungsinhaber konnte sich mit schweren Verbrennungen selbst in Sicherheit bringen, sein sechs Monate altes Enkelkind wurde vom Hauswart gerettet. Auf Grund der Situation wurde Alarmstufe 2 ausgelöst. Die Brandbekämpfung erfolgte unter Atemschutz mit insgesamt drei Rohren. Durch das Ereignis war die Bausubstanz so schwer beschädigt, daß die Stiege für nicht bewohnbar erklärt werden mußte. Den betroffenen Mietern wurden vom anwesenden Bezirksvorsteher gemeinsam mit dem Büro für Sofortmaßnahmen Ersatzquartiere beschafft.

Aus nicht feststellbarer Ursache war am 30. September in 22, Rennbahnweg 27, in einer Wohnung im 7. Stock ein Brand ausgebrochen. Beim Eintreffen der ersten Löschkräfte stand die gesamte Wohnung in Vollbrand, und das Stiegenhaus war stark verraucht. Auf Grund der unübersichtlichen Lage wurde Alarmstufe 2 ausgelöst. Beim Eindringen der Löschmannschaften in die Brandwohnung wurde im Vorzimmer der Wohnungsinhaber leblos am Boden liegend vorgefunden. Er wurde sofort aus dem Gefahrenbereich gebracht und dem Rettungsdienst übergeben. Trotz sofort eingeleiteter Wiederbelebensmaßnahmen konnte der Arzt nur mehr den Tod feststellen. Parallel zum Löschangriff haben Atemschutztrupps das Stiegenhaus und sämtliche Gänge auf eventuell Verunfallte hin untersucht. Insgesamt wurden aus den darüberliegenden Stockwerken sechs Personen mit Fluchtfiltermasken ins Freie gebracht. Durch in der Einfahrt zur Wohnhausanlage parkende Autos konnte die Stiege mit den Löschfahrzeugen nicht angefahren werden, so daß es zu starken Behinderungen beim Einsatz kam.

Durch einen Brand in einem Steuergerät in der Klimazentrale der 2. Chirurgie im AKH in 9, Spitalgasse 23, kam es am 16. Oktober zu einer starken Qualmbildung. Obwohl der Brand durch einen Haustechniker bekämpft und von der Betriebsfeuerwehr gelöscht wurde, entstand eine Rauchbelästigung in weiten Teilen des Gebäudes. Durch den Rauch waren beim Personal der Operationssäle Augen und Atemwege stark gereizt. Nur durch den raschen Einsatz von Spezialventilatoren zur Rauchabsaugung war es möglich, daß die chirurgischen Eingriffe zu Ende geführt werden konnten.

Bei Arbeiten an der Gaszuleitung im Keller des Hauses in 6, Margaretenstraße 93, kam es am 28. Oktober infolge einer undichten Muffe zu einem Brand. Dabei erlitten die beiden Installateure zum Teil erhebliche Verbrennungen. Beim Eintreffen der Feuerwehr schlugen die Flammen aus dem gassenseitig gelegenen Kellerfenster, der Brand drohte auf eine darüberliegende Wohnung überzugreifen. Da nicht klar war, wie viele Menschen sich noch im Haus aufhielten, wurde zur intensiven Durchsuchung des Gebäudes Alarmstufe 2 ausgelöst. Da brennendes Gas wegen der enormen Explosionsgefahr nicht gelöscht werden darf, wurden bis zum Schließen der Gaszufuhr zur Sicherung des Gebäudes drei Rohre vorgenommen. Da ein Absperrern der Gasleitung im Keller nicht möglich war, mußten durch die Gaswerke Aufgrabungen im Gehsteigbereich durchgeführt werden. Dabei wurde vom Bagger ein Wasserrohr beschädigt, so daß die Feuerwehr zeitweise ohne Wasserversorgung war. Nach Setzen einer Blase durch die Gaswerke wurde die Gaszufuhr gesperrt. Kleinere Sekundärbrände konnten somit endgültig gelöscht werden. Über die gesamte Zeit des Einsatzes, der etwa 7 1/2 Stunden dauerte, war der Verkehr in der Margaretenstraße im Bereich der Einsatzstelle gesperrt. Dadurch kam es auch zu Behinderungen der Linie 59A.

Möglicherweise durch eine defekte Elektroinstallation kam es am 27. November im Deckenbereich des Redoutensaales in der Hofburg zu einem Brand. Beim Eintreffen der Feuerwehr war von außen leichter Rauchaustritt zu bemerken. Auf Grund der historischen Bedeutung der baulichen Beschaffenheit des Gebäudes wurde vom erstausgerückten Bereitschaftssoffizier Alarmstufe 2 ausgelöst. Durch den Brandverlauf und weitere Erkundungen bedingt, wurde stufenweise bis auf Alarmstufe 7 erhöht. Die Löscharbeiten wurden durch herabstürzende Kronleuchter, Mauerteile sowie durch die in den Räumen herrschende enorme Hitze erschwert. Wei-

tere Hindernisse im Gebäudeinneren waren versperrte Eisentüren und abgemauerte Fenster. Es gelang jedoch, den Brand so weit einzugrenzen, daß er nicht auf die Räumlichkeiten der Nationalbibliothek und auf die Stalungen der Hofreitschule übergreifen konnte. In den Anfangsphasen des Löscheinsatzes gab es einige bange Momente, als die Wasserversorgung aus dem öffentlichen Netz zusammenzubrechen drohte. Durch das rasche Reagieren der Wiener Wasserwerke war dieser Mangel jedoch sehr rasch behoben. Mit dem herrschenden Wind flogen faustgroße Glutstücke in angrenzende Objekte. Hier mußten zahlreiche Sekundärbrände gelöscht werden, einige Häuser sowie die Hofburgstallungen wurden evakuiert. Über die Zeit des Einsatzes, der sich fast über eine Woche hinzog, wurde der Josefsplatz gesperrt. Dies hatte auch Auswirkungen auf die innerstädtischen Buslinien.

Im Bereich der Strombaustelle des Kraftwerks Freudenau waren am 15. Dezember im Alberner Hafen ein holländisches Motorfrachtschiff und ein rumänischer Schleppverband frontal kollidiert. Dabei rissen die Schleppseile, so daß die Kähne führerlos stromab trieben. Einem Schleppkahn gelang es, eine Notankerung durchzuführen, der zweite wurde von einem DOKW-Verstellschiff gegen das Ufer geschoben. Das holländische Schiff konnte aus eigener Kraft in den Alberner Hafen einlaufen und an der Kaimauer verheftet werden. Die Beschädigungen dieses Frachtschiffes befanden sich im Bereich des Buges unter der Wasserlinie, so daß es zu sinken drohte. Durch Pumpen, Abdichten des Lecks und Entladen wurde der Rumpf so weit entlastet, daß der Riß in seinem gesamten Ausmaß über die Wasserlinie gebracht werden konnte. Der Einsatz dauerte über vier Stunden.